

Genetische Ressourcen: Biodiversitätskonvention und TRIPS-Abkommen

Löffler, Kerstin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Löffler, K. (2001). *Genetische Ressourcen: Biodiversitätskonvention und TRIPS-Abkommen*. (Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Technik - Arbeit - Umwelt, Forschungsprofessur Umweltpolitik, 01-405). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-126088>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Forschungsprofessur Umweltpolitik
Prof. Dr. Udo Ernst Simonis

FS II 01-405

Genetische Ressourcen
Biodiversitätskonvention
und TRIPS-Abkommen

von

Kerstin Löffler

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH (WZB)
Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin

Das vorliegende Dokument ist die pdf-Version zu einem Discussion Paper des WZB. Obschon es inhaltlich identisch zur Druckversion ist, können unter Umständen Verschiebungen/Abweichungen im Bereich des Layouts auftreten (z.B. bei Zeilenumbrüchen, Schriftformaten und –größen u.ä.)

Diese Effekte sind softwarebedingt und entstehen bei der Erzeugung der pdf-Datei. Sie sollten daher, um allen Missverständnissen vorzubeugen, aus diesem Dokument in der folgenden Weise zitieren:

Löffler, Kerstin: Genetische Ressourcen. Biodiversitätskonvention und TRIPS-Abkommen. Discussion Paper FS II 01-405. Berlin : Wissenschaftszentrum, Berlin 2001.

URL: <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/2001/ii01-405.pdf>

gesichtet am: ...

Danksagung

Die Diplomarbeit, die diesem Papier zu Grunde liegt, entstand in der Zeit von Mai 2000 bis November 2000 in Berlin und Potsdam. An dieser Stelle möchte ich mich bei meinen Diplomarbeitbetreuern Dr. Frank Biermann vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung und Prof. Reinhold Moser von der Fachhochschule Trier, Standort Birkenfeld, bedanken. Des Weiteren gilt mein Dank Prof. Dr. Udo E. Simonis vom Wissenschaftszentrum Berlin, der mir durch die Bereitstellung einer Praktikantenstelle die Erstellung meiner Diplomarbeit überhaupt ermöglicht hat. Auch Petra Barsch vom Wissenschaftszentrum Berlin die mir die nötige moralische Unterstützung gegeben hat, möchte ich meinen herzlichsten Dank aussprechen.

Kerstin Löffler

Inhaltsverzeichnis

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	V
1 EINLEITUNG.....	1
2 DAS ÜBEREINKOMMEN ÜBER DIE BIOLOGISCHE VIELFALT.....	3
2.1 EINFÜHRUNG	3
2.2 BEGRIFFSBESTIMMUNGEN.....	4
2.2.1 Biodiversität.....	4
2.2.2 Biologische Ressourcen	5
2.3 VERHANDLUNGSPROZESS DER BIODIVERSITÄTSKONVENTION.....	6
2.4 INHALT UND ORGANISATION DER BIODIVERSITÄTSKONVENTION	8
2.5 BISHERIGE UMSETZUNG UND BEWERTUNG DER BIODIVERSITÄTSKONVENTION	11
3 DAS ÜBEREINKOMMEN ÜBER HANDELSBEZOGENE ASPEKTE DER RECHTE DES GEISTIGEN EIGENTUMS.....	14
3.1 EINFÜHRUNG	14
3.2 PATENTE	15
3.3 VERHANDLUNGSPROZESS DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER TRIPS	18
3.4 INHALT UND ORGANISATION DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER TRIPS.....	21
3.5 BISHERIGE UMSETZUNG UND BEWERTUNG DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER TRIPS	23

4	DAS SPANNUNGSFELD „GENETISCHE RESSOURCEN“	26
4.1	EINFÜHRUNG	26
4.2	FALLBEISPIELE DER PATENTIERUNG GENETISCHER RESSOURCEN	27
4.2.1	Die Neem-Patente	27
4.2.2	Das Basmati-Patent	29
4.3	RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	31
4.3.1	Zugangs- und Vorteilsausgleichsregelungen bezüglich genetischer Ressourcen in der Biodiversitätskonvention.....	31
4.3.2	Schutzmöglichkeiten für genetische Ressourcen im Übereinkommen über TRIPS.....	33
4.4	BEURTEILUNG DER FALLBEISPIELE	36
4.4.1	Beurteilung nach den Vorschriften der Biodiversitätskonvention.....	36
4.4.2	Beurteilung nach den Vorschriften des Übereinkommens über TRIPS	37
4.5	UNGELÖSTE PROBLEME UND AUSWIRKUNGEN DER PATENTIERUNG GENETISCHER RESSOURCEN.....	39
4.5.1	Probleme, die nicht durch die Biodiversitätskonvention gelöst werden.....	40
4.5.2	Auswirkungen des Übereinkommens über TRIPS.....	41
5	INTERESSEN UND FORDERUNGEN IM KONFLIKT UM GENETISCHE RESSOURCEN.....	43
5.1	VORGEHENSWEISE UND EINGRENZUNG.....	43
5.2	ZUR HALTUNG DER ENTWICKLUNGSLÄNDER	44
5.2.1	Konkurrierende Interessen	44
5.2.2	Gemeinsame Forderungen.....	47
5.3	ZUR HALTUNG DER INDUSTRIELÄNDER.....	48
5.3.1	Nahezu einheitliche Interessenlage	48
5.3.2	Unterschiedlich starke Forderungen.....	50
5.4	ZUR HALTUNG DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN	51
5.4.1	Ähnliche Interessen	51
5.4.2	Interessante Forderungen.....	53
5.5	ZUSAMMENFASSUNG UND BEWERTUNG.....	53

6	AKTUELLE ENTWICKLUNGEN	55
6.1	DER FOLGEPROZESS DER BIODIVERSITÄTSKONVENTION	55
6.1.1	Die Umsetzung der Zugangs- und Vorteilsausgleichsregelungen.....	55
6.1.2	Die Umsetzung der Regelungen in Bezug auf indigene Völker und indigenes Wissen	58
6.1.3	Lösung des <i>ex situ</i> -Problems und Berücksichtigung der Interessen von Bauern innerhalb der Food and Agriculture Organization	59
6.2	DER FOLGEPROZESS DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER TRIPS.....	60
6.2.1	Die Überprüfung des Art. 27 b) TRIPS.....	60
6.2.2	Die generelle Überprüfung nach Art. 71 TRIPS	60
6.2.3	Die Verbindung zur International Union for the Protection of New Varieties of Plants...	61
6.3	BEWERTUNG	61
7	SCHLUSS	63
	PRIMÄRQUELLEN.....	65
	LITERATUR.....	66
	ANHANG I: CONVENTION ON BIOLOGICAL DIVERSITY	72
	ANHANG II: AGREEMENT ON TRADE-RELATED ASPECTS OF INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS	93

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
Art.	Artikel
BGB1.	Bundesgesetzblatt
BML	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
CBD	Convention on Biological Diversity
CHM	clearing-house mechanism
CIEL	Center for International Environmental Law
CITES	Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora
Co	Company
COP	Conference of the Parties
DSB	dispute settlement body
EG	Europäische Gemeinschaft
ENB	Earth Negotiations Bulletin
et al.	et alii
EU	Europäische Union
FAO	Food and Agriculture Organization
Fn.	Fußnote
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GEF	Global Environment Facility
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
I.L.M.	International Legal Materials
in Verb.	in Verbindung
IUCN	The World Conservation Union (ehemals: International Union for Conservation of Nature and Natural Resources)

NRO	Nichtregierungsorganisationen
o. V.	ohne Verfasser
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
SBSTTA	Subsidiary Body on Scientific, Technical and Technological Advice
TRIPS	Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
UN	United Nations
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNEP	United Nations Environment Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UPOV	International Union for the Protection of New Varieties of Plants
USA	United States of America
USPTO	United States Patent and Trademark Office
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltver- änderungen
WHO	World Health Organization World
WIPO	Intellectual Property Organization World
WTO	Trade Organization World Wide Fund for
WWF	Nature

„Die Industrieländer haben die Artenvielfalt längst verspielt; sie wird von den Ärmsten der Armen auf der Welt verwaltet. Bisher aber zum Nulltarif - mit der Folge, dass der Anreiz zum Artenschutz begrenzt ist. Meine Folgerung: Artenschutz finanziell zu honorieren, etwa durch intelligente Weiterentwicklung der geistigen Eigentumsrechte, ist viel wirksamer, als Schutzzäune zu errichten.“¹

Klaus Töpfer

¹ Zitat aus einem Interview von *Fritz Vorholz* mit Klaus Töpfer, abgedruckt in: *Die Zeit*, Nr. 44, 26. Oktober 2000, S. 30.

I Einleitung

Die moderne Marktwirtschaft ist gekennzeichnet durch eine tendenzielle Entmaterialisierung der Produktion und einen steigenden Anteil immaterieller Leistungen im Handel. Der Wert von Gütern und Dienstleistungen wird zunehmend durch das in den Produkten enthaltene Wissen bestimmt. Vielfach ist gar von einem Wissenswettbewerb die Rede, bei dem es darum geht, als Erster von allen Wettbewerbern die Lösung für ein bestimmtes Problem zu finden oder eine neue Technologie zu entwickeln. Durch Rechte des geistigen Eigentums kann Wissen grundsätzlich vor dem Missbrauch durch Dritte geschützt werden. Infolge des wachsenden Marktwertes von Wissen steigt der Bedarf an seinem Schutz.

Seit den historischen Anfängen von Rechtssystemen, die zum Schutz geistigen Eigentums entwickelt wurden, schwelt jedoch die Kritik an diesen Rechten. Im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion um genetische Ressourcen erhält diese Kritik eine neue Dimension; die Legitimität ausschließlicher geistiger Eigentumsrechte auf die Verwertung genetischer Ressourcen wird in Frage gestellt.

Die exklusiven Verwertungsansprüche, die besonders von der Industrie und von wissenschaftlichen Einrichtungen auf von ihnen genutzte genetische Ressourcen in Form von Rechten des geistigen Eigentums gestellt werden, stehen den Ansprüchen der Bereitsteller genetischer Ressourcen auf eine Beteiligung an den Vorteilen, die durch die Nutzung der Ressourcen entstehen, scheinbar unvereinbar gegenüber. Dieser Streit um genetische Ressourcen wird vor dem Hintergrund der voranschreitenden Globalisierung der Wirtschaft ausgetragen. Probleme wie die zunehmende Umweltverschmutzung, das rapide Bevölkerungswachstum und die drohende Erschöpfung fossiler Energieträger machen deutlich, dass ein Umdenken erforderlich ist. Globale Probleme erfordern globale Lösungen, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen weltweit verstärkt zusammenarbeiten, um eine nachhaltige Entwicklung (*sustainable development*) zu ermöglichen, wie sie seit der *UN Conference on Environment and Development* 1992 weltweit gefordert wird.

Das vorliegende Papier untersucht die Bedeutung genetischer Ressourcen im Übereinkommen über die biologische Vielfalt vom 5. Juni 1992 (s. Anhang I) und im Übereinkommen über handelsbezogene Rechte des geistigen Eigentums vom 15. April 1995 (s. Anhang II). Diese beiden internationalen Regelwerke, die sich mit der nachhaltigen

Nutzung genetischer Ressourcen bzw. mit den Rechten des geistigen Eigentums befassen, scheinen den Konflikt um genetische Ressourcen jedoch nicht zu lösen, sondern in gewisser Weise sogar zu ihm beizutragen. Diese These zu prüfen, ist das wichtigste Ziel des Papiers. Darüber hinaus werden im Anschluss an die Darstellung des Konflikts bisherige Lösungsansätze beurteilt und ein Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise vorgestellt.

Im zweiten und dritten Kapitel des Papiers werden das Übereinkommen über die biologische Vielfalt und das Übereinkommen über handelsbezogene Rechte des geistigen Eigentums in allgemeiner Form, im Hinblick auf ihre Verhandlungsprozesse, ihre Inhalte, ihre Organisation und ihre Wirkungsweisen dargestellt.

Im vierten Kapitel des Papiers wird das Spannungsfeld „genetische Ressourcen“ anhand zweier Fallbeispiele für die Patentierung genetischer Ressourcen näher beschrieben: die Patentierung der genetischen Ressourcen des Neem-Baumes und der des Basmati-Reises. Eine Untersuchung der betreffenden Vorschriften des Übereinkommens über die biologische Vielfalt und des Übereinkommens über handelsbezogene Rechte des geistigen Eigentums soll zeigen, ob dem Begriff „genetische Ressourcen“ in beiden Abkommen die gleiche Bedeutung zugeschrieben wird.

Im fünften Kapitel des Papiers werden die Interessen und Forderungen wichtiger Interessengruppen (Industriezweige, Bauern, indigene Völker und Nichtregierungsorganisationen) einander gegenübergestellt - gegliedert in die Haltung der Entwicklungsländer, die der Industrieländer und die der Nichtregierungsorganisationen. Dabei wird auf der Seite der Entwicklungsländer mehrfach die Haltung Indiens und auf der Seite der Industrieländer oft die der USA exemplarisch geschildert, da beide jeweils eine Art Führungsposition auf Seiten des Nordens bzw. des Südens einnehmen.

Darauf aufbauend werden im sechsten Teil des Papiers die aktuellen Bemühungen im Folgeprozess des Übereinkommens über die biologische Vielfalt und des Übereinkommens über handelsbezogene Rechte des geistigen Eigentums um eine Lösung des Konfliktes um genetische Ressourcen untersucht.

Im Schlusskapitel des Papiers wird eine mögliche zukünftige Vorgehensweise vorgeschlagen, die versucht die Interessen aller Beteiligten zu berücksichtigen, um so einen Beitrag zum größtmöglichen Einvernehmen für die Lösung der Konflikte um genetische Ressourcen zu leisten.

2 Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt

2.1 Einführung

Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt² (oft auch CBD oder auch Biodiversitätskonvention genannt) regelt als völkerrechtlich bindender Vertrag auf internationaler Ebene in umfassender Weise den Schutz der Biodiversität (s. 2.2.1), den nachhaltigen Gebrauch ihrer Bestandteile und die gerechte Vorteilsaufteilung aus ihrer Nutzung (vgl. Gettkant et al. 1997, S. 82f.). Bis zu seinem Inkrafttreten im Dezember 1993 war der internationale Natur- und Artenschutz durch Abkommen bestimmt, die den Schutz einzelner Arten oder bestimmter Gebiete zum Ziel haben bzw. Teilaspekte der Nutzung biologischer Ressourcen (s. 2.2.2) behandelten (*Bilderbeek* 1993, S. 266f.).³ Die Biodiversitätskonvention sieht in der nachhaltigen Nutzung biologischer Ressourcen eine Chance, den Anreiz für ihren Erhalt zu vergrößern. In diesem Sinne erkennt sie an, dass Umweltschutz nur durchsetzbar ist, wenn die hierfür notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen gegeben sind. Entsprechend dem Konzept des *sustainable development* vereint sie ökonomische, soziale und ökologische Dimensionen (*Wolfrum/Stoll* 1996, S. 11 f.).

² *Convention on Biological Diversity* (CBD). Rio de Janeiro, 5. Juni 1992. In Kraft getreten am 29. Dezember

1993. Da sie nach Art. 42 CBD nur im arabischen, chinesischen, englischen, französischen, russischen und spanischen Wortlaut authentisch ist, muss bei Auslegungsfragen eine dieser Sprachen herangezogen werden. Bei wörtlichen Zitaten wird in dieser Arbeit daher der englische Text verwendet. Dieser ist in Anhang I der Arbeit - ohne seine beiden Anlagen - abgedruckt. Deutsche Übersetzung in: BGBl.1993 II, S. 1742.

³ Z. B. das Washingtoner Artenschutzabkommen (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora - CITES) von 1973, das den Handel mit bedrohten Arten einschränkt.

2.2 Begriffsbestimmungen

2.2.1 Biodiversität

Der englische Begriff „biodiversity“ (im Deutschen: „Biodiversität“ oder „biologische Vielfalt“) ist jüngerer Datums. Soweit nachvollziehbar wurde er erstmals 1986 auf der Washingtoner Fachkonferenz „National Forum on Biodiversity“, deren bekanntester Teilnehmer der Biologe Edward O. Wilson⁴ war, gebraucht und allgemein akzeptiert (*Flitner* 1999, S. 54). Nach Art. 2 CBD umfasst Biodiversität die Vielfalt aller Tier- und Pflanzenarten, die genetische Variabilität innerhalb der Arten und die Vielfalt der Ökosysteme. Sie ist Ergebnis der Evolution und Grundlage für die Anpassungsfähigkeit von Lebewesen an die jeweiligen verschiedenen Umweltbedingungen. Neben der Tatsache, dass sie einen Eigenwert besitzt, der also unabhängig von ihrer Nutzung durch den Menschen besteht,⁵ lassen sich ihr viele weitere positive Werte zuschreiben (vgl. Präambel CBD). So trägt sie z. B. in ökologischer Hinsicht entscheidend zur Regeneration der Böden, des Wassers und der Luft und der Stabilität und Anpassungsfähigkeit von Ökosystemen bei. Wirtschaftliche Bedeutung kommt ihr als Bereitstellerin von Nahrung und zahlreichen anderen biologischen Ressourcen zu. Ihre Erholungsfunktion für den Menschen entspricht einem weiteren, sozialen Nutzen (*König/Linsenmair* 1996, S. 166-169).

Die wissenschaftliche Datenlage über die globale biologische Vielfalt ist noch sehr unzureichend. Da noch nicht einmal annähernd alle Arten und Zusammenhänge erforscht sind, ist bisher auch nur ein Teil des Nutzens der Biodiversität bekannt. Für eine Schätzung ihres Wertes existieren keine praktikablen bzw. allgemein akzeptierten Ansätze; andererseits wird das Anliegen der Wertzuweisung durchaus als moralisch bedenklich betrachtet (Natur-Ethik-Konflikt).⁶ Eindeutig ist jedoch, dass zur Erzielung kurzfristiger Gewinne große Teile der biologischen Vielfalt zerstört worden sind und weiter zerstört werden. Aus der Perspektive einer menschlichen Zeitrechnung ist dieser Verlust irreversibel. Regionen mit

⁴ Wilson begann bereits in den 70er Jahren damit, die Vielfalt der Natur und das Artensterben zu erforschen und zu dokumentieren. Seine Veröffentlichungen gehören zur Standardliteratur auf diesem Gebiet

⁵ Diesen Ansatz vertritt insbesondere Edward O. Wilson (s. Fn. 4). Vgl. etwa *Wilson* 1995, S. 369.

⁶ Ausführlich hierzu *Hampicke* 1999.

sehr großem Reichtum an Biodiversität findet man vor allem in den tropischen Gebieten der Erde, also überwiegend in Entwicklungsländern.⁷ Durch anthropogenen Einfluss und aufgrund der großen Schuldenlast dieser Länder schwindet die biologische Vielfalt jedoch auch dort immer mehr; Hauptursache ist die zunehmende Zerstörung natürlicher Lebensräume. Wegen der Ausmaße dieser Prozesse und der Bedeutung der biologischen Vielfalt stellt ihr Verlust ein wesentliches Problem für die gesamte Menschheit dar (*Wilson* 2000, S. 14f.).⁸

2.2.2 Biologische Ressourcen

Biologische Ressourcen sind gemäß Art. 2 CBD alle Bestandteile der biologischen Vielfalt, die für den Menschen von tatsächlichem oder potenziellem Nutzen oder Wert sind. Einen im Text der Konvention besonders hervorgehobenen und in der Praxis höchst relevanten Teil der biologischen Ressourcen stellen dabei die genetischen Ressourcen dar. Art. 2 CBD beschreibt sie als "genetic material of plant, animal, microbial or other origin".

Dieses Material trägt funktionales Erbgut. Steht diese in der Ressource enthaltene Information bei der Nutzung gegenüber ihren physikalischen Eigenschaften im Vordergrund, spricht man von der Nutzung genetischer Ressourcen (*Henne* 1998, S. 41).

Da das menschliche Genmaterial von dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt nicht erfasst wird,⁹ entfällt seine Betrachtung im vorliegenden Papier.

Auf genetisches Material natürlichen Ursprungs - und demzufolge auf eine reichhaltige Biodiversität - ist die moderne Biotechnologie angewiesen, da solches Material aufgrund seiner langen und komplexen Entstehung in der Regel von besonderer Widerstandskraft ist. So basieren viele der derzeit auf dem Markt befindlichen Arzneimittel auf Wirkstoffen aus der Natur. Im Labor neu kombinierte Mittel haben diesen gegenüber einen entscheidenden Nachteil: Sie sind meist nur unwesentliche Variationen bereits existierender Stoffe, gegen

⁷ Die Meere sind in dieser Hinsicht noch sehr ungenau erforscht, jedoch wächst ihre Bedeutung für die Biotechnologie. Vgl. *Hummel* 1998, S. 8, und *Dawnes/Van Dyke* 1998, S. 22.

⁸ Ausführlich und basierend auf einer umfassenden Literaturrecherche *Hummel et al.* 1998, insbesondere die Beiträge von *Simon*: Artenzahlen und Biodiversität; *Hummel*: Altensterben - Ausmaß und Ursachen; und *Kiefer*: Die ökonomische Bewertung von Biodiversität.

⁹ Diese Entscheidung bezüglich der Auslegung von Art. 2 CBD wurde auf der zweiten Vertragsstaatenkonferenz der CBD getroffen (decision II/10 in: CBD-Dokument: *UNEP/CBD/COP/2/19*; vgl. *Wolfrum/Stoll* 1996, S. 21).

die Krankheitserreger häufig bereits Resistenzen entwickelt haben (*Dobson 1997, S. 291*). Das Problem der Arzneimittelforschung wird dadurch verschärft, dass es in der Praxis nur selten gelingt, einen Stoff, der nicht als natürliches Original vorhanden ist, im Labor herzustellen (*Guerin 2000, S. 22*). Diese Umstände treffen nicht nur auf die Entwicklung pharmazeutischer Produkte zu, sondern lassen sich auf nahezu alle Zweige der chemischen Industrie sowie die Agrar- und Forstwirtschaft übertragen.¹⁰

Vor diesem Hintergrund werden die Gefährdung der Ernährungssicherheit und die der Gewinnung von natürlichen Wirkstoffen, die aufgrund des Verlusts von biologischen Ressourcen auftreten, sowohl in der Wissenschaft als auch in der politischen Praxis gegenwärtig als zwei global relevante Probleme lebhaft diskutiert (vgl. *WBGU 2000, S. 23f. und 69-96*).

2.3 Verhandlungsprozess der Biodiversitätskonvention

Nach der *UN Conference on Human Environment* in Stockholm im Jahr 1972 wurde der Schutz der biologischen Vielfalt zu einem stark diskutierten Thema der entstehenden Weltumweltpolitik. Nachdem sich zuvor nur relativ wenige Experten dieser Thematik gewidmet hatten, rückte sie Anfang der 80er Jahre verstärkt in das Interesse internationaler Organisationen - wie etwa der *World Conservation Union (IUCN)* und des *World Wide Fund for Nature (WWF)*.¹¹ Vor allem die IUCN spielte in der Entstehungsgeschichte der Biodiversitätskonvention eine bedeutsame Rolle, indem sie die Ausarbeitung eines Vorschlags für eine internationale Vereinbarung zum Schutz der biologischen Vielfalt koordinierte und zu diesem selbst wesentlich beitrug.¹² Die an diesem Diskurs Beteiligten hofften, durch ein weltweites Abkommen die verschiedenen Ansätze zum Schutz der Natur und Artenvielfalt, die es bereits gab, vereinen und damit wirksamer machen zu können (*Swanson 1997, S. 79-81, und Raustiala/Victor 1996, S. 18f.*). Der gemeinsam erarbeitete Vorschlag der Umweltschutzorganisationen bildete die Basis für diverse Arbeitsgruppen, die 1987 unter der Leitung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (*UN Environ-*

¹⁰ Zur Bedeutung genetischer Ressourcen für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft *BML 2000, S. 3f.*, oder *Hawtin 2000, S. 19-21*.

¹¹ Informationen zur IUCN unter <http://www.iucn.org>; zum WWF unter <http://www.wwf.org>.

¹² Zur Rolle von IUCN und WWF und über ihre Absichten s. etwa *McNeefy et al. 1990, insbesondere S. 68f.*

ment Programme - UNEP) mit der Ausarbeitung eines Vertragsentwurfes begannen. Darauf aufbauend starteten Mitte 1991 die offiziellen Vertragsverhandlungen der Konvention über die biologische Vielfalt (Henne 1998, S. 107-117).

Da sie auf dem Erdgipfel (*UN Conference on Environment and Development - UNCED*) in Rio de Janeiro im Juni 1992 zur Unterzeichnung vorliegen sollte, mussten die Verhandlungen zügig durchgeführt werden. Die Beteiligten waren sich über die Notwendigkeit einer internationalen Biodiversitätskonvention zwar einig, aber schon zu Beginn waren im Wesentlichen zwei höchst konträre Positionen erkennbar:

Auf der einen Seite standen die Industrieländer, deren Hauptziel - aufgrund ihres großen Bedarfs an biologischen Ressourcen überhaupt, insbesondere aber wegen der Bedeutung der genetischen Ressourcen als Forschungsobjekt und als Ware - die Erhaltung der Biodiversität war. Dementsprechend sollte der Vertragstext ihrer Ansicht nach derart gestaltet werden, dass die biologische Vielfalt als „gemeinsames Erbe der Menschheit“ gelte. In diesem Sinne forderten sie den ungehinderten (nicht unbedingt kostenfreien) Zugang zu genetischen Ressourcen und den Schutz der Biodiversität in allen Ländern. Hierfür wollten sie auch die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Zum einen weil offensichtlich war, dass die Entwicklungsländer ohne diese Kostenübernahme das Abkommen nicht unterzeichnen würden, zum anderen wollten die Industrieländer weltweit Prioritäten bezüglich der Naturschutzmaßnahmen setzen können (so u. a. Henne 1998, S. 119-122, und Suplie 1996, S. 128-131).¹³

Auf der anderen Seite erhielten die Entwicklungsländer durch die Konstellation, dass der Süden etwas hatte, was der Norden brauchte, eine gestärkte Verhandlungsposition (vgl. hierzu Bilderbeek 1993, S. 266). Aus dieser Position heraus beharrten sie auf der Anerkennung der nationalen Souveränität über biologische Vielfalt als Rohstoff wie andere auch, um einerseits die eigene Nutzung vor Naturschutzmaßnahmen seitens der Industrieländer zu sichern und um andererseits deren Zugriff auf ihre eigenen genetischen Ressourcen auch rechtlich regeln zu können. Zugang zu diesen Ressourcen wollten sie nur im Austausch gegen Technologie- und Finanztransfer zulassen (Raustiala/Victor 1996, S. 19). Sie

¹³ Bisher waren genetische Ressourcen - von geringen Tauschwerten abgesehen - für jedermann frei zugänglich gewesen. Als Folge wurden sie beispielsweise unter Wissenschaftlern rege und ungehindert ausgetauscht (Henne 1998, S. 90-105).

erhofften sich so zugleich verbesserte Weltmarktchancen und damit eine Veränderung ihrer prekären wirtschaftlichen Situation.

Dieses war das Hauptanliegen der Entwicklungsländer, das sie während des gesamten UNCED-Prozesses verfolgten. Durch vorherige Absprachen und einheitliche Argumentation versuchten sie sich gegenüber den Industrieländern besser zu behaupten (Henne 1998, S. 118).

Trotz dieser grundsätzlich divergierenden Positionen gelang es den Verhandlungsführern, einen Vertragstext auszuhandeln, der wie geplant auf der UNCED 1992 zur Unterzeichnung auslag. Nach relativ zügiger notwendiger staatlicher Ratifikation trat die Biodiversitätskonvention am 29. Dezember 1993 in Kraft.

2.4 Inhalt und Organisation der Biodiversitätskonvention

Die folgende Darstellung erhebt nicht den Anspruch einer vollständigen Wiedergabe aller Bestimmungen der Konvention über die biologische Vielfalt. Für den Zweck dieses Papiers versucht sie vielmehr deren Tenor wiederzugeben und einen Überblick über inhaltliche und organisatorische Aspekte des Abkommens zu bieten. Spezielle Regelungen werden dann problembezogen im zweiten Teil des Papiers näher erläutert.

Gemäß Art. 1 CBD verfolgt die Biodiversitätskonvention drei Ziele: „the conservation of biological diversity, the sustainable use of its components and the fair and equitable sharing of the benefits arising out of the utilization of genetic resources.“ Der Begriff „benefits“ wird, anschließend in Art. 1, explizit als „appropriate access“ zu genetischen Ressourcen, „appropriate transfer of relevant technologies“ und „appropriate funding“ differenziert.

Laut der Präambel des Abkommens ist die Erhaltung der Biodiversität ein „common concern of humankind“. Gleichzeitig bestätigt die Präambel jedoch die Anerkennung des Grundsatzes der nationalen Souveränität der Vertragsstaaten über ihre biologischen Ressourcen, für deren Erhaltung und nachhaltige Nutzung diese verantwortlich sind (ebenfalls in Art. 3 CBD). Die Konvention zieht also nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische und soziale Aspekte in Betracht und hierfür werden einmalig Schutz und Nutzung kritisch in einem systemischen Zusammenhang gesehen. Daher sind zwar alle Vertrags-

Staaten für die Erhaltung der Biodiversität, die ihr gemeinsames Anliegen ist, verantwortlich, doch führt dies in Abhängigkeit vom jeweiligen Entwicklungsstand der betreffenden Länder zu unterschiedlichen Pflichten. Dieses Prinzip der *common but differentiated responsibility*, das sich in allen Umweltkonventionen seit 1992 findet, wird in Art. 20 Abs. 4 CBD folgendermaßen umschrieben: „The extent to which developing country Parties will effectively implement their commitments under this Convention will depend on the effective implementation by developed country Parties of their commitments under this Convention related to financial resources and transfer of technology and will take fully into account the fact that economic and social development and eradication of poverty are the first and overriding priorities of the developing country Parties.“¹⁴

Der auf die allgemeinen Artikel 1-4 CBD (Ziele, Begriffsbestimmungen, Grundsatz und Geltungsbereich des Abkommens) folgende Vertragstext kann inhaltlich in zwei Teile gegliedert werden: Im ersten (Art. 4-20 CBD) werden die Pflichten der Vertragsparteien beschrieben, deren Erfüllung die Umsetzung der Ziele der Konvention gewährleisten sollen. Hierzu zählen Kooperationsbestimmungen, die nationale und politisch integrierte Umsetzung des Abkommens, die Erfassung und Überwachung der nationalen Biodiversität und Erhaltungsmaßnahmen. In Art. 8 j) CBD wird die besondere Bedeutung indigener Völker¹⁵ und deren Wissen für Erhaltung und nachhaltige Nutzung biologischer Ressourcen hervorgehoben.¹⁶ Dieser Aspekt wird neben den Zugangsregelungen für genetische Ressourcen und Technologie und den Bestimmungen über den diesbezüglichen Vorteilsausgleich (Art. 15-20 CBD) genauer unter 4.3.1 betrachtet. Die weiteren Bestimmungen des ersten Teils der Biodiversitätskonvention - wie etwa die Verpflichtung zur Aufklärung der Bevölkerung - sind Standardbestandteile internationaler Umweltverträge.¹⁷ Durch Zusätze wie „as far as possible and as appropriate“ und „in accordance with its particular conditions and capabilities“ werden die Verpflichtungen der Vertragsstaaten im Sinne des Prinzips der

¹⁴ Vgl. etwa Swanson/Johnston 1999, S. 237.

¹⁵ Mit der deutschen Bezeichnung „indigene Völker“ wird an dieser Stelle und im Folgenden die englische Umschreibung „indigenous and local communities“ (Art. 8 j) CBD) vereinfacht wiedergegeben. Das Wort „indigen“ wird seiner wörtlichen Übersetzung „eingeboren“, die vielfach als diskriminierend empfunden wird, allgemein vorgezogen. Weltweit gibt es ca. 5.000 indigene Völker bzw. 200-300 Mio. indigene Menschen, die meisten davon leben in China und Indien. Gebiete, die von indigenen Völkern bewohnt werden, weisen oft eine hohe Biodiversität auf (WGBU 2000, S. 188-191).

¹⁶ Die traditionellen Lebensformen indigener Völker basieren auf der nachhaltigen Nutzung biologischer Ressourcen und sind daher für die Erhaltung der Biodiversität besonders wichtig (Nayar/Ong 1996, S. 247).

¹⁷ Zum letztgenannten Aspekt Biermann 1998, S. 244. Ausführlicher zu den Prinzipien internationalen Umweltrechts Swanson/Johnston 1999, S. 203-263.

gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung im Hinblick auf ihre soziale und wirtschaftliche Vertretbarkeit fixiert. Nach Art. 18 Abs. 3 CBD wird außerdem ein „clearing-house mechanism“ (CHM) eingerichtet, der als Informations- und Kommunikationssystem die technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern soll.¹⁸

Der zweite Teil der Biodiversitätskonvention (Art. 21-42 CBD) regelt organisatorische Aspekte ihrer praktischen Umsetzung. Die Umsetzung erfolgt durch nationale Gesetzgebung und Programme der Vertragsstaaten. Zur Kontrolle dieser Umsetzung müssen die Vertragsstaaten regelmäßig über ihre durchgeführten Maßnahmen Bericht erstatten (Art. 26 CBD). Außerdem sieht das Abkommen die Möglichkeit vor, im Folgeprozess konkretisierende Protokolle zu verabschieden (Art. 28 CBD). In diesem Zusammenhang sind im ersten Teil des Vertragstexts insbesondere Verhandlungen vorgesehen über „a protocol setting out appropriate procedures, including, in particular, advance informed agreement, in the field of the safe transfer, handling and use of any living modified organisms resulting from biotechnology that may have adverse effect on the conservation and sustainable use of biological diversity“ (Art. 19 Abs. 3 CBD). Als oberstes Gremium fungiert die „Conference of the Parties“ (COP; Art. 23 CBD). Sanktionsmechanismen sind nicht vorgesehen; die einzige Streitschlichtungsmaßnahme stellen Verhandlungen dar (Art. 27 CBD). Die COP wird durch ein Sekretariat (Art. 24 CBD) und den „Subsidiary Body on Scientific, Technical and Technological Advice“ (SBSTTA; Art. 25 CBD) unterstützt.¹⁹ Außerdem ist ein Finanzierungsmechanismus (Art. 21 CBD) vorgesehen: Durch diesen sollen den Entwicklungsländern die Mehrkosten, die durch Maßnahmen zur Umsetzung des Abkommens entstehen, von den Industrieländern ersetzt werden. Die entsprechende Verpflichtung in Art. 20 Abs. 3 CBD lautet: „The developed country Parties shall provide new and additional financial resources to enable developing country Parties to meet the agreed full incremental costs to them of implementing measures which fulfil the obligations of this Convention...“.²⁰

¹⁸ Informationen zum CHM unter <http://www.biodiv.org/chm>.

¹⁹ Informationen zum SBSTTA s. *UNEP* 1998, S. 41f., und unter <http://www.biodiv.org/sbstta>.

²⁰ Informationen zur CBD unter <http://www.biodiv.org>.

2.5 Bisherige Umsetzung und Bewertung der Biodiversitätskonvention

Bis zum 14. August 2000 hatten 177 Staaten und die Europäische Union die Biodiversitätskonvention ratifiziert²¹ - von den ersten 30 waren 25 Entwicklungsländer (*Raustiala/Victor* 1996, S. 19). Sie zählt damit zu den wichtigsten multilateralen Umweltabkommen, woraus sich eine gewisse Bedeutung ihrer Regelungen auch für Nicht-Vertragsstaaten ergibt (*Becker-Soest* 1998, S. 361, und *Henne/Fakir* 1999, S. 316).

Das Zustandekommen der Konvention wie aber auch das kodifizierte Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung bringen indirekt zum Ausdruck, dass eine der Ursachen für den Verlust der biologischen Vielfalt des Südens deren praktisch kompensationslose Übernutzung vor allem durch den Norden ist und dass diese Übernutzung durch politisches Fehlverhalten beider Seiten unterstützt wurde (bzw. wird). Der Vertragstext stellt einen Kompromiss dar, der trotz zweier widersprüchlicher Verhandlungspositionen und unter Zeitdruck entstand. Ergebnis ist das größtmögliche Zugeständnis beider Seiten und somit ein entscheidender Schritt in der internationalen Umweltpolitik (*Gettkant et al.* 1997, S. 92f.).

Die zuvor beschriebenen Organe wurden nach Konstitution der COP eingerichtet. Die Finanzierungsfunktion führt bis auf Weiteres die *Global Environment Facility* (GEF) aus, eine von Weltbank, *UN Development Programme* (UNDP) und UNEP gemeinsam verwaltete Einrichtung.²² Der Sitz des Sekretariats befindet sich in Montreal, Kanada. Die Organisation der CBD gilt trotz diverser Probleme als positiv und zukunftsorientiert (*Simonis* 2000, S. 90-92). Bisher gab es fünf Vertragsstaatskonferenzen der Konvention, 1994 in Nassau, Bahamas, 1995 in Djakarta, Indonesien, 1996 in Buenos Aires, Argentinien, 1998 in Bratislava, Slowakei, und 2000 in Nairobi, Kenia. Die COP bietet Gelegenheit für die Verhandlung internationaler Kooperationen und zur Festsetzung der Auslegung der Konvention bei Streitfragen. Aus der umfassenden Zielsetzung und aus der komplexen Vertragsgestaltung der Biodiversitätskonvention resultiert jedoch ein schwieriger Umsetzungsprozess, der sich hin und wieder nachteilig auf das Voranschreiten der nationalen

²¹ Quelle: <http://www.biodiv.org/conv/BACKGROUND.HTML>.

²² Informationen zur GEF unter <http://www.gefweb.org>.

Maßnahmen und auf die Effektivität der Vertragsstaatenkonferenzen auswirkt (*Garner* 1999, S. 152, und *Hauchler et al.* 1999, S. 308f.).

Obwohl die COP und von ihr neu eingerichteten Arbeitsgruppen zahlreiche Themen in Angriff genommen haben - z. B. Schutz der Wälder - gelten die bisherigen Ergebnisse jedoch als eher dürftig. Als größter internationaler Erfolg wurde am 29. Januar 2000 das „Cartagena Protocol on Biosafety“, das den Umgang mit und den Transfer von genetisch veränderten Organismen regelt, beschlossen (*Swaminathan* 2000, S. 31, und *Henne/Fakir* 1999, S. 318). Der positive Abschluss des Biosafety-Protokolls ist für die Zukunft der Weltumweltpolitik um so bedeutender, da sich im Wesentlichen die Entwicklungsländer im Verlauf seiner Verhandlungen für einen starken Schutz der Umwelt und menschlichen Gesundheit eingesetzt hatten (*von Weizsäcker* 2000, S. 234).

Kritisch zu bewerten ist, dass die USA, obwohl sie die CBD bisher nicht ratifiziert haben, an allen wichtigen Verhandlungen - auch an denen zum Biosafety-Protokoll - teilgenommen haben und diese maßgeblich beeinflussten. Viele andere Staaten schlossen sich oft nur allzu bereitwillig ihren Positionen an, um so einen möglichen Beitritt der USA zu unterstützen bzw. um den Anschein einer solchen Absicht zu erwecken (*von Weizsäcker* 2000, S. 234).

Der GEF fehlt es noch an ausreichend geeigneten und allgemein akzeptierten Instrumenten, die Mehrkosten, die durch Biodiversitätsprojekte entstehen, zu bestimmen. Nur diese sollen im Rahmen des Abkommens finanziert werden. Da sie aber relativ schwer ermittelbar sind und wegen der unterschiedlichen Schutzinteressen von Entwicklungs- und Industrieländern, werden viele Projekte, wenn überhaupt, nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung durch die GEF finanziell unterstützt (*Müller* 2000, S. 66).

Die öffentliche Diskussion ist auf den Biodiversitätsverlust aufmerksam geworden. Doch um seinem immer noch anhaltenden Anstieg entgegenzuwirken, sind Taten nötig. Es gilt nun, die Flexibilität des Abkommens zu nutzen und die bisher kleine Zahl von Projekten, die zur Umsetzung der Konvention durchgeführt werden bzw. worden sind, mit Rücksicht auf notwendige qualitative Anforderungen zu erhöhen. Wichtig ist hierbei eine umfassende Herangehensweise, die im Umweltschutz und auch anderen Bereichen wie etwa sozialpolitischen Entwicklungsprogrammen vorhandene Synergien nutzt (*McNeely* 1999, S. 250f., und *Suplie* 2000, S.224).

Gerade die Regelung des Zugangs zu genetischen Ressourcen und des damit verbundenen Vorteilsausgleichs für deren Bereitsteller ist in hohem Maße auf integrative Lösungsansätze angewiesen. Damit die Interessen aller verschiedener Akteure (Bereitsteller und Nutzer genetischer Ressourcen) im Sinne des *sustainable development* ausreichend berücksichtigt werden, müssen Verbindungen zu allen betroffenen Akteuren geknüpft werden. Eine Lösung dieser komplexen Probleme ist noch nicht gefunden, wird jedoch aktuell diskutiert. Wegen der großen Bedeutung der genetischen Ressourcen und des rasch steigenden Verlusts der genetischen Vielfalt gilt es, den Zugang zu und die Nutzung von diesen Ressourcen möglichst bald und in nachhaltiger Art und Weise zu lösen. Auch auf den Vertragsstaatenverhandlungen der CBD spielen hierbei die Beiträge von nicht-staatlichen Organisationen bereits große Rolle. Nichtregierungsorganisationen sind oft besser als staatliche Träger in der Lage, Probleme und Belange von Minderheiten wie indigenen Völkern, welche wesentlich zum Erhalt der Biodiversität beitragen, zu ermitteln. Obwohl nicht-staatliche Gruppen von Seiten der Vertragsparteien der Biodiversitätskonvention mittlerweile schon eine beachtliche Berücksichtigung finden, sollte diese Integration im Hinblick auf ihre Bedeutung für den Biodiversitätsschutz noch weiter verbessert werden (*Swaminathan 2000, S. 31*).

Das zweite internationale Abkommen, das im Zusammenhang mit der Nutzung genetischer Ressourcen und dem damit verbundenen gerechten Vorteilsausgleich untersucht werden muss, ist das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums.

3 Das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums

3.1 Einführung

Das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums²³ (kurz: Übereinkommen über TRIPS oder auch TRIPS-Abkommen) ist ein Vertrag im Rahmen des GATT/WTO-Regimes. Es vereint auf internationaler Ebene grundlegende Aspekte des Freihandelsprinzips mit dem Schutz geistigen Eigentums. Geistiges Eigentum unterscheidet sich von materiellem Eigentum - dem ursprünglichen Eigentumsbegriff - dadurch, dass es nach seinem Bekanntwerden ohne direkte Beeinträchtigung von mehreren Personen gleichzeitig genutzt werden kann. Indirekt kann dem Eigentümer jedoch der Nachteil entstehen, dass er von den anderen Nutzern aufgrund ihrer Nicht-Ausschließbarkeit keine Gegenleistung erhält. Offenbartes geistiges Eigentum weist also die Eigenschaften eines öffentlichen Gutes *auf* (Thumm 2000, S. 29).

Der Markt ist ein System zur Bewertung privater Güter, er bewertet öffentliche Güter wegen der Missachtung externer Kosten in der Regel nicht angemessen. Durch die Einrichtung privater Schutzrechte versucht der Staat seit Jahrhunderten vorwiegend durch Patentgesetze dieses Marktversagen bezüglich geistigen Eigentums zu regulieren. Für diesen Eingriff spricht neben dem Gerechtigkeitsaspekt eine andere, motivationsorientierte Begründung: Durch die Verleihung exklusiver Nutzungsrechte und die hieraus zu erwartenden Gewinne dienen Rechte des geistigen Eigentums als Ansporn für Innovation. Sie begünstigen, so wird angenommen, den technischen Fortschritt, welcher der gesamten wirt-

²³ *Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights* (Agreement on TRIPS). Marrakesch, 15. April 1994, In Kraft getreten am 1. Januar 1995. Da es nach dem *Final Act Embodying the Results of the Uruguay Round of Trade Negotiations* nur im englischen, französischen und spanischen Wortlaut authentisch ist, müssen bei Auslegungsfragen diese Sprachen herangezogen werden. Bei wörtlichen Zitaten wird in dieser Arbeit daher der englische Text verwendet. Auszüge von diesem sind in Anhang II abgedruckt. Deutsche Übersetzung in: BGBl.1994 II, S. 1730.

schaftlichen Entwicklung und damit wiederum dem Allgemeinwohl - durch Erhöhung des Lebensstandards - zu Gute kommt (so z. B. *Anderson/Gallini* 1998, S. 2).

Von den verschiedenen Möglichkeiten, geistiges Eigentum zu schützen - etwa Autorenrechte, Handelsmarken etc. -, besitzen Patente in der Praxis die größte Bedeutung. Zugleich spielen sie im Zusammenhang mit dem aktuellen Konflikt um genetische Ressourcen, dem sich dieses Papier widmet, eine zentrale Rolle.

3.2 Patente

Ein Patent verleiht seinem Inhaber, einer juristischen Person, das ausschließliche wirtschaftliche Verwertungsrecht über eine Erfindung für eine begrenzte Zeit (nach Art. 33 TRIPS²⁴ für die Dauer von 20 Jahren). Um eine Erfindung patentieren zu können, muss diese drei Kriterien erfüllen: Sie muss neu, kommerziell verwertbar und darf nicht offensichtlich²⁵ sein (*Blakeney* 1996, S. 12f.).

Im Gegenzug zum Erhalt des monopolartigen Privilegs eines Patents wird die Erfindung veröffentlicht. Nun können Dritte das patentierte Wissen - bis zum Ablauf der Patentdauer unter Ausschluss der kommerziellen Verwertung - verwenden. Der Patentinhaber hat außerdem die Möglichkeit die Verwertung der Erfindung freizugeben: unentgeltlich, durch Patentverkauf oder in Form von Lizenzvergabe (*Erbisch/Velazquez* 1998, S. 8, und *Erbisch/Fischer* 1998, S. 31-39).

In der juristischen Praxis werden Produkt- und Prozesspatente unterschieden. In der Regel stellen letztere einen geringeren Schutz als erstere dar, da nur selten eine einzige Methode zur Herstellung eines Produkts existiert. Eine Kombination von beiden Arten bietet dagegen optimalen Schutz für den Patentinhaber, erfordert allerdings in der Regel auch größeren Aufwand bei der Patentanmeldung (*Waiden* 1996, S. 173).

Die ersten den heutigen Patentsystemen ähnlichen Rechte wurden in England im 14. Jahrhundert verliehen. Das erste Patentgesetz erließ die Republik Venedig im Jahre 1474. Von diesen historischen Ursprüngen ausgehend verbreitete sich die Anwendung von Patenten

²⁴ Verweise auf das Übereinkommen über TRIPS werden im Folgenden in dieser Kurzform dargestellt

²⁵ D. h., sie muss eine besondere geistige Leistung darstellen.

und deren gesetzliche Regelung trotz zahlreicher Kritik schließlich im übrigen Europa und auch in Nordamerika. Besonders zwischen 1850 und 1873, zu einer Zeit, in der zwischenstaatlicher Handel an Bedeutung gewann, wuchs auch die Kritik am Patentwesen. Der Freihandel fand immer mehr Anhänger und viele von ihnen lehnten jede Form von staatlichem Eingriff in den Markt ab. In Folge der ersten großen Wirtschaftskrise der modernen Geschichte (1859), schlug die Stimmung wieder zu Gunsten nationaler und protektionistischer Denkweisen um und die Befürworter von Patenten erreichten 1873 auf dem Wiener Patentkongress einen durchschlagenden Erfolg (*Machlup* 2000, S. 18-24). Zehn Jahre später, 1883, wurde die Pariser Konvention (*International Convention for the Protection of Industrial Property*) beschlossen. Sie schreibt ihren Mitgliedern die Inländergleichbehandlung vor. D. h., dass juristischen Personen aus anderen Mitgliedsstaaten die gleichen Rechte zum Schutz des geistigen Eigentums eingeräumt werden müssen wie Einheimischen. Die Pariser Konvention gilt historisch als erster Schritt zu einer Harmonisierung des internationalen Patentrechts (so etwa *Evans* 1994, S. 146-148).

1970 wurde die *World Intellectual Property Organization* (WIPO) gegründet und der *Patent Cooperation Treaty* beschlossen. Dieser Vertrag vereinheitlicht für seine bisher 108 Unterzeichner die Bestimmungen für die Anmeldung von Patenten. Die WIPO - seit 1974 Sonderorganisation der Vereinten Nationen - ist mit derzeit 175 Mitgliedern das größte internationale Verhandlungsgremium für Fragen des geistigen Eigentums. Sie koordiniert 21 diesbezügliche multilaterale Verträge und hilft Ländern bei der Implementierung geistiger Eigentumsrechte. WIPO-Mitgliedschaft setzt nicht die Unterzeichnung aller 21 Verträge voraus (*Peifer* 1997, S. 654).²⁶

Trotz dieser Bemühungen um eine Internationalisierung der Rechte des geistigen Eigentums sind Patentgesetze - auch nach Inkrafttreten des Übereinkommens über TRIPS - immer noch nationales Recht; ein einheitliches, globales Patentsystem ist noch nicht vorhanden.²⁷ Untersuchungen haben ergeben, dass vor allem Industrieländer starke Patentrechte

²⁶ Informationen zur WIPO unter <http://www.wipo.org>.

²⁷ In den USA hat z. B. derjenige, der nachweislich eine Erfindung zuerst gemacht hat, vor demjenigen, der sie zuerst anmeldet, einen rechtlichen Anspruch auf ein Patent (*Charnovitz* 1998, S. 128).

haben.²⁸ Ein wichtiger Grund hierfür sind umfangreiche Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten der dort ansässigen Firmen. Entwicklungsländer haben aus historischen und aus wirtschaftspolitischen Gründen in der Regel eher schwache Patentrechte,²⁹ ihre Industrie unterhält nur relativ geringe Forschungs- und Entwicklungsprojekte und ist daher in hohem Maße vom Zugang zu Technologien aus Industrieländern abhängig.³⁰

Da Patentanmeldungen meist langwierig und kostspielig sind, befinden sich viele Patente in der Hand großer Unternehmen, die einen ausreichenden finanziellen und zeitlich-planerischen Handlungsspielraum besitzen. Sie nutzen Patente oft aus strategischen Gründen beispielsweise, um Wettbewerbern zu schaden. Eine tatsächliche Verwertung der patentierten Erfindung ist dann von Anfang an gar nicht beabsichtigt (*Thumm* 2000, S. 31 f.). Dennoch eröffnen Patente für kapitallose Erfinder die Möglichkeit, aufgrund des durch das Patent erhaltenen exklusiven Rechts zur kommerziellen Verwertung der Erfindung, Investoren für die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Umsetzung ihrer Ideen zu finden (*Büchel/Brauchbar* 1997, S. 12).

Der ursprüngliche Anwendungsbereich von Patenten, der Schutz von Erfindungen im Bereich der unbelebten Materie, wurde in Folge der modernen Biotechnologie in raschem Tempo auf den Bereich des Lebendigen ausgeweitet. Diese Entwicklung wurde hauptsächlich von den USA angeführt (*Simpson* 1997, S. 71f.). Bereits 1931 wurden in den USA ein Patent für eine Rose, knapp ein halbes Jahrhundert später für ein synthetisch hergestelltes Bakterium und 1987 schließlich für ein gentechnisch verändertes Lebewesen - die sogenannte Harvard-Maus - vergeben (*Büchel/Brauchbar* 1997, S. 17).

In der Regel ist eine exakte Beschreibung von biotechnologischen Erfindungen sehr komplex. Hieraus ergeben sich Probleme für die notwendige Überprüfung durch das Patentamt bei der Patentanmeldung und für die an die Patentvergabe anschließende Veröffentlichung der Erfindung. Die teilweise recht komplizierten Prozesse können aufgrund finanzieller,

²⁸ Starker Patentschutz wird z. B. durch lange Patentdauer, Bestimmungen, welche Erfindungen patentierbar sind oder weiten Patentumfang definiert. Letzteres heißt, dass eine Erfindung so umfassend patentiert ist, dass Erfindungen, die auf dem Wissen der ersten basieren, noch von deren Patentschutz betroffen sind (*Takalo* 1999, S. 2).

²⁹ Die Idee des Patentsystems entspricht der westlich-christlichen Weltanschauung, in der Individualrechte eine große Rolle spielen. Stark abstrahiert steht in den meisten anderen Kulturen das Allgemeinwohl über dem Recht des Einzelnen. Daher gab es keine historische Entwicklung von Patentrechten außerhalb Europas und Nordamerikas (*Gerster* 1998, S. 605).

³⁰ Ausführlich *Ginarte/Park* 1997 und *Lerner* 1999.

technischer und fachlicher Restriktionen der Patentämter oft nicht nachvollzogen werden. Zudem bietet die Biotechnologie den Patentanmeldern zahlreiche Möglichkeiten, diese Problematik noch zu ihren Gunsten zu verschärfen - z. B. durch Hinzufügen von für die Erfindung an sich bedeutungslosen Stoffen, die jedoch schwer zu untersuchen sind (sogeannter Parameter-Trick). So wird die Überprüfung, ob überhaupt eine Erfindung vorliegt, schwer durchführbar (*Gerster 1998, S. 606*).

3.3 Verhandlungsprozess des Übereinkommens über TRIPS

Während der 70er und der frühen 80er Jahre war das Wirtschaftswachstum der USA rückläufig. Die Gründe hierfür lagen hauptsächlich in der damaligen Rezession teilweise aber auch in neuerlichen Veränderungen im internationalen Handel. Zu diesen Veränderungen zählte unter anderem, dass die *newly industrializing countries* (NICs) durch ihre niedrigen Weltmarktpreise bei Produkten, die in Massenfertigung und relativ einfach hergestellt werden konnten, die Preispolitik der US-Industrie gefährdeten. Güter aus diesen Ländern - wie etwa kleine Elektrogeräte - waren wegen niedriger Lohn- und Produktionskosten aber auch aufgrund der Tatsache, dass in den Industrieländern entwickelte Technologien benutzt wurden, um deren Produkte zu kopieren bzw. zu fälschen, billiger als US-Erzeugnisse (*Acharya 1992, S. 7f.*).

Technologie, also geistiges Eigentum, kann aufgrund einer fehlenden internationalen rechtlichen Basis nur durch nationale Gesetze geschützt werden. Die USA und andere betroffene Industrieländer hatten also keine Möglichkeit rechtliche Schritte gegen die nichteinheimischen Imitatoren vorzunehmen. Da Länder, die selbst wenig technologische Leistung hervorbringen, in der Regel eher nur schwache Schutzsysteme für geistiges Eigentums bereitstellen, bestand auch keine Möglichkeit, die Technologie der Industrieländer in den Ländern der Imitatoren durch deren geistigen Eigentumsrechte zu schützen (*Evans 1994, S. 140f. und 145*).

Bisher waren Bemühungen der USA, in den betreffenden Ländern stärkere Standards für geistige Eigentumsrechte durchzusetzen bzw. diese Länder zur Anerkennung des Schutzes der US-Technologie zu zwingen, nur schleppend vorangekommen. Daher beabsichtigten die USA und auch andere Industrieländer, das Problem auf multilateraler Ebene durch die

Einbindung in das *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT)³¹ umfassend zu lösen. Diese Einbindung in das Regelungssystem des internationalen Freihandels zogen die Industrieländer den Verhandlungen im Rahmen der WIPO vor. Wohl der wichtigste Grund hierfür war, dass nach den Regelungen des GATT die Möglichkeit besteht, gegen Länder, die vertragsbrüchig werden, Sanktionsmaßnahmen zu verhängen. Gegenüber den Entwicklungs- und Schwellenländern begründeten die Industrieländer ihre Forderung hingegen damit, dass Wissen wegen des durch die moderne Kommunikationstechnologie vereinfachten Transfers immer mehr einer Ware wie jedes andere Handelsgut gleiche (*Acharya* 1992, S. 5 und 10, und *Evans* 1994, S. 158).

Eine von Brasilien und Indien angeführte Gruppe von Entwicklungsländern wehrte sich zunächst energisch. Geistige Eigentumsrechte sollten weiterhin ausschließlich in der WIPO verhandelt werden. Hier hatten bzw. haben die Entwicklungsländer einen großen Einfluss auf Entscheidungen, da nach dem UN-Prinzip „ein Land - eine Stimme“ Mehrheitsbeschlüsse gefasst werden und die Zahl der Entwicklungsländer die der Industrieländer übersteigt. Zudem sind in der WIPO keine Sanktionsmechanismen vorgesehen. Die NICs sahen sich jedoch gezwungen, ihre nationale Wirtschaftsordnung der von Industrieländern anzupassen, um im globalen Wettbewerb - beispielsweise im Hinblick auf die Attraktivität für ausländische Investoren - Schritt halten zu können und willigten aufgrund der Beharrlichkeit der USA in die Verhandlung des Themas „geistige Eigentumsrechte“ im Rahmen des Welthandelsrechts ein (*Evans* 1994, S. 158-160).

Letztlich war der von den Industrieländern auch auf die übrigen Entwicklungsländer ausgeübte Druck so groß, dass die Diskussion der handelsbezogenen Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums in die Agenda der Uruguay-Runde des GATT (1986-1994) aufgenommen wurde. Die Industrieländer forderten während der Verhandlungen eine Stärkung des Schutzes geistigen Eigentums und wollten hierfür das GATT entsprechend erweitern. In der Hoffnung auf eine baldige weltweite Harmonisierung geistiger Eigentumsrechte,

³¹ Das GATT war schon zu dieser Zeit das weltweit wichtigste Freihandelsabkommen. In Bezug auf damit verbundene geistige Eigentumsrechte beinhaltete es keine wesentlichen Regelungen. Damals war es noch nicht in eine Organisation integriert. In der Praxis fungierte seine Verwaltung als eine Art provisorische internationale Freihandelsorganisation jedoch eben nur im Bereich Güter- und Warenverkehr und nur mit einem Minimum an funktionellen Organen (*Benedek* 1998, S. 2). GATT-Entscheidungen sind i. d. R. konsensabhängig. In der Vergangenheit konnten die Industrieländer durch ihnen weniger wichtige Zugeständnisse den Entwicklungsländern Zustimmung in anderen Bereichen abringen (*Charnovitz* 1998, S. 131).

drängten sie auf die Einrichtung von entsprechenden Mindeststandards. Eine Reihe europäischer, japanischer und US-amerikanischer Unternehmensvereinigungen fassten ihre Forderungen nach der Einrichtung festgesetzter Mindeststandards der Rechte des geistigen Eigentums in einem Bericht zusammen, der allen Verhandlungsteilnehmern ausgehändigt wurde (*Evans* 1994, S. 165).

Entwicklungsländer sahen ihre nationale Souveränität sowohl aus legislativer Sicht als auch im Hinblick auf die Freiheit, ihre Entwicklungspolitik selbst bestimmen zu können, eingeschränkt. Um vom internationalen Wettbewerb profitieren zu können, sind sie auf Technologien aus Industrieländern angewiesen; ihr Zugang wird durch starke Rechte des geistigen Eigentums verschlechtert. In diesem Sinne lehnten vor allem die Länder der Brasilien-Indien-Gruppe eine Einbindung der Schutzrechte in das GATT und dessen Sanktionsregelungen ab (*Evans* 1994, S. 139f.).

Aufgrund von Zugeständnissen in anderen Punkten und durch das Verhandlungsgeschick der USA,³² fand man jedoch eine Einigung. Nach sieben Jahren Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde, wurde durch Unterzeichnung der Schlussakte (*Final Act Embodying the Results of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations*)³³ am 25. April 1994 die Welthandelsorganisation (*World Trade Organization - WTO*)³⁴ gegründet und zugleich das TRIPS-Abkommen angenommen. Die WTO und das Übereinkommen über TRIPS traten beide am 1. Januar 1995 in Kraft (*Abbott* 2000, S. 66, und *Evans* 1994, S. 161-175).

³² Vor allem die USA übten auch abseits von Uruguay Druck auf einige Entwicklungsländer aus. Sie verhängten Strafzölle auf ihre Exporte in die USA und einige Fälle von Produktpiraterie wurden sogar mittels des Streitschlichtungsmechanismus (s. weiter unten) untersucht

³³ S. Fn. 23.

³⁴ Die WTO stellt das Pendant zu Internationalem Währungsfond und Weltbank im Bereich Freihandel dar. Die wichtigsten von ihr verwalteten multilateralen Verträge sind GATT, GATS (General Agreement on Trade in Services) und das Übereinkommen über TRIPS. Ihr Sitz ist in Genf, Schweiz, und sie hat gegenwärtig 138 Mitglieder; von den großen Staaten fehlen nur China und Russland (Stand vom 8. September 2000). Wegen ihres weiten rechtlichen Regelungsbereiches, ihrer quasi-weltweiten Mitgliedschaft und ihrer Streitschlichtungsvereinbarung, in der auch Sanktionsmaßnahmen vorgesehen sind (s. 1.2.4), sind ihre Beschlüsse nicht nur aus ökonomischer Sicht von großer Bedeutung - auch für Nicht-Mitglieder. Informationen zur WTO: *World Trade Organization* unter <http://www.wto.org>.

3.4 Inhalt und Organisation des Übereinkommens über TRIPS

Durch Schutz geistigen Eigentums soll der freie Welthandel gefördert werden (Präambel TRIPS). Unterschiedliche Standards geistiger Eigentumsrechte können den Freihandel einschränken und sollen daher durch die Bestimmungen des Übereinkommens über TRIPS international angeglichen werden. Dies soll in einer Art und Weise geschehen, die ausschließt, dass Rechte des geistigen Eigentums selbst zu Handelsbarrieren werden.

Daher werden in Teil I des TRIPS-Abkommens, der allgemeine Bestimmungen und Grundprinzipien enthält, zwei der wichtigsten Freihandelsregeln aufgeführt: die *Inländergleichbehandlung* (Art. 3 TRIPS), die festsetzt, dass jedem Angehörigen eines anderen Mitgliedslandes die gleichen Rechte zugestanden werden müssen, wie sie für Inländer gelten, und die *Meistbegünstigungsklausel* (Art. 4 TRIPS), nach der Angehörige eines Mitgliedlandes nicht gegenüber denen eines anderen benachteiligt werden dürfen.

Art. 7 TRIPS beschränkt die Ziele: „the promotion of technological innovation and [to] the transfer and dissemination of technology, to the mutual advantage of producers and users of technological knowledge and in a manner conducive to social and economic welfare, and to a balance of rights and obligations“ (vgl. etwa *Jeremiah* 1997, S. 308-310).

Teil II des Übereinkommens über TRIPS regelt Mindeststandards bezüglich Verfügbarkeit, Umfang und Ausübung von geistigen Eigentumsrechten. Diese Regelungen umfassen mehrere Bereiche des geistigen Eigentums: Urheberrecht und verwandte Rechte, Marken, geographische Angaben, gewerbliche Muster und Modelle, Patente, Layout-Designs (Topographien) integrierter Schaltkreise und nicht offenbarte Informationen.

Teil III des TRIPS-Abkommens legt Pflichten, Verfahren (zivil-, verwaltungs- und strafrechtliche sowie Rechtsbehelfe), einstweilige Maßnahmen und besondere Erfordernisse bei Grenzmaßnahmen zur Durchsetzung des Abkommens fest.³⁵

In Teil V behandelt das Übereinkommen über TRIPS die Themen Streitvermeidung und -beilegung. Art. 64 TRIPS bestimmt, dass für das Abkommen (wie für alle multilateralen Verträge der WTO) die Streitschlichtungsvereinbarung der WTO³⁶ gültig ist. Falls zwei

³⁵ Ausführlicher hierzu *Fisch/Speyer* 1995, S. 67.

³⁶ *Understanding on Rules and Procedures Governing the Settlement of Disputes*.

Mitgliederländer in Konflikt geraten und dieser nicht durch bilaterale Verhandlungen gelöst werden kann, stellt das Streitschlichtungsgremium („dispute settlement body“ - DSB)³⁷ ein Panel bestehend aus Rechtsexperten in den Bereichen der WTO-Verträge zur Untersuchung der Rechtslage auf. Dessen Ergebnis kann bei Zurückweisung durch ein beteiligtes Land oder durch das DSB von einem (für die Dauer von vier Jahren gewählten), ständigen Berufungsgremium revidiert werden. Dessen Beschlüsse sind außer durch eine einstimmige Entscheidung des DSB nicht mehr abwendbar. Im gesamten Streitschlichtungsverfahren gilt das Prinzip des sogenannten negativen Konsenses: Sofern kein Mitglied Einspruch einlegt, gilt ein Beschluss nach Ablauf einer bestimmten Frist als angenommen. Das DSB ist für den Streitschlichtungsablauf verantwortlich. Im Urteil können Entschädigungs- und WTO-sektorübergreifende Sanktionsmaßnahmen festgelegt werden. D. h. ein Schuldspruch des DSB im Bereich des TRIPS-Abkommens kann durch Sanktionen im Bereich des GATT vergolten werden.³⁸

In Teil VI des TRIPS-Abkommens werden Fristen in Abhängigkeit von den unterschiedlichen Entwicklungsstufen der Mitgliedsländer für die Umsetzung des Abkommens und verschiedene Übergangsregelungen definiert. Davon unberührt bleiben die Inländergleichbehandlung und die Meistbegünstigung, welche sofort ab Inkrafttreten des Abkommens gewährleistet werden müssen.

Teil VII des TRIPS-Abkommens enthält verschiedene institutionelle Regelungen und Schlussbestimmungen. Art. 68 TRIPS beschreibt die Aufgaben des obersten Organs des Abkommens, des Rats für TRIPS; dieser ist gegenüber dem Allgemeinen Rat der WTO rechenschaftspflichtig. Der Rat für TRIPS überwacht Wirkungsweise und Umsetzung des Abkommens und soll die Mitglieder diesbezüglich und bei der Lösung von Streitfällen unterstützen. Betont wird hierbei die angestrebte Zusammenarbeit mit der WIPO.³⁹

Das Übereinkommen über TRIPS enthält eine in den Vertragstext integrierte Agenda, die aufgrund der Unstimmigkeiten während der Vertragsverhandlungen, aufgestellt wurde. Im Rahmen dieser Agenda sind Revisionen der Vorschriften bezüglich geographischer Angaben (Art. 23 Abs. 4 und Art. 24 Abs.1 f.) und bezüglich der Patentierbarkeit von lebenden

³⁷ Das DSB ist quasi identisch mit dem Allgemeinen Rat der WTO (s. weiter unten).

³⁸ Ausführlicher hierzu *Lee/Lewinski* 1996, S. 299-303.

³⁹ Ausführlicher hierzu *Blakeney* 1996, S. 8.

Organismen (Art. 27 Abs. 3 b) und die Kontrolle der Umsetzung des Abkommens mit der Möglichkeit für Vertragsänderungen (Art. 71) vorgesehen.⁴⁰

3.5 Bisherige Umsetzung und Bewertung des Übereinkommens über TRIPS

Im Gegensatz zu früheren Ansätzen zur internationalen Regelung der Rechte geistigen Eigentums definiert das TRIPS-Abkommen Mindeststandards, schreibt unter Gewährung gewisser Spielräume ihre nationale Umsetzung vor und bildet so eine Basis für die weltweite Harmonisierung des Schutzes geistigen Eigentums. Eingebettet in die WTO, die über ein Streitschlichtungsverfahren verfügt, ist es das weltweit bedeutendste Abkommen über geistige Eigentumsrechte (*Evans* 1994, S. 139, und *Maskus* 1998, S. 196). Seine Regelungen entsprechen im Wesentlichen denen bisheriger Rechte geistigen Eigentums von Industrieländern. Für diese bringen sie auch die größten Vorteile, indem sie vor allem die Produzenten geistigen Eigentums schützen und so den Wettbewerb gewissermaßen beschränken (*McCalman* 1999, S. 3-5). Um am Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein, ist die WTO-Mitgliedschaft erforderlich, was wiederum die Anerkennung des Übereinkommens über TRIPS impliziert.

Hierbei treten mehrere Probleme auf, von denen zwei für das vorliegende Papier von besonderer Bedeutung sind: Zum einen bestehen Zweifel, dass das Übereinkommen in dieser Form ohne Zugeständnisse der Industrieländer in anderen Bereichen von den Entwicklungsländern akzeptiert worden wäre. Zum anderen ist nicht erwiesen, dass starke Rechte des geistigen Eigentums für die wirtschaftliche Entwicklung unbedingt von Vorteil sind. Vor allem ärmeren Entwicklungsländern bereiten die durch Patente und andere Schutzrechte gestiegenen Preise für Importwaren Schwierigkeiten, die sie nicht oder nur schwer verkraften können. Um dem Abhilfe zu verschaffen und die wirtschaftliche Entwicklung dieser *least developed countries* zu unterstützen, müssten die innovationsfördernde und

⁴⁰ Ausführlicher hierzu *Vandoren* 1999, S. 30f.

wissensverbreitende Wirkung des Übereinkommens gestärkt werden (*Gerster* 1998, S. 611 und *Maskus* 1998, S. 200-205).⁴¹

Die nationale Umsetzung des TRIPS-Abkommens ist für Entwicklungsländer trotz der eingeräumten Übergangsfristen aus administrativer und finanzieller Sicht durchaus problematisch. Während der WTO-Ministerkonferenz in Seattle im November/Dezember 1999 forderten sie deswegen die Verlängerung ihrer Umsetzungsfristen und eine Revision des Abkommens weit über die Maßnahmen der in den Vertragstext integrierten Agenda hinaus. Die Verhandlungen wurden daher auf die Ebene der Umsetzung und der Auslegung des Abkommens zurückgestuft (*Watal* 2000, S. 1-7).

Insgesamt stellt sich die Frage, ob die Aufnahme geistiger Eigentumsrechte in das WTO-Regime überhaupt sinnvoll war. Da hier für Entscheidungen ein Konsens notwendig ist, stehen die Chancen für eine weitere Harmonisierung nationaler Systeme geistiger Eigentumsrechte eher schlecht. Die WIPO bietet demgegenüber den Vorteil, dass sich in der Regel zwar alle Mitglieder an Verhandlungen beteiligen, über die Umsetzung der Beschlüsse aber frei entscheiden können, ohne bei Nicht-Zustimmung ihre WIPO-Mitgliedschaft zu verlieren. Ob dieses Prinzip der freiwilligen Umsetzung schneller zur Harmonisierung der Rechte des geistigen Eigentums führen würde oder auch geführt hätte, bleibt offen (*Pfeifer* 1997, S. 124f.)

Die bisherige Zusammenarbeit von WIPO und WTO wird allgemein positiv beurteilt. Vielfach wurde doppelter Verwaltungsaufwand vermieden. Während die Entscheidungen der WTO in der Vergangenheit vor allem die Interessen der Unternehmen der reichen Industrieländer berücksichtigten, fordern Experten auf dem Gebiet der geistigen Eigentumsrechte die stärkere Einbeziehung anderer, unterschiedlicher Interessensgruppen wie Entwicklungsländer oder Nichtregierungsorganisationen. Durch die Integration verschiedener Akteure könnte auch die Transparenz der WTO vergrößert werden - ein Mangel, der seit der Uruguay-Runde besonders von Nichtregierungsorganisationen kritisiert worden war. Die Zusammenarbeit von WTO und WIPO sollte daher weiter ausgebaut und gefördert werden, um noch mehr gemeinsame organisatorische Nutzen zu entwickeln (*Abott* 2000, S. 63-67).

⁴¹ Zur kritischen Betrachtung der Wirkung des Übereinkommens über TRIPS im Hinblick auf allgemeines Wirtschaftswachstum durch Schutz, Innovation und Verbreitung von Wissen vgl. *Preusse* 1996, S. 36-48.

Der Rat für TRIPS trifft sich jährlich ca. fünfmal. Es bleibt abzuwarten, ob er, nachdem für viele Entwicklungsländer die Implementierungsfrist am 1. Januar 2000 abgelaufen ist und vorher das Abkommen nur für einen Bruchteil der WTO-Mitglieder voll anzuwenden war, mit seinen Kapazitäten zu Rande kommt. Ähnliches gilt für das DSB, wenn die Zahl der Streitfälle im Bereich des TRIPS-Abkommens proportional zur steigenden Implementierungsquote wächst (*Otten* 1998, S. 523-527).

Das Verfahren der WTO-Streitschlichtung an sich hat sich bewährt, jedoch wächst die Kritik an seiner Legitimation. Zum einen kam es in der Vergangenheit hin und wieder vor, dass Experten aus anderen WTO-Bereichen über Fragen bezüglich des TRIPS-Abkommens entschieden, also fachfremd urteilten. Zum anderen fordern Nichtregierungsorganisationen, die von ihnen vertretenen Interessen auch bei Streitfällen, die vor der WTO immer durch die jeweiligen Mitgliedsstaaten ausgetragen werden, stärker bei der Entscheidungsfindung der Panels und des Streitschlichtungsorgans zu berücksichtigen (*Evans* 1998, S. 396-398).

In der aktuellen Diskussion um die Regelung von Zugang und Nutzung genetischer Ressourcen stellen Experten zunehmend in Frage, ob das Übereinkommen über TRIPS der Biodiversitätskonvention widerspricht oder ob die Regelung der Rechte des geistigen Eigentums die der CBD berücksichtigt, wie es deren Art. 16 Abs. 5 vorschreibt (s. unter Punkt 4.3.1). Die Biodiversitätskonvention trat nur relativ kurze Zeit vor dem TRIPS-Abkommen in Kraft und nahezu ein- und dieselben Staaten beteiligten sich an den teilweise zeitlich überlappenden Verhandlungen. Ebenso wurden beide Verträge schließlich von diesen Staaten unterzeichnet. Es wäre also zu erwarten, dass die Vorschriften des Umweltschutzabkommens im Text des Wirtschaftsabkommens hätten berücksichtigt werden müssen bzw. im TRIPS-Abkommen auf die CBD Bezug genommen wird. Dennoch scheint der Konflikt um genetische Ressourcen noch immer nicht gelöst. Dieser Konflikt wird daher im nächsten Kapitel näher betrachtet werden, worauf eine genauere Prüfung der Bedeutungszuweisung des Begriffs „genetische Ressourcen“ in den Texten der beiden Abkommen folgt.

4 Das Spannungsfeld „genetische Ressourcen“

4.1 Einführung

Aufgrund der raschen Entwicklung der Biotechnologie haben genetische Ressourcen in Industrie und Politik an Aufmerksamkeit gewonnen. Im Mittelpunkt einer kontroversen Diskussion stehen Regelungen bezüglich des Zugangs zu genetischen Ressourcen und der Beteiligung ihrer Bereitsteller an den Vorteilen, die ihre Nutzung bringt. Durch die Erweiterung der geistigen Eigentumsrechte auf den Bereich der Lebewesen werden bereits vorhandene Konflikte über Besitzansprüche und Verwendungs- und Verwertungsrechte genetischer Ressourcen noch verstärkt. Die Kontroverse weist globale Ausmaße auf, hat sowohl für den Welthandel als auch für die weitere Globalisierung der Wirtschaft weitreichende Konsequenzen und ist Teil eines neuen Nord-Süd-Konfliktes. Vor allem der Süden ist reich an genetischen Ressourcen, die in der Vergangenheit von den ehemaligen Kolonialmächten und heutigen Industrieländern ausgebeutet wurden und teilweise heute noch ausgebeutet werden. Ein Vorwurf der Entwicklungsländer lautet in diesem Zusammenhang, der Norden betreibe „Biopiraterie“⁴² an den genetischen Ressourcen des Südens.

Von Biopiraterie sprechen Entwicklungsländer und Nichtregierungsorganisationen, wenn Angehörige eines Landes, meist eines Industrielandes, genetische Ressourcen eines anderen, meist eines Entwicklungslandes, nutzen, ohne dass hierfür eine Erlaubnis des die Ressource bereitstellenden Landes vorliegt. Oft findet zusätzlich eine Patentierung der genetischen Ressourcen durch Unternehmen oder Forschungseinrichtungen der Industrieländer statt. Als Folge erhalten die (unfreiwilligen) Bereitsteller dieser Ressourcen oft keinen oder nur einen zu geringen Ausgleich für ihre Leistung. Bei der Nutzung genetischer Ressourcen wird auch oft auf traditionelles (meist indigenes) Wissen zurückgegriffen; auch dessen Bereitstellung bzw. Anwendung findet oft keinen angemessenen Ausgleich.

⁴² Der Begriff an sich stellt eine gewollte Abwandlung der Bezeichnung „Produktpiraterie“ dar (s. Fn. 32). Vgl. etwa *Heins/Flitner* 1998, S. 27.

In den folgenden zwei Fallbeispielen wurden die betreffenden genetischen Ressourcen (des Neem-Baum und des Basmati-Reis) von Unternehmen bzw. Behörden aus anderen Ländern als den Ursprungsländern patentiert. Die Darstellung zeigt, dass die Vermutung berechtigt ist, dass Biopiraterie im obigen Sinne vorliegt. Durch die anschließende Analyse der für die Kontroverse um genetische Ressourcen relevanten Vorschriften der CBD und des Übereinkommens über TRIPS soll geklärt werden, ob die Bedeutung genetischer Ressourcen in beiden Abkommen übereinstimmt. Auf Basis dieser Analyse kann beurteilt werden, ob Biopiraterie trotz Biodiversitätskonvention und Übereinkommen über TRIPS möglich ist, d. h. ob der Konflikt zwischen Bereitstellern und Nutzern genetischer Ressourcen durch die beiden multilateralen Abkommen rechtlich gelöst werden kann.

4.2 Fallbeispiele der Patentierung genetischer Ressourcen

4.2.1 Die Neem-Patente

Die Nutzung des Neem-Baumes hat in Indien eine Jahrhunderte lange Tradition. Über die Landesgrenzen Indiens hinaus bekannt geworden ist der Baum jedoch erst durch die Vermarktung von Produkten, die auf der Nutzung seiner Wirkstoffe basieren. Für zahlreiche Produkte und Herstellverfahren haben multinationale Konzerne vor allem in Europa, Japan und den USA Patente erhalten. Dies führte zu zahlreichen Protestaktionen von indischen Bauern und Nichtregierungsorganisationen. Eine weltweite Kampagne gegen Neem-Patente wurde 1993 in Indien gestartet, mit dem Ziel, tradiertes Wissen und genetische Ressourcen der Entwicklungsländer vor Biopiraterie zu schützen (*Shiva* 1997, S. 6f.).

Das Wissen, bestimmte Bestandteile des Neem-Baumes für kosmetische, medizinische und schädlingsbekämpfende Zwecke einzusetzen, wurde in Indien von Generation zu Generation überliefert und wird in großem Umfang angewendet. So stellen indische Bauern aus dem Samenextrakt des Neem-Baumes ein äußerst effektives und zugleich umweltfreundliches Pestizid her. Da dieses Öl relativ bald nach der Gewinnung an Wirkung verliert und es in Indien jederzeit hergestellt werden kann, erfolgt seine Produktion bedarfsorientiert.

Als Anfang der 70er Jahre einige Forscher auf diese Verwendung der Pflanze aufmerksam wurden, begannen sie mit der Entwicklung einer Konservierungsmethode, um das Öl

weltweit verkaufen zu können. Nach erfolgreichen Produkttests erhielten sie 1992 auf Verfahren und Produkt ein Patent beim US-Patentamt, das sie später an den multinationalen US-Chemiekonzern W. R. Grace veräußerten (*Gadgil/Utkarsh* 1999, S. 331f.).⁴³ Derselbe Konzern besitzt gemeinsam mit dem US-Landwirtschaftministerium ein beim Europäischen Patentamt angemeldetes Patent für ein aus Neem-Öl hergestelltes Fungizid.⁴⁴ Auch wenn der Inhalt beider Patente nicht völlig identisch ist, basieren sie doch auf der gleichen Grundlage: den genetischen Ressourcen des Neem-Baumes. Dies haben beide mit allen anderen Neem-Patenten gemeinsam, die weltweit erteilt wurden. Was sie aber besonders interessant macht, ist die Tatsache, dass diese zwei angefochten wurden.

Nachdem Magda Alvoet (ehemalige Vorsitzende der grünen Fraktion im Europaparlament und heute belgische Umweltministerin), die *Research Foundation for Science, Technology and Ecology* unter der Leitung von Dr. Vandana Shiva (eine Schlüsselfigur im Kampf gegen die Patentierung genetischer Ressourcen) und die *International Federation of Organic Agriculture Movements*⁴⁵ 1994 eine Anfechtungsklage gegen das oben genannte europäische Neem-Patent eingereicht hatten, dauerte es sechs Jahre, bis das Patent im Mai 2000 zurückgezogen wurde. Ausschlaggebend für die Entscheidung des Europäischen Patentamtes waren letztlich die mangelnde Neuheit und erfinderische Leistung; ein indischer Unternehmer konnte nachweisen, dass seine Firma bereits seit über 25 Jahren ein Öl mit schädlingsbekämpfender Wirkung aus den Samen des Neem-Baumes herstellt. Ob eine Rücknahme der restlichen beim Europäischen Patentamt registrierten Neem-Patente folgt, ist noch offen. Die Anfechtungsklage gegen das europäische Neem-Patent war die erste derartige Klage überhaupt gegen ein Patent auf genetische Ressourcen in der Hand eines multinationalen Konzerns und zugleich die erste Rücknahme eines europäischen Patents auf genetische Ressourcen des Südens (*Penna* 2000).⁴⁶

Das oben genannte US-Neem-Patent wurde 1995 von über 200 Klägern - größtenteils Nichtregierungsorganisationen - aus 35 verschiedenen Ländern angefochten. Der Fall wird

⁴³ *Patent Nr. US 5.124.349* („Storage stable azadirachtin formulation“), eingereicht am 31. Oktober 1990, veröffentlicht am 23. Juni 1992.

⁴⁴ *Patent Nr. EP 0.436.257* („Method for controlling fungi on plants by the aid of a hydrophobic extracted neem oil“), eingereicht am 20. Dezember 1990, veröffentlicht am 10. Juli 1991.

⁴⁵ Linda Bullard, die Vizepräsidentin dieses Bündnisses nimmt eine Stellung ähnlich derer Shivas ein.

⁴⁶ Das US-Patent Nr. 5.401.504 auf ein wundheilendes Mittel basierend auf der Gelbwurzel wurde bereits früher zurückgenommen. Hier konnte relativ leicht nachgewiesen werden, dass es sich bei dem Patentgegenstand nicht um eine Erfindung sondern um ein traditionelles indisches Heilmittel handelt (*Utkarsh et al.* 1999, S. 1420).

zur Zeit noch geprüft. Wegen der Patentierung von Produkt und Konservierungsmethode scheint er schwieriger zu sein als der europäische Fall. Die Begründung der Anfechtung stützt sich im Wesentlichen auf drei Punkte: Erstens sei die schädlingsvernichtende Wirkung des Neem-Öls in Indien seit langer Zeit bekannt, werde dort angewendet und auch weiterentwickelt. Das in den USA patentierte Produkt sei also nicht neu und stelle somit keine Erfindung dar. Zweitens werde das entsprechende Produkt kommerziell hergestellt und auf dem indischen Markt abgesetzt. Da vor dem Beitritt Indiens zur WTO die Patentierung von landwirtschaftlichen und medizinischen Produkten in Indien verboten war, sei kein indisches Patent erreichbar gewesen. Und da im Ausland die Nachfrage bisher weitestgehend auf chemische Pestizide beschränkt sei und Patentanmeldungen teuer und schwierig seien, erfolgte auch dort keine Patentierung. Drittens werde aufgrund der fehlenden ausländischen Nachfrage auch keine Konservierung des Produktes vorgenommen. Für den indischen Markt erfolge die Herstellung dagegen bedarfsorientiert. Die im US-Patent beschriebene diesbezügliche Methode stelle zudem nur eine offensichtliche Weiterentwicklung des in Indien bekannten Produktes dar und entbehre damit einer erfinderischen Leistung (*Gadgil/Utkarsh* 1999, S. 331-333, und *Third World Network* 2000.)

Speziell die ersten beiden Begründungen für die Anfechtung haben die Kläger auf außergewöhnliche - wohl nur im US-Patentrecht vorkommende - Vorschriften abzustimmen versucht: In den USA gilt eine Erfindung auch dann als neu, wenn sie zwar im Ausland bekannt war, aber weniger als ein Jahr vor der Patentanmeldung in den USA weder im Ausland patentiert noch in einer gedruckten Publikation beschrieben noch im öffentlichen Gebrauch oder im Handel erhältlich war (*USPTO*).⁴⁷

4.2.2 Das Basmati-Patent

Basmati-Reis wird seit vielen Generationen im Punjab, der indisch-pakistanischen Region, die an das Himalaya-Gebirge angrenzt, kultiviert und durch Züchtung weiterentwickelt. Heute findet man die beliebte Reissorte, die sich durch ihren besonderen Geschmack auszeichnet, in beinahe jedem deutschen Supermarkt.

⁴⁷ Diese US-Regelung ist möglich, da im TRIPS-Abkommen „Neuigkeit“ nicht definiert ist (s. 4.3.2).

In den 70er Jahren wurde das Genmaterial von ca. 100.000 unterschiedlichen in Asien und Afrika angebaute Reissorten - darunter auch Basmati - in Genbanken aufgenommen. Dieses Material kann gegen geringe Zahlungen an Hilfsprogramme, die eine Bewahrung der Sortenvielfalt sicherstellen sollen, für Forschungs- und Züchtungszwecke genutzt werden. Durch den Zugriff auf eine solche *ex situ*-Sammlung genetischer Ressourcen gelang der texanischen Tochtergesellschaft der Liechtensteiner RiceTec AG die Züchtung einer Reissorte, die vom Aussehen und Geschmack her mit originalem Basmati weitgehend identisch ist. Uneinigkeit herrscht bisher darüber, ob überhaupt von einer Neu-Züchtung gesprochen werden kann. Dennoch erhielt RiceTec 1997 vom US-Patentamt hierauf ein entsprechendes Patent.⁴⁸ Die Neuartigkeit der Erfindung wird im Patent dadurch begründet, dass es gelungen sei, eine Reissorte von ähnlicher bzw. besserer Qualität wie der des originalen Basmati zu züchten, die aber auch außerhalb des Punjab und unabhängig von den dort herrschenden Anbaubedingungen wachse. Seitdem vermarktet RiceTec den durch das Patent geschützten Reis in großem Stil unter Verwendung der Bezeichnung „Basmati“ und gefährdet so die Marktposition des Originals (*Prakash* 2000, S. 162).

Im Juli 2000 hat die indische Regierung beim US-Patentamt eine Anfechtungsklage gegen das Basmati-Patent eingereicht. Diese zeitliche Verzögerung wurde mit der bestehenden Schwierigkeit wegen des großen Umfangs (insgesamt 20 verschiedene Schutzansprüche) und der zahlreichen technischen Feinheiten des Patents begründet. Ein von staatlicher indischer Seite nicht eingestandener Grund ist aber auch die versäumte Züchtungs- und Vermarktungsdokumentation der heimischen Basmati-Produzenten, wodurch die Beweislage - speziell im Hinblick auf das US-Patentrecht - erschwert wird. Der genaue Inhalt der Klage war bei Erstellung dieses Papiers nicht zugänglich, da er geheimgehalten wurde, um Gegnern keine relevanten Informationen zu liefern (*Gadgil/Utkarsh* 1999, S. 332, und *o. V.* 2000).

Als erste Reaktion auf die Anfechtung hat die RiceTec AG vier der 20 verschiedenen Schutzansprüche freiwillig zurückgezogen. Während die indische Regierung und die Öffentlichkeit dies mit großem Enthusiasmus begrüßt haben, zweifeln Experten an der positiven Absicht der Rücknahme. Sie geben zu bedenken, dass Teile der Begründung der An-

⁴⁸ Vermutlich wendete RiceTec bei der Patentanmeldung den unter 3.2 beschriebenen Parameter-Trick an (*Erklärung von Bern* 1999). Patent Nr. US 5.663.483, eingereicht am 8. Juli 1994, veröffentlicht am 2. September 1997.

fechtung nun eventuell nicht mehr gerechtfertigt seien, da ihre Anknüpfungspunkte im Patent weggefallen sind. Ziel der Anfechtung ist schließlich die Rücknahme des kompletten Patents und nicht nur einzelner, darin enthaltener Ansprüche (*Devraj 2000*).

Parallel zu der Anfechtungsklage durch die indische Regierung haben das *International Center for Technology Assessment* (Washington, DC) und die *Research Foundation for Science, Technology and Ecology* (Indien) zwei Anträge bei US-Regierungsbehörden eingereicht. Darin fordern sie, dass in den USA per Gesetz verboten werden solle, die Herkunftsbezeichnung „Basmati“ für Reis zu verwenden, der nicht aus dem Punjab stammt (*Knight 2000*).

4.3 Rechtliche Rahmenbedingungen

Im Folgenden sollen die thematisch relevanten Regelungen der Biodiversitätskonvention und des Übereinkommens über TRIPS betrachtet werden, um diese Fälle bewerten zu können. Fälle wie die Neem- oder Basmati-Patente waren und sind Veranlassung für die Anliegen der Entwicklungsländer im Hinblick auf die (weitere) Ausgestaltung des Vertragstextes der CBD bzw. für ihr Interesse an einem derartigen Abkommen überhaupt. Gleichmaßen trugen sie dazu bei, Vorbehalte der Entwicklungsländer gegen das Übereinkommen über TRIPS zu schaffen. Es gilt also herauszufinden, ob die Biodiversitätskonvention und das Übereinkommen über TRIPS eventuell rückwirkend oder überhaupt eine Lösung für derartige Konflikte bieten und ob sie in dieser Hinsicht miteinander konform sind. Im Anschluss erfolgt eine entsprechende rechtliche Beurteilung.

4.3.1 Zugangs- und Vorteilsausgleichsregelungen bezüglich genetischer Ressourcen in der Biodiversitätskonvention

Trotz Anerkennung der nationalen Souveränität (Art. 3 CBD) über genetische Ressourcen hält die Biodiversitätskonvention ihre Vertragsstaaten dazu an, sich untereinander den Zugang zu genetischen Ressourcen „for environmentally sound uses“ zu erleichtern (Art. 15 Abs.1 f. CBD). Nach Art. 15 Abs. 3 CBD sind genetische Ressourcen, zu denen der Zugang vor Inkrafttreten der Konvention erfolgt ist, von deren Regelungen ausgenommen. Für alle Fälle, bei denen der Zugang zu den genetischen Ressourcen nach Inkrafttreten der

CBD erfolgt, sind deren Regelungen für ihre Vertragsstaaten bindend. Der Zugang, der nicht zwingend gewährt werden muss, hat erstens „on mutually agreed terms“ (Art. 15 Abs. 4 CBD) und zweitens „subject to prior informed consent“ (Art. 15 Abs. 5 CBD) zu erfolgen. Im Gegenzug zum Zugang zu genetischen Ressourcen fordern Art. 15 Abs. 6f. CBD die Vertragsstaaten außerdem zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit im Hinblick auf genetische Ressourcen und zur ausgewogenen und gerechten Aufteilung der Vorteile aus Forschung, Entwicklung und Nutzung dieser Ressourcen auf.⁴⁹

Die Modalitäten für Technologiezugang und -transfer, Informationsaustausch, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie finanzielle Beteiligungen werden in den Art. 16-20 CBD geregelt. Besonders erwähnt sei, dass Technologie auch die Biotechnologie umfasst (Art. 16 Abs. 1 und Art. 19 CBD), da sie auf der Nutzung der genetischen Ressourcen basiert. Zugang soll grundsätzlich auch zu durch Patente geschützten Technologien gewährt werden, allerdings mit der Einschränkung, dass „adequate and effective protection of intellectual property rights“ gewährleistet sein muss (Art. 16 Abs. 2 CBD). Um den Zugang zu und die Weitergabe von Technologie zu verbessern, dürfen die Vertragsstaaten notwendige nationale Maßnahmen ergreifen (Art. 16 Abs. 3 und 4: „with the aim that the private sector facilitates access“).⁵⁰

Somit schließt die Biodiversitätskonvention also Patente auf genetische Ressourcen nicht aus. Sie erkennt allerdings an, dass Rechte geistigen Eigentums einen Widerspruch zu den Zielen der Konvention über biologische Vielfalt darstellen können; durch die Patentierung genetischer Ressourcen können deren nachhaltige Nutzung und der auf die Bereitstellung zu erfolgende Vorteilsausgleich eingeschränkt werden. Art. 16 Abs. 5 CBD soll dies verhindern: „The Contracting Parties, recognizing that patents [...] may have an influence on [...] this convention, shall cooperate in this regard subject to national legislation and international law in order to ensure that such rights are supportive of and do not run counter to its objectives.“ Die CBD geht demnach davon aus, dass Patente die Ziele der Konvention unterstützen können.⁵¹

In der Anerkennung der Bedeutung indigener Völker für die Ziele der Biodiversitätskonvention sollen auch diese für ihre Leistungen für den Erhalt genetischer Ressourcen und

⁴⁹ Ausführlicher hierzu *Rose* 1996, S. 159, und *Waiden* 1996, S. 178.

⁵⁰ Ausführlicher hierzu *Waiden* 1996, S. 178, und *Verma* 1995, S. 8-12.

⁵¹ Ausführlicher hierzu *Johnston* 1996, S. 64.

für die Bereitstellung ihres Wissens einen gerechten Vorteilsausgleich erhalten (Art. 8 j) CBD). Ihre traditionellen Kulturverfahren sollen nach Art. 10 c) und d) CBD bewahrt werden. Indigenes Wissen und traditionelle Kenntnisse werden außerdem ausdrücklich als Teil des vorgesehenen und in Art. 17 CBD näher umschriebenen Informationsaustausches erwähnt. Gleiches gilt in Bezug auf technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit (Art. 18 CBD).⁵²

Wie bereits dargestellt, hängt die Effektivität der Biodiversitätskonvention von ihrer Umsetzung durch die Vertragsstaaten ab. Es ist deren politische Aufgabe, auf nationaler Ebene einen Weg zu finden, dass die beschriebenen Zugangs- und Vorteilsausgleichsregelungen den Zielen der Konvention gerecht werden. Zusätzlich wird die Wirkungsweise dieser Regelungen durch Zusätze wie „as appropriate“ und „in accordance with its capabilities“, die auf die Stärke der Verpflichtungen einschränkend wirken, und durch die jeweilige Verhandlungsmacht bzw. das jeweilige Verhandlungsgeschick der Beteiligten beeinflusst.⁵³

4.3.2 Schutzmöglichkeiten für genetische Ressourcen im Übereinkommen über TRIPS

Nach Art. 27 Abs. 1 TRIPS müssen alle WTO-Mitgliedsstaaten dafür Sorge tragen, dass ihre nationale Gesetzgebung Patentschutz für Erfindungen auf allen Gebieten der Technik - also auch für die Biotechnologie - vorsieht, und zwar sowohl für Produkte als auch für Produktionsverfahren. Erfindungen müssen, um patentierbar zu sein, die Kriterien der Neuigkeit, erfinderischen Tätigkeit und gewerblichen Anwendbarkeit erfüllen. Die Regelung enthält jedoch keine Definition des Begriffes „Neuigkeit“, weist aber darauf hin, dass die Begriffe „inventive step“ mit „non-obvious“ und „capable of industrial application“ mit „useful“ als synonym betrachtet werden können. Im zweiten und dritten Absatz desselben Artikels werden die möglichen Ausnahmen aufgezählt. So erlaubt Abs. 2 TRIPS den Ausschluss der Patentierbarkeit von Erfindungen „to protect *ordre public* or morality, including to protect human, animal or plant life or health or to avoid serious prejudice to the environment, provided that such exclusion is not made merely because the exploitation is prohibited by their law.“ Abs. 3 sieht Ausschlussmöglichkeiten für a) human- und veteri-

⁵² Ausführlicher hierzu *Henne/Fakir* 1999, S. 323-325.

⁵³ Ausführlicher hierzu *Asebey/Kempenaar* 1995, S. 717.

närmedizinische Behandlungsverfahren und b) Pflanzen und Tiere sowie deren im Wesentlichen biologische Züchtungsverfahren vor. Zur genaueren Bestimmung der unter b) genannten Ausnahmen erfolgt auch eine Benennung der Erfindungen, die von der Vorschrift ausdrücklich nicht erfasst sind. Demnach muss für Mikroorganismen, nicht-biologische und mikrobiologische Züchtungsverfahren von Pflanzen und Tieren Patentschutz erhältlich sein. Eine besondere Stellung nehmen Pflanzensorten ein. Diese müssen „either by patents or by an effective *sui generis* System or by any combination thereof“ schutzfähig sein.⁵⁴

Nach Art. 8 Abs. 1 TRIPS dürfen WTO-Mitglieder notwendige nationale Maßnahmen durchführen „to protect public health and nutrition, and to promote the public interest in sectors of vital importance to their socio-economic and technological development“, sofern diese Maßnahmen mit dem Abkommen generell vereinbar sind. Abs. 2 desselben Artikels sieht derartige Maßnahmen ausdrücklich vor, um dem Missbrauch geistiger Eigentumsrechte und nicht gerechtfertigten Einschränkungen von Technologietransfer entgegenzuwirken. In diesem Sinne sind auch Art. 30 und 31 TRIPS zu verstehen.

Ersterer sieht für besondere Einzelfälle Einschränkungen der exklusiven Verwertungsrechte von patentierten Erfindungen vor. Der Zweite beschreibt Restriktionen für die Erteilung von „Zwangslizenzen“ (auch wenn dieser Begriff nicht wörtlich genannt wird), die an eine Reihe von stark einschränkenden Bedingungen geknüpft sind. So muss etwa immer eine Einzelfallprüfung erfolgen, die Rechte des Patentinhabers sind trotz der Maßnahme zu berücksichtigen und eine „Zwangslizenz“ muss vorwiegend zur Versorgung des Binnenmarktes dienen. Neben den in Art. 8 TRIPS vorgesehenen Gründen für die Erteilung von „Zwangslizenzen“ sieht Art. 31 b) TRIPS weitere vor, behandelt diese aber nicht abschließend. So besteht beispielsweise die Möglichkeit der Erteilung einer „Zwangslizenz“, wenn sich der Lizenznehmer selbst bereits redlich um eine Lizenz beim Patentinhaber bemüht hat, aber in einer angemessenen Frist keine Erteilung erreichen konnte.⁵⁵

Neben den patentrechtlichen Vorschriften müssen auch die Regelungen bezüglich des Schutzes geographischer Angaben des TRIPS-Abkommens betrachtet werden. Geographische Angaben definiert Art. 22 TRIPS wie folgt: „indications which identify a good as originating in the territory of a Member, or a region [...], where a given quality,

⁵⁴ Ausführlicher hierzu *Correa* 1998, S. 76-89.

⁵⁵ Ausführlicher hierzu und mit einer kompletten Auflistung der Bedingungen für die Erteilung von Zwangslizenzen *Blakeney* 1996, S. 89-92.

reputation or other characteristic of the good is essentially attributable to its geographical origin." Nach Abs. 2 von Artikel 22 darf der Gebrauch einer Herkunftsbezeichnung verboten werden, wenn damit a) der Verbraucher über die tatsächliche Herkunft eines Produktes getäuscht wird oder b) eine unlautere Wettbewerbshandlung vorliegt. Allerdings muss dieser Schutz nach Art. 24 Abs. 9 TRIPS zwingend nur für geographische Angaben gewährleistet werden, die auch in ihrem Ursprungsland unter Schutz stehen und dort noch verwendet werden. Die Rechte geographischer Angaben gelten für alle Produktarten. Speziell Weine und Spirituosen erhalten noch einen stärkeren Schutz: Beispielsweise darf der Name Bordeaux auch nicht unter Verwendung solcher Zusätze wie „style“ für Weine anderer Herkunft als der gleichnamigen Region Frankreichs verwendet werden (Art. 23 TRIPS).⁵⁶

Für die Umsetzung des TRIPS-Abkommens bestehen - wie schon unter 3.4 angedeutet - im Hinblick auf die unterschiedlichen Entwicklungsstufen der WTO-Mitglieder und in Bezug auf einzelne Vorschriften verschiedene Fristen und Übergangsregelungen. Während für Industrieländer das komplette Abkommen bereits am 1. Januar 1996 wirksam wurde (Art. 65 Abs. 1 TRIPS), hatten Entwicklungsländer im allgemeinen mit der Umsetzung bis zum 1. Januar 2000 Zeit (Art. 65 Abs. 2 TRIPS); für die am wenigsten entwickelten Länder⁵⁷ endet die Frist nach Art. 66 Abs. 1 TRIPS gar erst am 1. Januar 2006 und gegebenenfalls sogar noch später.

Für Gebiete der Technik, in denen die Erteilung von Patentschutz für Produkte eine durch das TRIPS-Abkommen bedingte Neuerung für Entwicklungsländer ist, können diese die Einführung solcher Patente nach Art. 65 Abs. 5 TRIPS um weitere fünf Jahre verschieben. Für pharmazeutische und agrochemische Produkte besteht eine Zusatzregel: Für diese müssen, sofern sie dann noch nicht patentierbar sind, ab dem Inkrafttreten des Übereinkommens ausschließliche Vermarktungsrechte erhältlich sein. Außerdem müssen diesbezügliche Patente ab demselben Zeitpunkt angemeldet werden können, selbst wenn der Schutz erst ab einem späteren Termin besteht (Art. 70 Abs. 8 TRIPS). Entwicklungsländer, die sich für den Schutz von Pflanzensorten mittels eines Systems *sui generis* entschieden

⁵⁶ Ausführlicher hierzu *Knaak* 1996, S. 126-139.

⁵⁷ Eine Liste der am wenigsten entwickelten Länder kann unter <http://www.wto.org> (*World Trade Organization*) abgerufen werden.

haben, mussten dieses jedoch, auch wenn sie zuvor keinerlei Schutz für Pflanzensorten gewährten, bis zum 1. Januar 2000 eingerichtet haben.⁵⁸

Das TRIPS-Abkommen enthält keine Regelungen für die Beteiligung von Bereitstellern genetischer Ressourcen an den Vorteilen, die durch deren Nutzung entstehen, wie dies in Art. 1 CBD explizit vorgeschrieben ist. Es bietet auch keine Möglichkeit, kollektives geistiges Eigentum wie das traditionelle Wissen indigener Völker zu schützen, wie es in Art. 8 j) CBD vorgesehen ist. Wie bereits dargestellt, ist es jedoch das besondere Ziel des TRIPS-Abkommens, technische Innovation und die Weitergabe und Verbreitung von Technologie zu fördern. In welcher Art und Weise die Industrieländer dieser Verpflichtung nachkommen sollen, wird in Art. 66 genauer beschrieben. Nach Abs. 2 sollen Industrieländer „provide incentives to enterprises and institutions [...] for the purpose of promoting and encouraging technology transfer to least-developed country Members in order to enable them to create a sound and viable technological base.“ Art. 67 TRIPS fordert die Industrieländer außerdem dazu auf, Entwicklungsländer bei der Umsetzung des Abkommens aktiv zu unterstützen.

4.4 Beurteilung der Fallbeispiele

Nicht alle der zuvor dargestellten Vorschriften werden zur Beurteilung der Fallbeispiele benötigt. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen dienen jedoch dem besseren Verständnis für die gesamte Problematik, insbesondere, wenn im weiteren Verlauf des Papiers auf spezielle Regelungen verwiesen wird.

4.4.1 Beurteilung nach den Vorschriften der Biodiversitätskonvention

Für eine rechtliche Beurteilung der beiden Fallbeispiele im thematischen Zusammenhang des vorliegenden Papiers ist es nicht relevant, dass die beiden Neem-Patente vor Inkrafttreten der CBD erteilt wurden. Dieser Aspekt wird daher nicht weiter beachtet.

In allen drei Patentfällen erfolgte der Zugang zu den genetischen Ressourcen vor Inkrafttreten der CBD. Sie sind daher nach Art. 15 Abs. 3 CBD von deren Regelungen ausge-

⁵⁸ Ausführlicher hierzu *Seiler* 1999, S. 12f.

nommen. Wäre dies nicht der Fall, wären die beiden US-Patente trotzdem nicht von deren Vorschriften erfasst, da die USA bisher nicht CBD-Vertragsstaat sind. Wären die USA dagegen - zusätzlich zu der Annahme, dass der Zugang zu den genetischen Ressourcen nach Inkrafttreten der CBD erfolgte - Mitglied der Biodiversitätskonvention, widersprächen alle drei Patente deren Regelungen.

In keinem der Fälle wurde das Prinzip der nationalen Souveränität eines Landes über seine biologischen Ressourcen beachtet (Art. 3 in Verb. mit Art. 15 Abs. 1 CBD). Die jeweiligen Nutzer der genetischen Ressourcen informierten deren Bereitsteller nicht (ausreichend) über ihre weiteren Vorhaben (Art. 15 Abs. 5 CBD). Dennoch war der Zugang zu den genetischen Ressourcen möglich, da diese in der Vergangenheit aus historischen Gründen und wegen ihrer damals noch unbekanntem Bedeutung nahezu frei zugänglich waren. Folglich bestand auch für keine der Patentanmeldungen gegenseitiges Einvernehmen über den Zugang zu den genetischen Ressourcen und ihrer Nutzung und über den darauf folgenden ausgewogenen und gerechten Vorteilsausgleich (Art. 15 Abs. 4 CBD).

Die Regelungen der Biodiversitätskonvention bieten daher eine Möglichkeit zur Lösung der Konflikte um geistige Eigentumsrechte an genetischen Ressourcen, zu denen der Zugang nach Inkrafttreten der Konvention erfolgt. Sie schreibt vor, dass der Zugang nur bei vorheriger Zustimmung auf der Grundlage der Kenntnis der Sachlage und nur zu gegenseitig einvernehmlich festgelegten Bedingungen erfolgen darf. Dies erfordert im Gegenzug zur Zugangserlaubnis eine Vereinbarung über einen ausgewogenen und gerechten Vorteilsausgleich (Art. 15 Abs. 6f. in Verb. mit Art. 16-20 CBD). Auch im Hinblick auf die notwendige Berücksichtigung indigener Völker bietet die CBD konfliktbehebende Vorschriften (v. a. Art. 8 j) CBD). Dennoch beseitigt auch die Biodiversitätskonvention nicht alle Möglichkeiten eines Zugangs zu den genetischen Ressourcen (der Entwicklungsländer) in Form von Biopiraterie (seitens der Industrieländer).

4.4.2 Beurteilung nach den Vorschriften des Übereinkommens über TRIPS

Das vorliegende Papier hat nicht zum Ziel zu prüfen bzw. zu entscheiden, ob Patente wie die in den beiden Fallbeispielen dargestellten der Definition einer patentfähigen Erfindung gerecht werden. Dies ist Aufgabe der nationalen Patentämter und würde daher die Betrachtung nationaler Patentgesetze erfordern, da das TRIPS-Abkommen keine internationale

Harmonisierung diesbezüglicher Vorschriften bringt. Ziel ist es vielmehr, die Fallbeispiele anhand der Regelungen des Übereinkommens über TRIPS zu untersuchen und zu bewerten.

Vernachlässigt werden kann daher, dass die beiden Neem-Patente vor Inkrafttreten des Abkommens erteilt wurden, da die entsprechenden nationalen Vorschriften zum Zeitpunkt der Erteilung mit denen des Übereinkommens über TRIPS nahezu identisch waren. Alle drei Patente wurden durch Patentämter vergeben, die Behörden von Vertragsstaaten der WTO sind; somit waren bzw. sind sie an die Einhaltung des Übereinkommens gebunden. Eine Betrachtung der Übergangsregelungen kann ebenfalls unterbleiben, da die Patente in Industrieländern vergeben wurden und diese das komplette Abkommen bis zum 1. Januar 1996 hatten implementieren müssen (Art. 65 TRIPS).

Da das TRIPS-Abkommen keine notwendigen Ausnahmen der Patentfähigkeit vorschreibt, sondern nur mögliche Ausschlüsse nennt, steht es den Mitgliedsstaaten der WTO frei, ob sie Patente für genetische Ressourcen gewähren (Art. 27 TRIPS) oder nicht. Vielmehr bietet die Formulierung von Art. 27 Abs. 3 b) TRIPS sogar ein Schlupfloch für biotechnologische Erfindungen: Für Mikroorganismen muss durch Patente und für Pflanzensorten muss durch Patente, durch ein System *sui generis* oder durch eine Kombination ausdrücklich ein Schutz erhältlich sein. Daher ist es quasi unmöglich, genetische Ressourcen von geistigen Eigentumsrechten generell auszuschließen. In dieser Hinsicht stimmen alle drei Patente mit den Regeln des TRIPS-Abkommens überein.

Der Name „Basmati“ könnte jedoch unter den Schutz geographischer Angaben fallen (Art. 22 TRIPS). Basmati ist eine beliebte Reissorte und ihr Name wird vom Verbraucher mit seiner geographischen Herkunft, dem Punjab, in Verbindung gebracht.

Einige Länder, darunter Großbritannien, erkennen "Basmati" als geographische Bezeichnung längst an und verbieten den Verkauf von als Basmati deklariertem Reis, der nicht aus dem Punjab stammt. Jedoch ist die Bezeichnung bislang weder in Indien noch in Pakistan geschützt, da dort viele Bauern eine dem originalen Basmati sehr ähnliche, aber ertragsreichere Reissorte anbauen und als Basmati verkaufen. Diese Reissorte wächst aber auch in anderen Regionen als dem Punjab und dürfte daher nach einer Schutzeintragung der Bezeichnung „Basmati“ nicht mehr als solcher verkauft werden. Dies dürfte weder im Interesse der Bauern noch der indischen und pakistanischen Regierungen liegen (Ramachandran 2000). Es kann also nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden, zu wessen

Gunsten das WTO-Schiedsgericht bei einer möglichen Beschwerde Indiens oder Pakistans entscheiden würde (Art. 24 Abs. 9 TRIPS).

Da „Zwangslizenzen“ auf Patente durch das Übereinkommen über TRIPS an starke Bedingungen geknüpft sind - etwa das Vorhandensein eines nationalen Notstands - scheint es auch nicht möglich, dass in Verbindung mit einem Neem- oder dem Basmati-Patent das Ergreifen dieser Maßnahme gerechtfertigt wäre (Art. 31 in Verb. mit Art 8 Abs. 1 f. TRIPS). Ebenso scheidet die Möglichkeit einer begrenzten Ausnahme nach Art. 30 TRIPS aus.

Fazit: Das TRIPS-Abkommen schreibt keine Verbote der Patentierung genetischer Ressourcen vor. Es schafft auch weder eine Voraussetzung für einen Vorteilsausgleich mit den Bereitstellen der genetischen Ressourcen - etwa durch Vergabe von Zwangslizenzen - noch enthält es eine Schutzmöglichkeit für das Wissen indigener Völker. Daher bietet es keine Lösung für das Problem der Biopiraterie.

4.5 Ungelöste Probleme und Auswirkungen der Patentierung genetischer Ressourcen

Die Patentierung genetischer Ressourcen ist durch die Ausdehnung der Rechte des geistigen Eigentums auf den Bereich des Lebendigen aufgrund der Biotechnologie möglich geworden. Die Biodiversitätskonvention, der multilaterale Umweltvertrag, und das TRIPS-Abkommen, der multilaterale Wirtschaftsvertrag, welche damit verbundene Konflikte aufheben sollten, lassen bestimmte Fragen offen. Insbesondere das Übereinkommen über TRIPS, so scheint es, trägt zu einer Verschärfung des Konfliktes über Besitzansprüche und Verwendungs- und Verwertungsrechte genetischer Ressourcen bei, während die Biodiversitätskonvention erste wichtige Lösungsansätze bietet.

Wenn im Folgenden das Spannungsfeld der genetischen Ressourcen unter dem Aspekt der von der CBD ungelösten Probleme und der Auswirkungen des TRIPS-Abkommens dargestellt wird, so entstehen gewisse Überschneidungen mit dem bereits zuvor angesprochenem Zusammenhängen.

4.5.1 Probleme, die nicht durch die Biodiversitätskonvention gelöst werden

Ein Problem der Biodiversitätskonvention ist, dass sie bisher keine weltweite Gültigkeit hat. Die USA sind noch immer kein Vertragsstaat der Konvention. Somit sind Nutzer genetischer Ressourcen aus den USA nicht an die Regelungen der CBD gebunden; doch gerade US-Unternehmen sind besonders häufig in Konflikte um genetische Ressourcen verwickelt.

Genetische Ressourcen, zu denen der Zugang bereits vor Inkrafttreten der Biodiversitätskonvention erfolgte, werden von deren Regelungen nicht erfasst. Diese Ressourcen können folglich, wenn sie in *ex situ*-Sammlungen aufgenommen wurden, weiterhin ohne die Erlaubnis ihrer ursprünglichen Bereitsteller und ohne deren Entschädigung oder Vorteilsbeteiligung genutzt werden, wie Art. 15 Abs. 3 CBD dies eigentlich vorschreibt.

Im Zuge der Unterzeichnung der Biodiversitätskonvention seit Juni 1992 war unter anderem beschlossen worden, dass ungeklärte Fragen wie die Behandlung von *ex situ*-Sammlungen, die vor Inkrafttreten der Konvention angelegt wurden, im Folgeprozess in internationaler Zusammenarbeit gelöst werden sollten (Henne 1998, S. 134f.). Mit dieser Thematik beschäftigt sich vor allem die *Food and Agriculture Organization* (FAO).⁵⁹

Die Wirkungsweise der CBD wird dadurch eingeschränkt, dass der Zugang zu genetischen Ressourcen und der entsprechende Vorteilsausgleich von vorherigen Absprachen und gegenseitigem Einverständnis der Beteiligten abhängen (Art. 15 Abs. 4f. CBD). Hierfür Sorge zu tragen obliegt den einzelnen Vertragsstaaten aufgrund ihrer Verpflichtung, die Regelungen der Konvention national umzusetzen. Die Umsetzung der Zugangs- und Vorteilsausgleichsregelungen und der Regelungen in Bezug auf indigene Völker und indigenes Wissen bereitet währenddessen vielen Vertragsstaaten Schwierigkeiten. Die Qualität solcher Vereinbarungen wird schließlich vom jeweiligen Verhandlungsgeschick der Beteiligten bestimmt. Es bleibt daher offen, in welcher Weise sie zur Erfüllung der Ziele der Biodiversitätskonvention beitragen und ob sie die Konflikte um genetische Ressourcen wirklich lösen können.

⁵⁹ Die FAO ist eine selbständige Organisation innerhalb des UN-Systems. Sie hat 181 Mitglieder und ihre Ziele sind die Bekämpfung von Armut und Hunger. Um diese zu erreichen, setzt sie sich für landwirtschaftliche Entwicklung, Ernährungsverbesserung und Nahrungsmittelsicherheit ein (*Centre for European Agricultural Studies* 2000, S. 18). Informationen zur FAO unter <http://www.fao.org>.

Die Vertragsstaaten der CBD haben das Recht, Maßnahmen zu ergreifen, die den privaten Sektor veranlassen, den Zugang zu Technologien zu erleichtern (Art. 16 Abs. 3 f. CBD). In diesem Zusammenhang sind die Vertragsstaaten dazu aufgefordert, auch auf dem Gebiet der Rechte geistigen Eigentums zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass diese Rechte nicht im Sinne der CBD kontraproduktiv sind (Art. 16 Abs. 5 CBD). Ob und inwiefern der Folgeprozess die oben dargestellten Rechte und Verpflichtungen der Vertragsstaaten konkretisiert und für die Schwierigkeiten, die bei der Umsetzung auftreten, Lösungen bietet, wird unter 6.1 dargestellt.

4.5.2 Auswirkungen des Übereinkommens über TRIPS

Nach dem TRIPS-Abkommen sind Patente auf genetische Ressourcen erlaubt (Art. 27 TRIPS). Das Abkommen sieht aber keine Beteiligung der Bereitsteller genetischer Ressourcen an den aus der Nutzung entstehenden Vorteilen vor. Gleiches gilt in Bezug auf das Wissen indigener Völker. Das Übereinkommen über TRIPS bietet daher keinen Schutz für indigenes Wissen, da dieses in der Regel nicht neu oder aber Gemeinschaftswissen ist (*Nijar* 1998, S. 13).

Bislang wurden genetische Ressourcen mit Ursprung in den Entwicklungsländern von Unternehmen aus Industrieländern hauptsächlich in Europa, Japan und den USA patentiert. Dies hat zur Folge, dass Entwicklungsländer die durch Patente geschützten Produkte nicht (mehr) in diese Länder exportieren dürfen. Durch das Übereinkommen über TRIPS haben sich Entwicklungsländer verpflichtet, Patentgesetze bzw. Systeme *sui generis* oder Kombinationen bereitzustellen, die Patente bzw. ähnliche Schutzrechte auf genetische Ressourcen ermöglichen. Sobald ein Entwicklungsland die entsprechenden Regelungen des TRIPS-Abkommens umgesetzt hat, können Unternehmen aus Industrieländern auch in Entwicklungsländern Patente auf genetische Ressourcen mit Ursprung in den Entwicklungsländern erhalten (ebenso in Bezug auf Systeme *sui generis* und Kombinationen). Je nach Schutzzumfang wären die Entwicklungsländer dann bei der Nutzung ihrer eigenen genetischen Ressourcen beispielsweise zu Lizenzzahlungen verpflichtet oder dürften diese Ressourcen gar nicht mehr selbst nutzen (*Duran/Michalopoulos* 1999, S. 867).

Das Übereinkommen über TRIPS wirft aufgrund der dargestellten Umstände im Hinblick auf den Konflikt um genetische Ressourcen für Entwicklungsländer also zahlreiche Prob-

lerne auf. Die Bedeutung genetischer Ressourcen im TRIPS-Abkommen ist eine andere als die in der CBD: Während die Biodiversitätskonvention die Erhaltung genetischer Ressourcen fördert und daher deren Bereitsteller und Bewahrer zu schützen sucht, schützt das Übereinkommen über TRIPS diejenigen, die genetische Ressourcen kommerziell nutzen - ohne jedoch Bereitsteller und Bewahrer genetischer Ressourcen an den Vorteilen, die sich aus der Nutzung ergeben, zu beteiligen.

Dennoch wird im TRIPS-Abkommen den besonderen Bedürfnissen von Entwicklungsländern in gewisser Weise Rechnung getragen (Art. 65-67 TRIPS). Ob und inwiefern daher oder auch aus anderen Gründen - eventuell im Rahmen der vorgesehenen Überprüfungen des TRIPS-Abkommens - innerhalb der WTO versucht wird, die Konflikte um genetische Ressourcen zu beseitigen, wird unter 6.2 geschildert.

5 Interessen und Forderungen im Konflikt um genetische Ressourcen

5.1 Vorgehensweise und Eingrenzung

Verwertungsansprüche auf genetische Ressourcen in Form von Rechten des geistigen Eigentums werden bisher vorwiegend von multinationalen Unternehmen aus Industrieländern aufgestellt. Diese Ansprüche kollidieren häufig mit der Forderung der Bereitsteller und Bewahrer genetischer Ressourcen, hauptsächlich aus Entwicklungsländern, nach einer angemessenen Vorteilsbeteiligung. Der daraus entstandene Konflikt hat sich auch auf die politische Ebene ausgeweitet.

Da dieser Konflikt in diesem Papier auf der rechtlichen Grundlage der Biodiversitätskonvention einerseits und des Übereinkommens über TRIPS andererseits untersucht werden sollen, wird die bei den jeweiligen Vertragsverhandlungen übliche Teilung in Entwicklungs- und Industrieländer im Folgenden beibehalten, obwohl es sich dabei nicht nur um einen reinen Nord-Süd-Konflikt handelt; innerhalb der beiden Staatengruppen auftretende Interessengegensätze komplizieren das Spannungsfeld noch zusätzlich.

Zur Analyse der Kontroverse ist daher auch die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Haltungen der verschiedenen Akteure, multinationale Unternehmen, bestimmte Industriezweige, Bauern und indigene Völker, nötig, wobei darauf eingegangen werden muss, welche Bedeutung die einzelnen Interessengruppen für die politische Entscheidungsfindung einnehmen. Nicht durchgängig, jedoch häufig werden wegen ihrer führenden Rolle auf der Nord- bzw. Südseite dabei immer wieder die Positionen Indiens einerseits und der USA andererseits hervorgehoben.

Eine weitere wichtige Interessengruppe, die nicht in Nord-Süd-Einteilung eingeordnet werden kann, sind Nichtregierungsorganisationen (NRO). Während zu diesen genau genommen auch Unternehmens- und Industrieverbände gehören, sollen von der Bezeichnung themenspezifisch in diesem Papier nur jene NRO, die im Umweltschutz bzw. für die Erhal-

tung der Biodiversität und für den Schutz der Rechte von Kleinbauern und indigenen Völkern arbeiten berücksichtigt werden.

Wegen des Ausschlusses humangenetischer Ressourcen von den Regelungen der CBD und der relativ geringen Relevanz tiergenetischer Ressourcen im vorliegenden Spannungsfeld erfolgt keine gesonderte Betrachtung der ethischen Aspekte von Lebewesen. Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, dass sich große Teile der Bevölkerung auch in Industrieländern gegen diese Erweiterung des diesbezüglichen Anwendungsbereichs von Patenten aussprechen.

5.2 Zur Haltung der Entwicklungsländer

5.2.1 Konkurrierende Interessen

Um als Wirtschaftsstandort attraktiver für ausländische Investoren zu werden, bemühen sich immer mehr Entwicklungsländer darum, vorhandene Handels- und Investitionshemmnisse abzubauen. Diese Öffnung nach außen, zu der auch die Einführung der Rechte des geistigen Eigentums gehört, findet ihre Befürworter vor allem im Bereich der Industrie. Eine besondere Rolle spielt in Indien z. B. die Softwarebranche, welche bereits eine recht gute Position auf dem Weltmarkt innehat. Deswegen und aufgrund der hohen Forschungs- und Entwicklungskosten und der relativ leichten Imitierbarkeit der Produkte dieser Branche ist sie auf den Schutz geistigen Eigentums in hohem Maße angewiesen (*Mossinghoff* 1996, S. 46). Auch die Pharmaindustrie ist ein bedeutender Wirtschaftszweig Indiens. Ohne nationalen Patentschutz für ihre Produkte hatte sich ihre Tätigkeit bisher vor allem auf die Produktion und den Absatz von sogenannten Generika beschränkt. Konkret heißt dies, dass indische Pharmaunternehmen in der Regel abwarten, bis im Ausland ein neues Produkt entwickelt und erfolgreich getestet worden ist. Dieses können sie dann relativ billig imitieren und in Indien und auf ausländischen Märkten, an denen für das Produkt kein Patentschutz besteht, absetzen. Auf diese Weise sicherten sie in der Vergangenheit nicht nur die Versorgung der indischen Bevölkerung mit preiswerten Medikamenten, sondern konnten durch hohe Exportquoten auch große Gewinne erzielen. Durch das TRIPS-Abkommen kamen auf die indische Pharmaindustrie folglich erhebliche Veränderungen zu: Indien, das bisher keinen Patentschutz für pharmazeutische Produkte bereitstellte, musste ab dem 1.

Januar 1995 exklusive Vermarktungsrechte (und muss ab 2005 für solche Produkte auch Patentschutz) gewähren. Dies stellt die bisherige Strategie der indischen Pharmaindustrie ganz wesentlich in Frage. Die neuen geistigen Eigentumsrechte werden den Handel mit Generika erschweren bzw. zumindest von Lizenzzahlungen abhängig machen. Gleichzeitig wird jedoch auch der Einstieg in Forschung und Entwicklung tendenziell rentabel oder vielmehr sogar notwendig, um am Markt konkurrenzfähig zu sein. Letzteres führt zu Ausgaben für Patentanmeldungen, die sich nicht alle indischen Unternehmen leisten können.⁶⁰

Diese Unsicherheiten haben die indische Pharmaindustrie in zwei Lager geteilt.⁶¹ Niederlassungen multinationaler Konzerne treten für stärkere Patentgesetze ein; da sie über genügend ausländisches Kapital verfügen, sehen sie im Eintritt in Forschung und Entwicklung und den damit verbundenen Patentanmeldungen eine große Gewinnchance. Für andere indische Firmen dagegen bedeuteten Patente für pharmazeutische Produkte potenziell den Verlust von Einnahmen, die bisher durch den Verkauf von Generika erzielt wurden (*Tancer* 1999, S. 171-173 und 183).⁶²

Die Biotechnologie eröffnet für die indische Pharmaindustrie allerdings eine neue Möglichkeit, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Die Erfolgsaussichten hierfür sind nicht zuletzt wegen des Vorhandenseins vergleichsweise billiger, aber qualifizierter Arbeitskräfte gut. Da viele Entwicklungsländer wie Indien in der Biotechnologie eine Chance für ihre gesamtwirtschaftliche Entwicklung sehen, bemühen sie sich Patentrechte zu entwickeln, die den Anforderungen moderner Technologien gerecht werden, ohne ihre übrigen Staatsziele zu beeinträchtigen (so auch *Heim* 1997, S. 146f., und *Perrin* 1999, S. 227f). Zu diesen übrigen Staatszielen zählt unter anderem die sozial- und gesundheitspolitische Notwendigkeit, die Preise für Medikamente gering zu halten, um die Mindestversor-

⁶⁰ Statistiken belegen, dass nur fünf Prozent der Patente, die 1994/95 von allen Patentämtern weltweit an Angehörige ihres jeweiligen Staates vergeben wurden, an Patentanmelder aus Entwicklungsländern erteilt worden sind (*Braga/Fink* 1998, S. 544).

⁶¹ 1997 hatte das größte Pharmaunternehmen, Glaxo Wellcome, ein britischer multinationaler Konzern, am indischen Markt einen Marktanteil von knapp sieben Prozent. An zweiter und dritter Stelle standen zwei indische Unternehmen mit jeweils ca. vier Prozent Marktanteil. Diese Zahlen verdeutlichen, dass der indische

Pharmamarkt weder von multinationalen noch von indischen Unternehmen dominiert war; auch wenn hauptsächlich wegen protektionistischer Maßnahmen von Seiten der indischen Regierung die Gesamtquote ausländischer Marktteilnehmer nur etwas mehr als 30 Prozent betrug.

⁶² Dieser Verlust wurde bei angenommener Geltung aller US-Patente auf pharmazeutische Produkte in Indien auf jährlich fünf Mrd. US\$ geschätzt (*Gerster* 1998, S. 613).

gung der überwiegend armen Bevölkerung sicherzustellen (*Tancer 1999, S. 177*).

Eine relativ große Herausforderung stellt auch die angemessene Berücksichtigung der Interessen von Bauern und indigenen Völkern dar. Ein großer Teil der Bevölkerung in Entwicklungsländern ist auf die Erträge und das Einkommen aus der privaten Landwirtschaft angewiesen; durchschnittlich erzielen mehr als 52 Prozent ihr Einkommen aus der Landwirtschaft (*Poth 2000, S. 22*). Den großen Betrieben, die teilweise wie die Industrie an höheren Standards der Rechte des geistigen Eigentums Interesse zeigen und Druck auf die Regierungen ausüben,⁶³ stehen viele Kleinbauern gegenüber, die ihre Nutzpflanzen über viele Generationen hinweg gezüchtet und weiterentwickelt haben. Das genetische Material ist daher im allgemeinen besonders wertvoll. Wichtige Grundlage für die Züchtung ist der freie Austausch von Pflanzenmaterial unter den Bauern. Für arme Bauern ist es wichtig, dass sie, da sie sich kein teures Saatgut leisten können, einen Teil ihrer Ernte einbehalten und als nächste Aussaat verwenden. Patente auf Pflanzensorten würden sowohl den freien Austausch von Züchtungsmaterial als auch die Verwendung von Ernte- als Saatgut behindern. Für Bauern aus Entwicklungsländern sind Patente unpraktikabel, da ihre Sorten Ergebnis eines langen Züchtungsprozesses sind und nicht wie biotechnologische Neuerungen echte Erfindungen darstellen; letztendlich haben die Bauern auch gar kein Geld für Patentanmeldungen. Kaufen sie patentiertes Saatgut, begeben sie sich durch vielfach verlangte vertragliche Bindungen zwangsläufig in eine Abhängigkeit von den Saatgutfirmen, und diese können aufgrund des Trends zu Zusammenschlüssen von Saatgut-, Düngemittel- und Pestizidunternehmen die Preise für ihre Produkte immer höher treiben (*Braga/Fink 1998, S. 550*).

Indigene Völker sind oft noch stärker als die traditionellen Kleinbauern von genetischen Ressourcen abhängig. Nahezu alles, was sie zum Leben benötigen, nehmen sie aus der Natur. Mit deren Ressourcen gehen sie seit jeher in einer Art und Weise um, die wir heute nachhaltig nennen. Ihr Wissen über die Natur und deren Bestandteile überliefern sie von Generation zu Generation (*Nijar 1998, S. 3 und 13*); es erfüllt nicht die für eine Erfindung notwendigen Kriterien und ist daher auch nicht patentierbar. Aus den traditionellen Anwendungen genetischer Ressourcen müssten zuerst marktfähige Produkte entwickelt wer-

⁶³ Die Agrarforschung ist heute auch in den Entwicklungsländern bereits stark privatisiert. Als Folge sind vor allem Großbauern positiv gegenüber starken Sortenschutzrechten eingestellt (*Braga/Fink 1998, S. 540*).

den, die als neu deklariert werden können. Hier bietet die Biotechnologie zwar generell zahlreiche Möglichkeiten, doch fehlen indigenen Völkern dazu, aber genauso wie zur Patentanmeldung, die finanziellen Mittel (*Shiva* 1997, S. 7). Experten schätzen die Summe, die multinationale Nahrungsmittel-, Saatgut- und Pharmakonzerne für die Anwendung indigenen Wissens zahlen müssten, wenn dieses rechtlich geschützt wäre, auf jährlich 5,4 Mrd. US\$ (*Raustiala/Victor* 1996, S. 37).

5.2.2 Gemeinsame Forderungen

Vor dem Hintergrund dieser konkurrierenden Interessen stellen Vertreter der Regierungen der Entwicklungsländer im Folgeprozess der Biodiversitätskonvention und des Übereinkommens über TRIPS spezielle Forderungen, die allerdings in ihrer Ausprägung aufgrund der komplexen Zusammenhänge im Konflikt um genetische Ressourcen und wegen der unterschiedlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen in den einzelnen Ländern durchaus variieren. Vom Ansatz her zeichnen sich jedoch einige elementare Forderungen ab, die im gemeinsamen Interesse aller Entwicklungsländer liegen:

Entwicklungsländer fordern, ganz im Sinne der CBD, einen ausgewogenen und gerechten Ausgleich für die Bereitstellung genetischer Ressourcen mit natürlichem Ursprung in ihren Territorien. Diese Forderung schließt auch die genetischen Ressourcen, die vor dem Inkrafttreten der Biodiversitätskonvention in *ex situ*-Sammlungen aufgenommen wurden, ein.⁶⁴ Um ihren eigenen Verpflichtungen gemäß der CBD nachkommen zu können, fordern sie den freien Zugang zu Technologien, die den Erhalt der genetischen Ressourcen fördern. Gleichzeitig fordern die Entwicklungsländer die USA auf, der Konvention beizutreten oder zumindest nach deren Vorschriften zu handeln. (*Braga/Fink* 1998, S. 550, und *Prakash* 2000, S. 158).

Da noch nicht alle Entwicklungsländer ihre Umsetzungspflichten in Bezug auf das Übereinkommen über TRIPS wahrnehmen mussten bzw. wahrgenommen haben,⁶⁵ lautet eine immer noch aktuelle Forderung, die diesbezüglichen Fristen zu verlängern und flexibler zu gestalten. Die Entwicklungsländer mahnen in ihrer Absicht, für ihre Bedürfnisse passende

⁶⁴ Zur Begründung: Z. B. beträgt der jährliche Exportwert von Basmati für Indien 227 Mio. US\$ (*Prakash* 2000, S. 163). Wie bereits unter 4.2.2 erwähnt, gefährdet die Firma RiceTec diesen Markt.

⁶⁵ Vgl. hierzu WTO-Dokument: *IP/C/19* (Annual report (1999) of the Council for TRIPS), S. 1. Der Bericht von 2000 lag zum Zeitpunkt der Erstellung der Arbeit noch nicht vor.

Schutzrechte zu entwickeln, die Unterstützung der Industrieländer, der WTO und der WIPO an (*Perrin 1999*, S. 227f.). Im Hinblick auf die im TRIPS-Abkommen integrierte Agenda fordern sie insbesondere:

- eine Änderung des Art. 27 TRIPS, um wichtige pharmazeutische Produkte von der Patentierung ausschließen zu können,
- eine weitere Änderung des Art. 27 TRIPS im Hinblick auf Abs. 3 b), durch die für Pflanzensorten kein Schutz bereitgestellt werden muss, und
- eine generelle Lockerung der Bedingungen für Zwangslizenzen.⁶⁶

Nicht alle Entwicklungsländer fordern die Angleichung des Schutzes für geographische Angaben bei allen agrarwirtschaftlichen Produkten an die für Wein und Spirituosen geltenden Standards (Art. 22-24 TRIPS). Die Haltung ist hier nicht einheitlich, da diese Angleichung negative Preiseffekte für solche Entwicklungsländer haben würde, die agrarwirtschaftliche Produkte importieren (*Otten 1998*, S. 531 f.).

5.3 Zur Haltung der Industrieländer

5.3.1 Nahezu einheitliche Interessenlage

Unter den Industrieländern plädieren die USA seit den Vorverhandlungen der Uruguay-Runde der GATT-Verhandlungen aus einer Vorreiterrolle heraus für eine weltweite Harmonisierung und Anhebung der geistigen Eigentumsrechte. Sie wollen hierdurch die Stabilisierung und den Ausbau ihrer Position in Wirtschaft und Technologie auf dem Weltmarkt sichern. In der Umsetzung und Einhaltung der Vorschriften des Übereinkommens über TRIPS sehen sie, genau wie die EU und Japan, eine Voraussetzung dafür, den Entwicklungsländern Zugang zu neuen Technologien zu gewähren (*Gallon 1998*, S. 43-52, und *Prakash 2000*, S. 158-160).

Besonderes Interesse an pflanzengenetischen Ressourcen hat die Biotechnologie-Industrie, insbesondere Nahrungsmittel-, Pharma-, Saatgut- und Düngemittelunternehmen. Für diese

⁶⁶ In Anlehnung an *Duran/Michalopoulos 1999*, S. 865-870.

Branchen gelten ähnliche Marktbedingungen, deren Entwicklung hier an Daten der Pharmaindustrie erläutert werden soll.

Der Weltmarkt für pharmazeutische Produkte allein ist von 1992 bis 1995 um rund 20 Prozent gewachsen. Gleichzeitig ist er von großem Wettbewerb geprägt: Der Anteil der zehn größten Anbieter am weltweiten Umsatz betrug 1995 fast 36 Prozent. Jüngste Konsolidierungen dürften diesen Anteil noch erhöht haben. Ein wichtiges Kennzeichen der Pharmaindustrie ist ihre hohe Abhängigkeit von einer geringen Anzahl profitabler Produkte; sie hat hohe Ausgaben für Forschung und Entwicklung: Im Durchschnitt bestimmen die drei marktführenden Produkte 50 Prozent des Umsatzes; nur ein Bruchteil von Forschungsvorhaben kann jedoch tatsächlich in ein absatzfähiges Produkt umgesetzt werden.⁶⁷ Aufgrund der relativ leichten Imitierbarkeit pharmazeutischer Produkte und der hohen technologiebedingten Forschungs- und Entwicklungskosten ist ihr Erfolg in besonderem Maße von der Qualität geistiger Eigentumsrechte abhängig. Die US-Pharmaindustrie kann als eifrigster Verfechter der Patentidee angesehen werden. In jüngster Zeit bemühen sich namhafte multinationale Pharmakonzerne, ihre US-Patente auf besonders lukrative Arzneimittel zu verlängern.⁶⁸

Der Markt für pharmazeutische Produkte, die mit Hilfe des Wissens indigener Völker entdeckt und entwickelt wurden, wurde 1995 auf ca. 43 Mrd. US\$ geschätzt. Wegen der unzureichenden Datenlage über die biologische Vielfalt kann keine realistische Prognose für die weitere Entwicklung dieses Marktes aufgestellt werden. Da aber erst ein kleiner Teil aller Pflanzen in diesen Gebieten ausgewertet wurde, gilt es als sicher, dass diese sehr positiv sein wird (*Grimmig* 1999, S. 153, und *Nijar* 1998, S. 6).

Starke Patentrechte würden nach der überwiegenden Meinung der Pharmakonzerne in den Entwicklungsländern eine positive Wirkung haben: Forschungs- und Entwicklungsprojekte für Medikamente und Behandlungsmethoden für speziell dort typische Krankheiten wür-

⁶⁷ Alle Daten beruhen auf einer Studie der OECD von 1999 (*OECD* 1999, S. 16). Die dargestellte Tendenz ist noch immer aktuell. Auf eine eigene Recherche nach neueren Zahlen wurde daher verzichtet.

⁶⁸ So hat beispielsweise Eli Lilly & Co gute Chancen das Antidepressivum, Prozac, noch bis 2015 allem vermarkten zu dürfen. Neben einer Verlängerung auf 20 Jahre Geltungsdauer (Art. 33 Übereinkommen über TRIPS) statt der vorher in den USA gültigen 17 Jahre streben einige Unternehmen eine „quasi“-Neupatentierung ihrer Produkte an - so auch die Firma Lilly. Denn der technologische Fortschritt bietet heute genügend Möglichkeiten, „alte“ Erfindungen „neu“ zu beschreiben (*Tancer* 1999, S. 180).

den dann erheblich zunehmen;⁶⁹ derartige Investitionen seien bisher vor allem wegen des fehlenden Patentschutzes unrentabel gewesen (*Lanjomv/Cockburn* 2000, S. 1 und 19). Außerdem, so wird argumentiert, würden Unternehmen aus Industrieländern dann auch Medikamente in Entwicklungsländern anbieten, die bisher wegen des fehlenden Patentschutzes dort nicht erhältlich sind. Gerade diese Produkte seien besonders wirksam und würden daher die medizinische Versorgung der Entwicklungsländer enorm verbessern (vgl. hierzu *Mossinghoff* 1996, S. 46).

Wegen ihrer großen wirtschaftlichen Macht üben multinationale Konzerne erheblichen Einfluss auf politische Entscheidungen aus. Patente werden allgemein von der Industrie bevorzugt, da sich dieses System in seiner Anwendung und Effektivität für sie bewährt hat (*Erbisch/Velazquez* 1998, S. 9, und *Thorbrietz* 2000, S. 29).

5.3.2 Unterschiedlich starke Forderungen

Wegen der wachsenden Bedeutung genetischer Ressourcen für die Biotechnologie und wegen der Aussicht auf erhebliche Umsätze für diese Industrie fordern die Industrieländer - wie schon während der Verhandlungen zur CBD - weiterhin den ungehinderten Zugang zu diesen Ressourcen. Hierzu zählt auch der Zugang zum Wissen indigener Völker. Diese Völker kennen viele Anwendungen genetischer Ressourcen und ihr Wissen könnte daher die Forschungs- und Entwicklungskosten der Industrie um ein vielfaches reduzieren (*Grimmig* 1999, S. 153 und *Nijar* 1998, S. 6).

In ihrer Forderung, dass auch die Entwicklungsländer das Übereinkommen über TRIPS fristgerecht implementieren sollen, sind viele Industrieländer, insbesondere die USA, nahezu unnachgiebig, während die EU eine gewisse Bereitschaft zu einer begrenzten Wiederaufnahme der Verhandlungen über geistige Eigentumsrechte zeigt. Die USA lehnen es strikt ab, den jetzigen Status quo wieder herabzusetzen. Insbesondere treten sie dafür ein, dass weltweit in allen Gebieten der Technik Patente mit starkem Schutzcharakter erhältlich sind (*Girsberger* 1998, S. 1048f.)

⁶⁹ Die US International Trade Commission schätzt, dass die Forschungs- und Entwicklungsausgaben der US-Pharmaindustrie ohne Produktpiraterie jährlich um 720-900 Mio. US\$ höher wären, als sie es jetzt (mit Produktpiraterie) sind (*Mossinghoff* 1996, S. 39).

Zeichen dafür, dass die Industrieländer nicht vorhaben, weite Zugeständnisse gegenüber den Forderungen der Entwicklungsländer zu machen, sind diverse Anklagen der USA wie auch der EU gegenüber einzelnen Entwicklungsländern, die seit Inkrafttreten des TRIPS-Abkommens vor dem WTO-Schiedsgericht vorgetragen wurden. So forderten sowohl die USA (1996) als auch die EU (1997), dass Indien seiner Verpflichtung zur Einrichtung einer Anmelde­möglichkeit für Patente und zur Gewährung von ausschließlichen Ver­mark­nungsrechten für pharmazeutische und agrochemische Produkte nachkommen müsse (Art. 70 Abs. 8 und 9 TRIPS).⁷⁰

5.4 Zur Haltung der Nichtregierungsorganisationen

5.4.1 Ähnliche Interessen

Nichtregierungsorganisationen erhalten zunehmend die Möglichkeit, politische Entscheidungen zu beeinflussen, indem es ihnen mehr und mehr gestattet wird, an den entsprechenden Verhandlungen teilzunehmen und sich in Form von Gutachten und Vorschlägen in den Verhandlungsprozess einzubringen. Gleichzeitig wächst die Gesprächsbereitschaft von Seiten der Industrie und der gegenseitige Informationsaustausch zwischen Unternehmen und NRO nimmt zu (*McNeely et al.* 1995, S. 49).

Gemeinsames Anliegen der NRO ist es, Minderheiten und Ziele wie den Umweltschutz, die bei staatlichen Verhandlungen nicht genügend repräsentiert werden, zu unterstützen. Durch Kampagnen und Lobbyarbeit versuchen sie Politiker und andere Akteure für Probleme zu sensibilisieren, die ihrer Meinung nach stärker berücksichtigt werden müssten. Durch Spenden finanziert und getragen von der Mitarbeit engagierter Experten sind sie in der Regel flexibel und quasi unabhängig und stellen so ein wichtiges Gegengewicht zu einflussreichen multinationalen Konzernen und den Regierungen dar. Vor allem NRO mit Sitz in den Industrieländern agieren inzwischen oft international. Im Allgemeinen können NRO daher besser als beispielsweise Kleinbauern und indigene Völker die relevanten Entscheidungsträger erreichen (*Centre for European Agricultural Studies* 2000, S. 40f.).

⁷⁰ Ausführlicher hierzu *Geuze/Wager* 1999 und *Tomar* 1999.

Unter den vielen unterschiedlich organisierten NRO, die sich im Konflikt um genetische Ressourcen engagieren, beschäftigen sich einige ausschließlich mit diesem Themenkomplex. Zu diesen sehr spezialisierten Organisationen gehört beispielsweise die *Genetic Resources Action International* (GRAIN), mit Sitz in Barcelona, Spanien. Seit 1990 bemühen sich Wissenschaftler, Experten und Politiker im Rahmen von GRAIN gemeinsam den Verlust der genetischen Vielfalt aufzuhalten (*Centre for European Agricultural Studies* 2000, S. 41).⁷¹

Eine durch ihre Arbeit einer NRO entsprechende Einrichtung stellt die in 4.2.1 erwähnte *Research Foundation for Science, Technology and Ecology* (Leitung Dr. Vandana Shiva) dar. Shiva ist eine Pionierin im Kampf gegen die Ausbeutung genetischer Ressourcen des Südens durch den Norden. Mit zahlreichen Kampagnen und Protestaktionen hat sie sich für den Schutz der Biodiversität, für die Rechte indigener Völker und für die wirtschaftliche Entwicklung des Südens eingesetzt.⁷²

Teils überwiegen in der Motivation der NRO ethische Aspekte, teils Aspekte des Umweltschutzes. Da sich ihre Interessen überschneiden und im Wesentlichen miteinander vereinbar sind, kommt es verstärkt zu einer Koordination der einzelnen Aktionen, Synergieeffekte werden bewusst, was sich meist positiv auf die Effektivität ihrer Arbeit auswirkt (*Swanson/Johnston* 1999, S. 209 und 231).

Ihre Forderungen sind insofern der Hervorhebung wert, da sie die Meinungen vieler direkt Betroffener vertreten und weil sie in der Regel im Hinblick auf mögliche Lösungen argumentieren. Nicht alle der teilweise recht detaillierten - und je nach Spezialisierungsgrad der jeweiligen Organisation recht extremen - Forderungen der NRO sind für eine Lösung des Konfliktes um genetische Ressourcen allerdings gleichermaßen relevant. Im Folgenden sollen daher die aus meiner Sicht wichtigsten und vielversprechendsten Vorschläge herausgegriffen werden.

⁷¹ Informationen zu GRAIN unter <http://www.grain.org>. Auf ihrer homepage bietet die Organisation u. a. den Zugriff auf ein wöchentliches Infoblatt („Seedling“) an.

⁷² Informationen zur Research Foundation for Science, Technology and Ecology unter <http://www.vshiva.org>. Einen Einblick in die Positionen Shivas vermittelt ihr Buch „Monocultures of the Mind“ von 1995.

5.4.2 Interessante Forderungen

Indigene Völker werden von wenigen Ausnahmen abgesehen nicht direkt durch Regierungen repräsentiert. Ihre Interessen bleiben daher bei internationalen Vertragsverhandlungen häufig unberücksichtigt oder erhalten zu wenig Aufmerksamkeit (*Kaisiepo* 1992, S. 36-41). Viele Nichtregierungsorganisationen fordern daher, mehr Gewicht auf den Schutz indigenen Wissens zu legen. Art. 8 j) CBD bietet ihrer Meinung nach keinen ausreichenden Schutz. Indigene Völker sollten aktiv an den sie betreffenden politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Außerdem sollte ihre Souveränität über die Gebiete, die sie bewohnen, und über die Ressourcen, die sich in diesen Gebieten befinden, grundsätzlich anerkannt werden (*Simpson*, 1997, S. 57 und 94f., und *Sutherland* 1998, S. 295).

Es ist noch nicht eindeutig bewiesen, dass Sortenschutz, der auch als Anreiz für Neuzüchtungen dienen soll, sich positiv auf die Biodiversität auswirkt. Ein mögliches negatives Ergebnis könnte die weitere Auslöschung wilder und traditionell gezüchteter pflanzengenetischer Ressourcen sein, da der Sortenschutz im allgemeinen uniformen Sorten mit genetischer Homogenität nützt (*WBGU* 2000, S. 81f.). Im Zusammenhang mit der Unterstützung der Rechte der Kleinbauern fordern NRO daher, dass agrargenetische Ressourcen, da sie die Grundlage für die Ernährung darstellen, von der Patentierung grundsätzlich ausgeschlossen werden (*King/Eyzaguirre* 1999, S. 41).

Eine besonders wichtige Forderung der NRO, die zahlreiche Probleme bereits im Ansatz lösen würde, ist die nach Verabschiedung eines ergänzenden, international geltenden Protokolls, das die Zugangs- und Vorteilsausgleichsregelungen der CBD näher erläutert und so dabei hilft, dass die Rechte der Bereitsteller genetischer Ressourcen gegenüber wirtschaftlichen Interessen ausreichend berücksichtigt werden (*Meyer* 2000, S. 4f.).

5.5 Zusammenfassung und Bewertung

Alle an der Kontroverse um genetische Ressourcen Beteiligten wollen diese Ressourcen zur Erreichung ihrer Ziele nutzen und sie versuchen, ihre eigenen Interessen gegenüber anderen durchzusetzen. Wie dargestellt wurde, bieten die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Biodiversitätskonvention und des TRIPS-Abkommens bisher keine wirksame Lösung für diese Kontroverse über Nutzungs- und Vorteilsausgleichsforderungen.

Neben den Interessengegensätzen existieren jedoch auch gemeinsame Ziele der Beteiligten wie insbesondere die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und die Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards der Gesamtbevölkerung. Derartige übergeordnete Ziele sind sowohl in der CBD als auch im Übereinkommen über TRIPS gesetzlich verankert. Im nächsten Kapitel wird daher untersucht, ob sich in den laufenden Verhandlungen der Vertragsstaaten beider Abkommen eine Lösung des Konflikts um genetische Ressourcen abzeichnet oder in naher Zukunft abzeichnen könnte.

6 Aktuelle Entwicklungen

6.1 Der Folgeprozess der Biodiversitätskonvention

Wie oben gezeigt wurde, ergibt sich aus der Biodiversitätskonvention für Teile des Konfliktes um genetische Ressourcen durchaus eine Lösung. Die Umsetzung der Konvention spielt daher für den weiteren Verlauf der Kontroverse eine wichtige Rolle. Im Folgenden soll untersucht werden, welche Ansätze zur Lösung der noch anstehenden Probleme der Folgeprozess der CBD bietet.

6.1.1 Die Umsetzung der Zugangs- und Vorteilsausgleichsregelungen

Während der vierten Vertragsstaatenkonferenz der CBD, vom 4. bis 15. Mai 1999 in Bratislava, Slowakei, wurde die Entscheidung⁷³ getroffen, eine Expertengruppe zum Thema Zugangs- und Vorteilsausgleichsregelungen einzurichten.⁷⁴ Die Expertengruppe erhielt den Auftrag, Informationen - insbesondere Fallstudien - über bisherige nationale Umsetzungsmaßnahmen zusammenzutragen und auszuwerten. Zu ihren Aufgaben zählte außerdem die Untersuchung der Probleme im Zusammenhang mit geistigen Eigentumsrechten sowie bei *ex situ*-Sammlungen, die bei Inkrafttreten der Konvention bereits bestanden und daher nicht in den Regelungsbereich der Biodiversitätskonvention fallen (vgl. 4.5.1).

Da die CBD die Bemühungen der FAO befürwortete, das *International Undertaking on Plant Genetic Resources* (im Folgenden: *International Undertaking*) in Einklang mit den Bestimmungen der Biodiversitätskonvention zu bringen, beschränkten sich die Untersuchungen der Expertengruppe hinsichtlich *ex situ*-Sammlungen auf Sammlungen, die keine für die FAO relevanten pflanzengenetischen Ressourcen beinhalten (s. weiter unten und 6.1.3).

⁷³ CBD decision IV/8 in: CBD-Dokument: *UNEP/CBD/COP/4/27*.

⁷⁴ CBD-Dokument: *UNEP/CBD/COP/4/27*.

Bisher tagte die Gruppe allerdings nur einmal, vom 4. bis 8. Oktober 1999 in San Jose, Costa Rica. Insgesamt nahmen 58 Experten aus den Bereichen Regierungen, internationale Organisationen, wissenschaftliche Einrichtungen, NROs, indigene Völker und privater Sektor teil. Als Ergebnis der Beratungen präsentierte die Expertengruppe eine Reihe von Empfehlungen an die COP zur weiteren Vorgehensweise. Neben allgemeinen Punkten - wie etwa dem, eine nationale Anlaufstelle für Zugangs- und Vorteilsausgleichsvereinbarungen einzurichten - enthält der Abschlussbericht⁷⁵ der Expertengruppe auch konkrete Vorschläge zur Handhabung der Vorschriften von Art. 15 Abs. 4f. CBD, wonach der Zugang zu genetischen Ressourcen nur „on mutually agreed terms“ und „subject to prior informed consent“ erfolgen darf (*Earth Negotiations Bulletin* 1999, S. 8).

Die von der Expertengruppe untersuchten Fallstudien zeigen, dass bilaterale Vertragsvereinbarungen die bisher häufigste Umsetzungsvariante gegenseitigen Einverständnisses waren. Daher sollten diesbezügliche Verhandlungen der Rechts- und Verwaltungsordnung des Staates entsprechen, der die von der jeweiligen Verhandlung betroffenen genetischen Ressourcen zur Verfügung stellt. Außerdem sollten solche Vertragsvereinbarungen die Pflichten der Nutzer der genetischen Ressourcen beinhalten. Die Transaktionskosten der Vertragsvereinbarungen über den Zugang zu genetischen Ressourcen und den entsprechenden Vorteilsausgleich würden letztlich den Anreiz zur Nutzung genetischer Ressourcen schmälern und seien so einer nachhaltigen Nutzung nicht zuträglich. Daher sollten die Vertragsstaaten der CBD dafür sorgen, dass diese Kosten möglichst gering sind. Weiter heißt es, dass Anwerber genetischer Ressourcen ausreichend Informationsmaterial über ihre Nutzungsvorhaben in einer für den jeweiligen Bereitsteller der Ressourcen verständlichen Form zur Verfügung stellen sollten. Dem Bereitsteller solle es dabei zustehen, weitere Informationen anzufordern. Vorherige Zustimmung, gegründet auf Kenntnis der Sachlage, soll zwingende Voraussetzung für die Nutzung genetischer Ressourcen sein.

In Bezug auf die Bedeutung von Rechten des geistigen Eigentums für die Umsetzung der Zugangs- und Vorteilsausgleichsregelungen konnte die Expertengruppe keine gemeinsam akzeptierten Untersuchungsergebnisse vorlegen. Die Untersuchung des *ex situ*-Problems wird im Abschlussbericht der Gruppe nur angeschnitten.

⁷⁵ CBD-Dokument: *UNEP/CPD/COP/5/8*.

Auf der Grundlage des Expertenberichtes wurde das Thema dann während der fünften COP, 15.-26. Mai 2000 in Nairobi, Kenia, behandelt. Als Ergebnis dieser Konferenz wurde eine Entscheidung zum Zugang zu genetischen Ressourcen⁷⁶ getroffen;⁷⁷ sie behandelt drei unterschiedliche Themenbereiche:

A. Access and benefit-sharing arrangements: Hierzu wurde vor allem die Umsetzung der im Expertenbericht aufgestellten Empfehlungen beschlossen. Daneben werden die Vertragsstaaten dazu aufgefordert, zum baldigen Abschluss des *International Undertaking* beizutragen, das als multilaterales Regelwerk die Umsetzung der Zugangs- und Vorteilsausgleichsregelungen im Bereich der von ihm behandelten genetischen Ressourcen erleichtern könnte. Außerdem soll die Expertengruppe weiterhin fortbestehen und zusätzlich, auf unbefristete Zeit, eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden; diese Arbeitsgruppe soll die Erstellung von Richtlinien zur Umsetzung der Zugangs- und Vorteilsausgleichsregelungen für die COP vorbereiten.

B. The relationship between intellectual property rights and the relevant provisions of the Agreement on TRIPS and the CBD: In diesem Bereich werden die Vertragsstaaten und relevante internationale Organisationen - insbesondere die WIPO und die WTO - dazu aufgefordert, bis zum 31. Dezember 2000 diesbezügliche Informationen an das CBD-Sekretariat zu übermitteln.

C. Ex situ collections acquired prior to the entry into force of the Convention and not addressed by the Commission on Genetic Resources for Food and Agriculture: Zu diesem Thema sollen weitere Informationen gesammelt werden.

In der Zwischenzeit ist das zweite Treffen der Expertengruppe in Vorbereitung, das im März 2001 stattfinden soll. In diesem Zusammenhang wurden entsprechend der Entscheidung V/26⁷⁸ Benachrichtigungen an alle Vertragsstaaten, an die WTO, die WIPO und andere relevante Organisationen geschickt.

⁷⁶ CBD decision V/26 in: CBD-Dokument: *UNEP/CBD/COP/5/23*.

⁷⁷ CBD-Dokument: *UNEP/CBD/COP/5/23*.

⁷⁸ CBD decision V/26 in: CBD-Dokument: *UNEP/CBD/COP/5/23*.

Über das Sekretariat (aber auch über das Internet⁷⁹) können alle Fallstudien bezüglich der Umsetzung der Zugangs- und Vorteilsausgleichsregelungen, die bisher von den Vertragsstaaten zur Verfügung gestellt wurden, bezogen werden. Außerdem haben einige Vertragsstaaten weiterführendes Informationsmaterial in Form von nationalen Vorschlägen für Richtlinien zur Umsetzung der Zugangs- und Vorteilsausgleichsregelungen zur Weiterleitung beim CBD-Sekretariat eingereicht.⁸⁰

6.1.2 Die Umsetzung der Regelungen in Bezug auf indigene Völker und indigenes Wissen

Zur Umsetzung der Regelungen der Biodiversitätskonvention in Bezug auf indigene Völker und indigenes Wissen war auf der vierten COP 1999 die Einrichtung einer Arbeitsgruppe beschlossen worden.⁸¹ Die Gruppe wurde im Wesentlichen damit beauftragt, unter Einbeziehung von Vertretern indigener Völker ein Programm zur Umsetzung der Regelungen in Bezug auf indigene Völker und indigenes Wissen vorzubereiten.⁸² Die Arbeitsgruppe tagte bisher einmal, und zwar am 27. März 2000. Ergebnis dieser Tagung ist unter anderem der Vorschlag für das in Auftrag gestellte Arbeitsprogramm. Dieses Programm ist in zwei Phasen aufgeteilt:

Während der ersten Phase soll vor allem die Beteiligung indigener Völker an Umsetzungsmaßnahmen und -prozessen im Rahmen der CBD gestärkt werden. Des Weiteren sollen der Status und die Trends der Umsetzung der Regelungen in Bezug auf indigene Völker und indigenes Wissen untersucht werden. Auf dieser Grundlage sollen Richtlinien für die Bewahrung und die nachhaltige Nutzung traditioneller Gebräuche sowie für den damit verbundenen Vorteilsausgleich und Informationsaustausch erstellt werden. Alle diesbezüglichen Umsetzungsmaßnahmen sollen überwacht und kontrolliert werden. Außerdem sollen internationale Instrumente zum Schutz geistigen Eigentums auf ihre möglichen Auswirkungen auf die Umsetzung der Regelungen in Bezug auf indigene Völker und indigenes Wissen geprüft werden.

⁷⁹ Fallstudien zur Umsetzung der Zugangs- und Vorteilsausgleichsregelungen unter <http://biodiv.org/benefitssharing/gen-res.htm>.

⁸⁰ CBD-Dokument: *UNEP/CBD/QR/10*.

⁸¹ CBD decision IV/9 in: CBD-Dokument: *UNEP/CBD/COP/4/27*.

⁸² CBD-Dokument: *UNEP/CBD/COP/4/27*.

Die in Phase zwei vorgesehenen Aufgaben, führen die von Phase eins inhaltlich weiter.⁸³

Das von der Arbeitsgruppe vorgelegte Arbeitsprogramm wurde auf der fünften COP 2000 angenommen und seine zügige Umsetzung wurde beschlossen.⁸⁴ Seitdem setzt das Sekretariat der CBD seine Bemühungen fort, Informationen hinsichtlich der bisherigen Umsetzung der Regelungen in Bezug auf indigene Völker und indigenes Wissen zusammenzutragen und bereitet die Ausführung des diesbezüglichen Arbeitsprogramms in enger Zusammenarbeit mit Vertretern indigener Völker und der WIPO vor.⁸⁵

6.1.3 Lösung des *ex situ*-Problems und Berücksichtigung der Interessen von Bauern innerhalb der Food and Agriculture Organization

Die FAO bemüht sich seit 1983 um ein weltweites System zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen, die für Ernährung und Landwirtschaft bedeutsam sind. Zu diesen Bemühungen zählen der Abschluss und die Verwaltung des *International Undertaking*, das bisher 113 Staaten unterzeichnet haben. Dieser Vertrag enthält Regelungen, die sowohl für die Lösung des *ex situ*-Problems als auch für die Lösung der Probleme hinsichtlich der besonderen Bedürfnisse von Bauern und indigenen Völkern hilfreich wären. Allerdings stehen noch nicht alle seine Vorschriften des in Einklang mit den Regelungen der CBD. Eine Änderung des Textes des *International Undertaking* wird in diesem Zusammenhang schon seit Inkrafttreten der Biodiversitätskonvention verhandelt (*Centre for European Agricultural Studies* 2000, S. 18-20).

Trotz eines Appells der CBD an die FAO, die Angleichung des *International Undertaking* an die Regelungen der Biodiversitätskonvention zügig abzuschließen, kann noch nicht eindeutig prognostiziert werden, ob dies in naher Zukunft auch erfolgen wird. Wäre dies der Fall, würde die sechste COP 2001 darüber verhandeln, den Vertrag als Protokoll der CBD anzunehmen.⁸⁶

⁸³ CBD-Dokument: *UNEP/CBD/COP/5/5*.

⁸⁴ CBD decision V/16 in: CBD-Dokument: *UNEP/CBD/COP/5/23*.

⁸⁵ CBD-Dokument: *UNEP/CBD/QR/10*.

⁸⁶ CBD-Dokument: *UNEP/CBD/QR/10*.

6.2 Der Folgeprozess des Übereinkommens über TRIPS

Die andere offene Frage ist, ob die im TRIPS-Abkommen vorgesehene Überprüfung die Probleme, die für Entwicklungsländer durch das Übereinkommen über TRIPS im Zusammenhang mit genetischen Ressourcen entstehen, gelöst werden können. Laut dem Übereinkommen über TRIPS sollen Art. 23 Abs. 4 und Art. 24 Abs. 1 f., welche Regelungen bezüglich geographischer Angaben enthalten, Art. 27 Abs. 3 b, bezüglich der Patentierbarkeit von lebenden Organismen (Art. 27 Abs. 3 (b)) sowie nach Art. 71 die Kontrolle der Umsetzung des Abkommens überprüft werden. Art. 71 sieht außerdem die Möglichkeit für Vertragsänderungen vor. Da die Überprüfung der Regelungen bezüglich geographischer Angaben bisher noch keine wesentlichen Ergebnisse erbracht hat, entfällt ihre nähere Betrachtung an dieser Stelle.⁸⁷

6.2.1 Die Überprüfung des Art. 27 Abs. 3 (b) TRIPS

Bis Ende 1999 beschränkten sich die Aktivitäten des Rates für TRIPS, das oberste Verwaltungsorgan des Abkommens, bezüglich der Überprüfung des Art. 27 Abs. 3 (b) TRIPS noch auf die Sammlung von Informationen. So wurden die WTO-Mitglieder unter anderem aufgefordert, über ihre bisherigen und geplanten Umsetzungsmaßnahmen zu berichten. Außerdem kontaktierte der Rat auch die FAO, das Sekretariat der CBD und die *International Union for the Protection of New Varieties of Plants* (UPOV; s. 6.2.3), um Auskünfte über deren bisherige Tätigkeiten im Themenkomplex genetische Ressourcen und geistige Eigentumsrechte einzuholen.⁸⁸ Warum seither keine weiteren Fortschritte erreicht worden sind, klärt der folgende Gliederungspunkt.

6.2.2 Die generelle Überprüfung nach Art. 71 TRIPS

Die generelle Überprüfung des Übereinkommens über TRIPS, die für das Jahr 2000 angesetzt war, wird erheblich von den Folgen der Ereignisse in Seattle, USA, während der Ministerkonferenz der WTO im November/Dezember 1999 bestimmt. Aufgrund der Protestaktionen von Bauern, Gewerkschaftlern, Umweltschützern u. a. gegen eine neue WTO-

⁸⁷ WTO-Dokument: *IP/C/19*.

⁸⁸ WTO-Dokument: *IP/C/19*.

Verhandlungsrunde und wegen der zahlreichen Vorwürfe der Entwicklungsländer, der Norden würde mit der WTO die wirtschaftliche Entwicklung des Südens behindern, steht vor allem die Frage im Vordergrund, wie die WTO transparenter gestaltet werden könnte (WTO 2000, S. 4). Dabei werden zwar auch die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer bei der Umsetzung des Übereinkommens über TRIPS angesprochen, eine Verlängerung der diesbezüglichen Fristen zeichnet sich jedoch nicht ab (WTO 2000, S. 3). Aller Voraussicht nach wird die WTO in naher Zukunft jedoch ihre Tätigkeiten zur technischen Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder ausweiten (so z. B. WTO 2000, S. 4).

6.2.3 Die Verbindung zur International Union for the Protection of New Varieties of Plants

Die *International Union for the Protection of New Varieties of Plants* (UPOV) beinhaltet ein internationales *sui generis*-System zum Schutz von Pflanzensorten. Die neueste Fassung dieses Systems (von 1991) schließt auf internationaler Ebene aus, dass Bauern einen Teil ihrer Ernte für die Aussaat im nächsten Jahr verwenden, erlaubt den Vertragsstaaten jedoch, auf nationaler Ebene diese Möglichkeit einzurichten bzw. bestehen zu lassen.

Trotz des Inkrafttretens dieser Konvention erhielt Indien 1999 die Ausnahmegenehmigung, der älteren Fassung von 1978 beizutreten, in der auch auf internationaler Ebene die Rechte der Bauern stärker berücksichtigt sind. Ob es in Zukunft allerdings weitere derartige Ausnahmeregelungen geben wird, ist ungewiss (so z. B. *Centre for European Agricultural Studies* 2000, S. 24f.).

6.3 Bewertung

Die politischen Verhandlungen über eine Lösung der Konflikte im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Bedeutung genetischer Ressourcen in den beiden in diesem Papier untersuchten internationalen Verträgen haben zwar begonnen, aber noch keine umfassende Lösung erbracht. Obwohl nahezu ein- und dieselben Länder an beiden Vertragsverhandlungen teilnahmen und beide Abkommen unterzeichneten, zeigt die aktuelle Entwicklung nur wenig Fortschritte.

Die explizite Forderung der Biodiversitätskonvention bei der Aufstellung von geistigen Eigentumsrechten zusammenzuarbeiten (Art. 16 Abs. 5 CBD) und so zu erreichen, dass diese und die allgemeinen Ziele Konvention sich gegenseitig unterstützen, wurde noch nicht erfüllt

Im Vertragstext des Übereinkommens über TRIPS lässt sich eine solche Forderung nur implizit vermuten (vgl. Art. 66f. TRIPS). Die vorgesehene Überprüfung des TRIPS-Abkommens erweist sich zudem als mühsamer Weg, Verbesserungen für die Bereitsteller genetischer Ressourcen durchzusetzen. Aber gerade in der Erweiterung des Schutzrechtskataloges des Übereinkommens über TRIPS könnte eine Lösung des Konfliktes um genetische Ressourcen liegen: durch das Hinzufügen eines neuen Rechtssystems, das speziell traditionelles und kollektives geistiges Eigentum vor Missbrauch durch Dritte schützt (Swaminathan 2000, S. 31).

Eine andere grundsätzliche Lösung könnte darin bestehen, die Forderungen der Biodiversitätskonvention durch weitere Umsetzungsprotokolle zu konkretisieren; etwa durch eines über die Biodiversität in der Landwirtschaft, welches das traditionelle Wissen und die Rechte der Bauern an pflanzengenetischen Ressourcen schützt. Neue Probleme ergäben sich dann aber wiederum durch Überschneidung mit den Regelungen des TRIPS-Abkommens und die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten (Swaminathan 2000, S. 31).

Sicherlich keine grundsätzliche Lösung des Konflikts stellt das von der UPOV entwickelte *sui generis*-System dar, das in seiner neuesten Fassung die Rechte von Bauern zu sehr vernachlässigt. Da das *International Undertaking* der FAO noch nicht abschließend mit den Regelungen der Biodiversitätskonvention in Einklang gebracht wurde, ist es noch zu früh zu sagen, ob die Erwartungen, die mit ihm von Seiten der Biodiversitätskonvention in Verbindung gebracht werden, gerechtfertigt sind.

7 Schluss

In dem in diesem Papier dargestellten Konflikt um genetische Ressourcen geht es um weit mehr als um die unterschiedliche Bedeutungszuweisung genetischer Ressourcen in zwei internationalen Abkommen. Es geht auch und besonders um Interessengegensätze materieller Art. Auf der einen Seite stehen die Industrieländer mit dem Wunsch, ihren Vorsprung in Forschung und Entwicklung und somit auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu behalten, und auf der anderen Seite fordern die Entwicklungsländer eine faire Chance, diesen Vorsprung aufholen zu können. Industrieländer treten bislang vor allem als Nutzer und Entwicklungsländer hauptsächlich als Bereitsteller genetischer Ressourcen auf. Aber nicht nur diese klassische Nord-Süd-Einteilung der vermeintlich wichtigsten Beteiligten erzeugt die besondere Brisanz der Kontroverse; vielmehr bestimmen auch weit weniger kalkulierbare Faktoren deren weitere Entwicklung.

Die Umweltverschmutzung ist zu einem gravierenden Problem der Menschheit geworden, das die Einteilung in Nord, Süd, Ost oder West zwar nicht im Sinne der Verursachung, im Sinne der Lösung des Problems aber sehr wohl erforderlich macht. Globale Probleme erfordern globale Lösungen. Die Forderung nach einer *nachhaltigen Entwicklung* muss deswegen ernst genommen werden. Ob die bisherigen politischen Ansätze zur Lösung globaler Umweltprobleme ausreichen und überhaupt international tragfähig sind bzw. werden, ist keineswegs sicher. Viele Experten fordern daher die systematische Entwicklung umweltfreundlicher Technologien und einen grundsätzlich sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Solche Forderungen sind nicht nur mit den Zielen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt und des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums vereinbar, sie sind vielmehr implizit Teil ihrer Zielsetzungen.

Wie oben ausführlich dargestellt wurde, ist es jedoch möglich, dass bei Einhaltung der Vorschriften des TRIPS-Abkommens verschiedene Regelungen der CBD verletzt werden können. Ihre Inhalte wurden also nicht aufeinander abgestimmt, wodurch wieder einmal entgegen dem Prinzip der *nachhaltigen Entwicklung* der Umweltschutz gegenüber der Wirtschaft benachteiligt wurde. Im Folgeprozess der Biodiversitätskonvention werden nun

Möglichkeiten gesucht, diesen Widerspruch aufzulösen. Es ist jedoch fraglich, inwieweit eine solche Lösung, wenn sie einseitig, d. h. nur bei der Umweltvereinbarungen und nicht auch bei den Wirtschaftsvereinbarungen vorgenommen wird, die aufgezeigten Diskrepanzen auch in der Praxis behebt.

Die weitere Vorgehensweise sollte daher in Zusammenarbeit von Biodiversitätskonvention und Welthandelsorganisation erfolgen. Die Bemühungen, bei einem Lösungsprozess auch andere Interessengruppen als nur Regierungsvertreter zu beteiligen, gehen dabei im Rahmen der Biodiversitätskonvention schon in die richtige Richtung, wenn auch die finanzielle sowie infrastrukturelle Unterstützung von indigenen Völkern, traditionellen Kleinbauern und Entwicklungsländern allgemein weiter verbessert werden muss, um ihnen die Teilnahme am Lösungsprozess zu ermöglichen und ihnen dessen Ergebnisse und Auswirkungen auch zu vermitteln. Der Konflikt um genetische Ressourcen bedarf zudem einer raschen Lösung, was durch regelmäßige Treffen einer von Biodiversitätskonvention und Welthandelsorganisation gemeinsam unterhaltenen Arbeitsgruppe beschleunigt werden könnte. Im Rahmen der Biodiversitätskonvention könnten zusätzlich Ausführungsprotokolle erlassen werden, die nicht nur mit ihren eigenen Regeln, sondern auch mit denen des TRIPS-Abkommens in Einklang stünden. Falls dies den Konflikt nicht ausreichend lösen würde, wäre zusätzlich eine Änderung des Übereinkommens über TRIPS erforderlich.

Das Ergebnis der Zusammenarbeit von Biodiversitätskonvention und Welthandelsorganisation könnte schließlich derart sein, dass die Regelungen der CBD gegenüber den Vorschriften des TRIPS-Abkommens Vorrang erhalten. Als Folge wäre eine Patenterteilung auf genetische Ressourcen nur dann möglich, wenn zuvor zwischen dem Bereitsteller der Ressource, der dann quasi die Funktion eines Anbieters einnähme, und dem Nutzer, der dann wie ein Nachfrager handelte, gegenseitiges Einvernehmen über die Bedingungen der Nutzung und den daraus folgenden Vorteilsausgleich erreicht worden wäre.

Eine solche, gemeinsam erarbeitete Lösung würde sowohl ökonomische Dimensionen als auch ökologische Ansprüche berücksichtigen. Sie wäre daher nicht nur sozial tragfähig, sondern würde auch eher von den beteiligten Akteuren in Industrie und traditioneller Landwirtschaft akzeptiert. Darüber hinaus könnte sie, entsprechend den Zielsetzungen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt und des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums, wesentlich dazu beitragen das natürliche und kulturelle Erbe der Menschheit zu bewahren.

Primärquellen

Agreement Establishing the World Trade Organization, in: 33 I.L.M. 1144 (1994). In: *Final Act Embodying the Results of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations*.

Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (Agreement on TRIPS). Marrakesch, 15. April 1994. In Kraft getreten am 1. Januar 1995. In: 33 I.L.M. 1197 (1994). Deutsche Übersetzung in: BGBI. 1994 H, S. 1730.

Convention on Biological Diversity (CBD). Rio de Janeiro, 5. Juni 1992. In Kraft getreten am 29. Dezember 1993. In: 31 I.L.M. 818 (1992). Deutsche Übersetzung in: BGBI. 1993 II, S. 1742.

Final Act Embodying the Results of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations. In: I.L.M. 1143 (1994).

Patent Nr. US 5.124.349 („Storage stable azadirachtin formulation“), eingereicht am 31. Oktober 1990, veröffentlicht am 23. Juni 1992.

Patent Nr. EP 0.436.257 („Method for controlling fungi on plants by the aid of a hydrophobic extracted neem oil“), eingereicht am 20. Dezember 1990, veröffentlicht am 10. Juli 1991.

Patent Nr. US 5.663.483 („Basmati rice lines and grains“), eingereicht am 8. Juli 1994, veröffentlicht am 2. September 1997.

Understanding on Rules and Procedures Governing the Settlement of Disputes. In: 33 I.L.M. 1226 (1994). Als Annex 2 des *Agreement Establishing the World Trade Organization*.

UNEP-Dokumente:

UNEP/CBD/COP/2/19: Report of the Second Meeting of the Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity. Vom 30. November 1995.

UNEP/CBD/COP/4/27: Report of the fourth Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity. Vom 15. Juni 1998.

UNEP/CBD/COP/5/5: Report of the Working Group on the Implementation of Article 8(j) and Related Provisions. Vom 12. April 2000.

UNEP/CPD/COP/5/8: Report of the Panel of Experts on Access and Benefit-Sharing. Vom 22. Juni 2000.

UNEP/CBD/COP/5/23: Report of the fifth Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity. Vom 22. Juni 2000.

UNEP/CBD/QR/10: Quarterly Report on the Administration of the Convention on Biological Diversity. Vom 26. Oktober 2000.

WTO-Dokument:

IP/C/19: Annual report (1999) of the Council for TRIPS. Vom 22. Oktober 1999.

Literatur

- Abbott, Frederick M.*: Distributed Governance at the WTO-WIPO: An Evolving Model for Open-Architecture Integrated Governance, in: *Journal of International Economic Law*, Vol. 3, Nr. 1, 2000, S. 63-81.
- Acharya, Rohini*: Intellectual Property, Biotechnology and Trade. The Impact of the Uruguay Round on Biodiversity. Nairobi and Maastricht: Acts Press 1992.
- Altner, Günter/von-Meibom, Barbara/Simonis, Udo E. und Ernst U. von Weizsäcker* (Hrsg.): *Jahrbuch Ökologie* 1998. München: C. H. Beck 1997.
- Anderson, Robert DJGallini, Nancy T.*: Competition Policy and Intellectual Property Rights in the Knowledge-Based Economy. Calgary: University of Calgary Press 1998.
- Asebey, Edgar J/Kempenaar, Hill D.*: Biodiversity Prospecting: Fulfilling the Mandate of the Biodiversity Convention, in: *Vanderbilt Journal of Transnational Law*, Vol. 28, Nr. 4, 1995, S. 703-754.
- Becker-Soest, Dorothee*: Institutionelle Vielfalt zur Begrenzung von Unsicherheit: Ansatzpunkte zur Bewahrung von Biodiversität in einer liberalen Wettbewerbsgesellschaft. Marburg: Metropolis-Verlag 1998.
- Beier, Friedrich-Karl/Schricker, Gerhard* (Eds.): *From GATT to TRIPs*. Weinheim: VCH Verlag 1996.
- Benedek, Wolfgang*: *Die Welthandelsorganisation (WTO)*. München: C. H. Beck 1998.
- Biermann, Frank*: *Weltumweltpolitik zwischen Nord und Süd*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998.
- Bilderbeek, Simone* (Hrsg.): *Biodiversity and International Law - The Effectiveness of International Environmental Law*. Amsterdam, Oxford, Washington D.C., and Tokyo: IOS Press 1992.
- Bilderbeek, Simone*: Biodiversity as Political Game, in: *Politics and the Life Sciences*, Vol. 12, Nr. 2, 1993, S. 265-272.
- Blakeney, Michael*: *Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights: A Concise Guide to the TRIPS Agreement*. London: Sweet & Maxwell 1996.
- BML* (Hrsg.): *Genetische Ressourcen für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten*. Münster: Landwirtschaftsverlag 2000.
- Bowman, Michael/Redgwell, Catherine* (Eds.): *International Law and the Conservation of Biological Diversity*. London, The Hague and Boston: Kluwer Law International 1996.
- Braga, Carlos/Fink, Carsten*: Reforming Intellectual Property Rights Regimes: Challenges for Developing Countries, in: *Journal of International Economic Law*, Vol. 1, Nr. 4, 1998, S. 537-554.
- Büchel, Dominik/Brauchbar, Mathis*: *Patente in der Bio- und Gentechnologie*. Basel: Interpharma 1997.
- Callan, Bénédicte*: *Pirates on the High Seas*. New York: US Council on Foreign Relations 1998.
- Centre for European Agricultural Studies* (Ed.): *Study on the Relationship between the Agreement on TRIPS and Biodiversity Related Issues. Final Report*. Brussels: European Commission, September 2000.
- Charnovitz, Steve*: Patent Harmonization under World Trade Rules, in: *The Journal of World Intellectual Property*, Vol. 1, Nr. 1, 1998, S. 127-137.
- Correa, Carlos Maria*: Implementing the TRIPS Agreement in the Patents Field, in: *The Journal of World Intellectual Property*, Vol. 1, Nr. 1, 1998, S. 75-99.
- Delbrück, Jost/Hofmann, Miner* (Eds.): *German Yearbook of International Law*, Vol. 39. Berlin: Duncker & Humblot 1996.
- Delbrück, Jost/Hofmann, Rainer* (Eds.): *German Yearbook of International Law*, Vol. 40. Berlin: Duncker & Humblot 1997.

- Devraj, Ranjit*: „Basmati“ patent win not final, soy food securely experts, in: Third World Network, 8 October 2000. Erhältlich unter <http://www.twinside.org.sg/title/basmati.htm>. Stand vom 8. November 2000.
- Dobson, Andrew P.*: Biologische Vielfalt und Naturschutz - Der riskierte Reichtum. Heidelberg, Berlin und Oxford: Spektrum Akademischer Verlag 1997.
- Downes, David R./Van Dyke, Brennan*: Fisheries Conservation and Trade Rules: Ensuring That Trade Law Promotes Sustainable Fisheries. Washington: CIEL/Greenpeace 1998.
- Duran, Esperanza/Michalopoulos, Constantine*: Intellectual Property Rights and Developing Countries in the WTO Millenium Round, in: The Journal of World Intellectual Property, Vol. 2, Nr. 5, 1999, S. 853-874.
- Earth Negotiations Bulletin*: Summary Report of the Expert's Panel on Access and Benefit-Sharing: 4-8 October 1999. Vol. 9, Nr. 131. Published by the International Institute for Sustainable Development, 11. October 1999.
- Erbisch, Frederic H./Fischer, Andrew J.*: Transferring Intellectual Properties, in: *Erbisch/Maredia* 1998, S. 31-47.
- Erbisch, Frederic H/Maredia, Karim M.* (Eds.): Intellectual Property Rights in Agricultural Biotechnology. New York: CAB International 1998.
- Erbisch/Velazquez*: Introduction to Intellectual Properties, in: *Erbisch/Maredia* 1998, S. 3-17.
- Erklärung von Bern*: Mediendossier: Das Basmati-Patent. Vom 24. September 1999. Erhältlich unter http://www.evb.ch/mediendossier_basmati-patent.htm. Stand vom 8. November 2000.
- Evans, Gail E.*: Intellectual Property as a Trade Issue, in: World Competition, Vol. 18, Nr. 2, 1994, S. 137-180.
- Evans, Gail E.*: Intellectual Property Disputes and the Supercourt of the WTO: The Case for a New Model of Dispute Resolution, in: Prometheus, Vol. 16, Nr. 3, 1998, S. 395-410.
- Fisch, Gerhard/Speyer, Bernhard*: TRIPs as an Adjustment Mechanism in North-South Trade, in: Inter-economics, Vol. 30, Nr. 2, 1995, S. 65-69.
- Flitner, Michael*: Biodiversität oder: Das Öl, das Meer und die „Tragödie der Gemeingüter“, in: *Görg et al.* 1999, S. 53-70.
- Flitner, Michael/Görg, Christoph und Volker Heins*: (Hrsg.): Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik. Opladen: Leske + Budrich 1998.
- Frowein, Jochen A./Wolfrum, Rüdiger* (Eds.): Max Planck Yearbook of United Nations Law, Vol. 3. London, The Hague and Boston: Kluwer Law International 1999.
- Gadgil, Madhav/Utkarsh, Ghate*: IPR and Agricultural Technology: Linking the Micro- and the Macro-Scales, in: Indian Journal of Agricultural Economics, Vol. 54, Nr. 3, 1999, S. 327-341.
- Garner, Robert*: PROFILES - Biodiversity since Rio, in: Environmental Politics, Vol. 8, 2, 1999, S. 148-152.
- Gerster, Richard*: Patents and Development. A Non-Government Organization View Prior to Revision of the TRIPS Agreement, in: The Journal of World Intellectual Property, Vol. 1, Nr. 4, 1998, S. 605-619.
- Gettkant, Andreas/Simonis, Udo E. und Jessica Suplie*: Die Biodiversitätskonvention. Vom Verhandeln zum Handeln, in: *Altner et al.* 1997, S. 82-93.
- Geuze, Matthijs/Wager, Hannu*: WTO Dispute Settlement Practice Relating to the TRIPS Agreement, in: Journal of International Economic Law, Vol. 2, Nr. 2, 1999, S. 347-384.
- Ginarte, Juan C./Park, Walter G.*: Determinants of Patent Rights: A cross-national Study, in: Research Policy, Vol. 26, Nr. 3, 1997, S. 283-301.
- Girsberger, Martin A.*: The Protection of Traditional Plant Genetic Resources for Food and Agriculture and the Related Know-How by Intellectual Property Rights in International Law, in: The Journal of World Intellectual Property, Vol. 1, Nr. 6, 1998, S. 1017-1078.

- Görg, Christoph/Heuchler, Christine/Schramm, Engelbert und Michael Weingarten (Hrsg.): Zugänge zur Biodiversität. Marburg: Metropolis-Verlag 1999.
- Grimmig, Martina: Das Fischgift der Karina. Ebenen der Diskussion um indigene Völker und biologische Vielfalt, in: Görg *et al.* 1999, S. 145-167.
- Guérin, Cécile: Die Jagd auf das „grüne Gold“ ist eröffnet, in: UNESCO Kurier, Vol. 41, Nr.5/6, 2000, S. 22f.
- Hampicke, Ulrich: The Limits to Economic Valuation of Biodiversity, in: International Journal of Social Economics, Vol. 26, Nr. 1-3, 1999, S. 158-173.
- Hauchler, Ingomar/Nessler, Dirk und Franz Nuscheler (Hrsg.): Globale Trends 2000 - Fakten, Analysen, Prognosen. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag 1999.
- Hawtin, Geoffrey C.: Genetische Vielfalt sichert die Nahrungsmittelversorgung, in: UNESCO Kurier, Vol. 41, Nr. 5/6, 2000, S. 19-21.
- Heins, Volker: Früchte des Wissens, in: *Martinsen* 1997.
- Heins, Volker/Flitner, Michael: Biologische Ressourcen und „Life Politics“, in: *Flitner et al.* 1998, S. 13-38.
- Henne, Gudrun: Genetische Vielfalt als Ressource. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998.
- Henne, Gudrun/Fakir, Saliem: The Regime Building of the Convention on Biological Diversity on the Road to Nairobi, in: *Frowein/Wolfrum* 1999, S. 315-361.
- Hummel, Matthias E.: Artensterben - Ausmaß und Ursachen, in: *Hummel et al.* 1998.
- Hummel, Matthias E/Scheffian, Jürgen und Hans-Reiner Simon (Hrsg.): Konfliktfeld Biodiversität. Darmstadt: Technische Universität Darmstadt, 1998.
- Jain, Meetal: Global Trade and the New Millenium: Defining the Scope of Intellectual Property Protection of Plant Genetic Resources and Traditional Knowledge in India, in: Hastings International & Comparative Law Review, Vol. 22, 1999, S. 777-819.
- Jeremiah, Joanna R: Merchandising Intellectual Property Rights. Chichester, New York: John Wiley & Sons 1997.
- Johnston, Sam: Sustainability, Biodiversity an International Law, in: *Bowman/Redgwell* 1996, S. 51-69.
- Kaisiepo, V.: Future Role of the Indigenous Peoples, in: *Bilderbeek* 1992, S. 36-38. Kiefer, C.: Die ökonomische Bewertung von Biodiversität, in *Hummel et al.* 1998.
- King, Amanda B./Eyzaguirre, Pablo B.: Intellectual property rights and agricultural biodiversity: Literature addressing the suitability of IPR for the protection of indigenous resources, in: Agriculture and Human Values, Nr. 16, 1999, S. 41-49.
- Knaak, Roland: The Protection of Geographical Indications According to the TRIPs Agreement, in: *Beier/Schricker* 1996, S. 117-140.
- Knight, Danielle: Groups take Legal Action to End US „Biopiracy“, in: Third World Network 2000. Erhältlich unter <http://www.twinside.org.sg>. Stand vom 8. November 2000.
- König, Barbara/Linsenmair, Eduard (Hrsg.): Biologische Vielfalt. Heidelberg, Berlin und Oxford: Spektrum Akademischer Verlag 1996.
- König, Barbara/Linsenmair, Eduard: Einführung, in: *König/Linsenmair* 1996.
- Kreibich, Rolf/Simonis, Udo E. (Hrsg.): Global Change - Globaler Wandel: Ursachenkomplexe und Lösungsansätze. Causal Structure and Indicative Solutions. Berlin: Berlin Verlag 2000.
- Lanjouw, Jean O./Cockburn, Iain: Do Patents Matter?: Empirical Evidence after GATT. Working Paper 7495. Cambridge MA: National Bureau of Economic Research 2000.
- Lee, Karen/von Lewinski, Silke: The Settlement of International Disputes in the Field of Intellectual Property, in: *Beier/Schricker* 1996, S. 278-328.
- Lerner, Josh: 150 Years of Patent Protection. Working Paper Nr. 00-040. Boston: Harvard Business School 1999.

- Machlup, Fritz*: Die wirtschaftlichen Grundlagen des Patentrechts, in: *Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.* 2000.
- Martinsen, Renate* (Hrsg.): Politik und Biotechnologie: Die Zumutung der Zukunft. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1997.
- Maskus, Keith E.*: The International Regulation of Intellectual Property, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Vol. 2, Nr. 134, 1998, S. 186-208.
- McCalman, Phillip*: Reaping What You Saw: An Empirical Analysis of Patent Harmonization. Working Paper No. 374. Canberra: Australian National University 1999.
- McNeely, Jeffrey A.*: The CBD: A Solid Foundation for Effective Action, in: *Environmental Conservation*, Vol. 26, Nr. 4, 1999, S. 250-251.
- McNeely, Jeffery A./Miller, Kenton R./Reid, Walter V./Mittermier, Russel A. and Timothy B. Werner*: Conserving the World's Biological Diversity. Gland and Washington, D. C.: The World Bank, World Resources Institute, Conservation International, World Wildlife Fund US and IUCN 1990.
- McNeely, Jeffrey A./Rojas, Martha and Caroline Martinet*: The Convention on Biological Diversity : Promise and Frustration, in: *Journal of Environment & Development*, Vol. 4, Nr. 2, 1995, S. 33-53.
- Meyer, Hartmut*: Kompromissbereitschaft setzt sich fort. Bericht über die 5. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die Biologische Vielfalt in Nairobi, in: *Forum Umwelt & Entwicklung*, Rundbrief 2/2000, S. 3-5.
- Mossinghoff, Gerald J./Bombelles, Thomas*: The Biodiversity Convention and Intellectual Property Rights: Conflict or Harmony? in: *Patent World*, October 1998, S. 27-30.
- Mossinghoff, Gerald J./Bombelles, Thomas*: The Importance of Intellectual Property Protection to the American Research-Intensive Pharmaceutical Industry, in: *The Columbia Journal of World Business*, Vol. 31, Nr. 1, 1996, S. 38-48.
- Müller, Frank G.*: Does the Convention on Biodiversity Safeguard Biological Diversity?, in: *Environmental Values*, Nr. 9, 2000, S. 55-80.
- Nayar, Jayakumar/Ong, David M.*: Developing Countries, „Development" and the Conservation of Biological Diversity, in: *Bowman/Redgwell* 1996, S. 235-253.
- Nijar, Gurdial S.*: TRIPs and Biodiversity. The Threat and Responses. 2nd edition. Penang: Third World Network 1998.
- o. V.*: India challenges basmati patent, in: *The Times of India*, 24 July 2000. Erhältlich unter <http://www.timesofindia.com>. Stand vom 8. November 2000.
- OECD*: Economic Issues in Benefit Sharing: Concepts and Practical Experiences. OECD Document: ENV/EPOC/GEEL/BIO(98)7/FINAL. Paris 1999.
- Often, Adrian*: Implementation of the TRIPs Agreement and Prospects for its Further Development, in: *Journal of International Economic Law*, Vol. 1, Nr. 4, 1998, S. 523-536.
- Peifer, Karl-Nikolaus*: Brainpower and Trade: The Impact of TRIPs on Intellectual Property, in: *Delbrück/Hofmann* 1996, S. 100-133.
- Peifer, Karl-Nikolaus*: WIPO: Introduction to Intellectual Property. Theory and Practice, in: *Delbrück/Hofmann* 1997, S. 654-656.
- Penna, Anil*: Activists claim victory as Neem patent is revoked, in: *India Abroad*, 19 May 2000. Erhältlich unter <http://www.indiaabroadonline.com>. Stand vom 8. November 2000.
- Perrin, Richard K.*: Intellectual Property Rights and Developing Countries Agriculture, in: *Agricultural Economics*, Vol. 21, Nr. 3, 1999, S. 221-229.
- Path, Robert*: GENug GENossen, in: *Wirtschaft und Umwelt*, Nr. 2, 2000, S. 21-24.
- Prakash, Siddhartha*: WTO Rules. Do they Conserve or Threaten Biodiversity? In: *The Journal of World Intellectual Property*, Vol. 3, Nr. 1, 2000, S. 155-165.

- Preusse, Heinz Gert*: Die Welthandelsorganisation (WTO) und die geistigen Eigentumsrechte, in: Aussenwirtschaft, Vol. 51, Nr. 1, 1996, S. 25-50.
- Ramachandran, R.*: Challenging the basmati patent, in: Frontline, Vol. 17, Nr. 10, 2000. Erhältlich unter <http://www.the-hindu.com>. Stand vom 8. November 2000.
- Raustiala, Kal/Victor, David G.*: Biodiversity Since Rio - The Future of the Convention on Biological Diversity, in: Environment, Vol. 38, Nr. 4, 1996, S. 17-45.
- Rose, Gregory*: International Regimes for the Conservation and Control of Plant Genetic Resources, in: *Bowman/Redgwell* 1996, S. 145-169.
- Seiler, Achim*: Die Bestimmungen des WTO-TRIPS-Abkommens und die Optionen zur Umsetzung des Art. 27.3(b): Patente, Sortenschutz, Sui Generis. Studie im Auftrag der GTZ. Eschborn: GTZ 1999.
- Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.* (Hrsg.): Fragen der Freiheit, Heft 253: Januar-März 2000.
- Shiva, Vandana*: Monocultures of the Mind. 2nd edition. Penang: Third World Resurgence 1995.
- Shiva, Vandana*: The Enclosure of the Commons, in: Third World Network, Nr. 84, 1997, S. 5-10.
- Simon, Hans-Reiner*: Artenzahlen und Biodiversität, in: *Hummel et al.* 1998.
- Simonis, Udo E.* (Hrsg.): Weltumweltpolitik - Grundriss und Bausteine eines neuen Politikfeldes. Berlin: edition sigma 1996.
- Simonis, Udo E.*: Ökonomie und Ökologie. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin 2000.
- Simonis, Udo E.*: Internationalisierung der Umweltpolitik, in: *Simonis* 2000, S. 85-100.
- Simpson, Tony*: Indigenous Heritage and Self-Determination. Copenhagen: Forest Peoples Programme 1997.
- Suplie, Jessica*: Globale Biodiversitätspolitik - Konvention und Protokolle, in: *Simonis*, 1996.
- Suplie, Jessica*: Stand und Fortentwicklung der internationalen Biodiversitätspolitik, in: *Kreibich/Simonis* 2000, S.119-138.
- Sutherland, Johanna*: TRIPS, Cultural Politics and Law Reform, in: *Prometheus*, Vol. 16, Nr. 3, 1998, S. 291-303.
- Swaminathan, M. S.*: Für eine Weltethik zu Schutz und Erhaltung des Lebens, in: UNESCO Kurier, Vol. 41, Nr. 5/6, 2000, S. 30f.
- Swanson, Timothy M.*: Global Action for Biodiversity. London: Earthscan 1997.
- Swanson, Timothy/Johnston, Sam*: Global Environmental Problems and International Environmental Agreements: The Economics of International Institution Building. Northampton: Edward Elgar Publishing 1999.
- Takalo, Tuomas*: On the Socially Optimal Patent Policy. Discussion Paper No. 458. Helsinki: University of Helsinki 1999.
- Tancer, Robert S.*: The Pharmaceutical Industry in India, in: The Journal of World Intellectual Property, Vol. 2, Nr.2, 1999, S. 171-187.
- Third World Network*: More than 200 organisations from 35 nations challenge US patent on Neem. Erhältlich unter <http://www.twinside.org.sg>. Stand vom 8. November 2000.
- Thorbrietz, Petra*: Kampf ums grüne Gold, in: Die Woche, 19. Mai 2000, S. 29.
- Thumm, Nikolaus*: Neubeurteilung von Patenten als Schutzmittel, in: The IPTS Report, Nr. 43, April 2000, S. 29-35.
- Tomar, David K.*: A Look into the WTO Pharmaceutical Patent Dispute between the United States and India, in: *Wisconsin International Law Journal*, Vol. 17, Nr. 3, 1999, S. 579-603.
- UNEP*: Report on International Scientific Advisory Processes on the Environment and Sustainable Development. Nairobi: UNEP 1998.
- USPTO*: General Information Concerning Patents. Print brochure. In Auszügen erhältlich unter <http://www.uspto.gov>. Stand vom 8. November 2000.

- Utkarsh, Ghate/Gadgil, Madhav and P.R. Sheshagiri Rao*: Intellectual Property Rights on Biological Resources : Benefiting from Biodiversity and People's Knowledge, in: *Current Science*, Vol. 77, Nr. 11, 1999, S. 1418-1425.
- Vandoren, Paul*: The Implementation of the TRIPS Agreement, in: *The Journal of World Intellectual Property*, Vol. 1, Nr. 2, 1999, S. 25-34.
- Verma, S. K.*: The Biodiversity Convention and Intellectual Property Rights: A Study in Sustainable Development, in: *India Quaterly*, Vol. 51, Nr. 1, 1995, S. 5-18.
- Vorholz, Fritz*: Interview mit Klaus Töpfer, in: *Die Zeit*, Nr. 44, 26. Oktober 2000, S. 30.
- Waiden, Ian*: Intellectual Property Rights and Biodiversity, in: *Bowman/Redgwell* 1996.
- Watal, Jayashree*: TRIPS and the 1999 WTO Millenium Round, in: *The Journal of World Intellectual Property*, Vol. 3, Nr. 1, 2000, 3-29.
- WBGU 2000*: Welt im Wandel: Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Biosphäre. Berlin, Heidelberg und New York: Springer Verlag 2000.
- von Weizsäcker, Christine*: Warum ist das Biosafety-Protokoll so wichtig? In: *Kreibich/Simonis* 2000, S. 231-243.
- Wilson, Edward O.*: Der Wert der Vielfalt. München: Piper 1995.
- Wilson, Edward O.*: SOS auf der Arche Noah, in: *UNESCO Kurier*, Vol. 41, Nr. 5/6, 2000, S. 14f.
- Wolfrum, Rüdiger/Stoll, Peter-Tobias*: Der Zugang zu genetischen Ressourcen nach dem Obereinkommen über die biologische Vielfalt und dem deutschen Recht. Berlin: Erich Schmidt Verlag 1996.
- World Trade Organization*: <http://www.wto.org>. Stand vom 8. November 2000. *WTO* (Hrsg.): Focus, May-June, Nr. 46, 2000.

Anhang I: CONVENTION ON BIOLOGICAL DIVERSITY*

5 JUNE 1992

Preamble

The Contracting Parties,

Conscious of the intrinsic value of biological diversity and of the ecological, genetic, social, economic, scientific, educational, cultural, recreational and aesthetic values of biological diversity and its components,

Conscious also of the importance of biological diversity for evolution and for maintaining life sustaining systems of the biosphere,

Affirming that the conservation of biological diversity is a common concern of humankind,

Reaffirming that States have sovereign rights over their own biological resources,

Reaffirming also that States are responsible for conserving their biological diversity and for using their biological resources in a sustainable manner,

Concerned that biological diversity is being significantly reduced by certain human activities,

Aware of the general lack of information and knowledge regarding biological diversity and of the urgent need to develop scientific, technical and institutional capacities to provide the basic understanding upon which to plan and implement appropriate measures,

Noting that it is vital to anticipate, prevent and attack the causes of significant reduction or loss of biological diversity at source,

Noting also that where there is a threat of significant reduction or loss of biological diversity, lack of full scientific certainty should not be used as a reason for postponing measures to avoid or minimize such a threat,

Noting farther that the fundamental requirement for the conservation of biological diversity is the *in-situ* conservation of ecosystems and natural habitats and the maintenance and recovery of viable populations of species in their natural surroundings,

Noting farther that *ex-situ* measures, preferably in the country of origin, also have an important role to play,

* Vom Abdruck der beiden Anlagen, die der Konvention im Original angefügt sind, wird hier abgesehen.

Recognizing the close and traditional dependence of many indigenous and local communities embodying traditional lifestyles on biological resources, and the desirability of sharing equitably benefits arising from the use of traditional knowledge, innovations and practices relevant to the conservation of biological diversity and the sustainable use of its components,

Recognizing also the vital role that women play in the conservation and sustainable use of biological diversity and affirming the need for the full participation of women at all levels of policy-making and implementation for biological diversity conservation,

Stressing the importance of, and the need to promote, international, regional and global cooperation among States and intergovernmental organizations and the non-governmental sector for the conservation of biological diversity and the sustainable use of its components,

Acknowledging that the provision of new and additional financial resources and appropriate access to relevant technologies can be expected to make a substantial difference in the world's ability to address the loss of biological diversity,

Acknowledging further that special provision is required to meet the needs of developing countries, including the provision of new and additional financial resources and appropriate access to relevant technologies,

Noting in this regard the special conditions of the least developed countries and small island States,

Acknowledging that substantial investments are required to conserve biological diversity and that there is the expectation of a broad range of environmental, economic and social benefits from those investments,

Recognizing that economic and social development and poverty eradication are the first and overriding priorities of developing countries,

Aware that conservation and sustainable use of biological diversity is of critical importance for meeting the food, health and other needs of the growing world population, for which purpose access to and sharing of both genetic resources and technologies are essential,

Noting that, ultimately, the conservation and sustainable use of biological diversity will strengthen friendly relations among States and contribute to peace for humankind,

Desiring to enhance and complement existing international arrangements for the conservation of biological diversity and sustainable use of its components, and

Determined to conserve and sustainably use biological diversity for the benefit of present and future generations,

Have agreed as follows:

Article 1. Objectives

The objectives of this Convention, to be pursued in accordance with its relevant provisions, are the conservation of biological diversity, the sustainable use of its components and the fair and equitable sharing of the benefits arising out of the utilization of genetic resources, including by appropriate access to genetic resources and by appropriate transfer of relevant technologies, taking into account all rights over those resources and to technologies, and by appropriate funding.

Article 2. Use of Terms

For the purposes of this Convention:

"Biological diversity" means the variability among living organisms from all sources including, *inter alia*, terrestrial, marine and other aquatic ecosystems and the ecological complexes of which they are part; this includes diversity within species, between species and of ecosystems.

"Biological resources" includes genetic resources, organisms or parts thereof, populations, or any other biotic component of ecosystems with actual or potential use or value for humanity.

"Biotechnology" means any technological application that uses biological systems, living organisms, or derivatives thereof, to make or modify products or processes for specific use.

"Country of origin of genetic resources" means the country which possesses those genetic resources in *in-situ* conditions.

"Country providing genetic resources" means the country supplying genetic resources collected from *in-situ* sources, including populations of both wild and domesticated species, or taken from *ex-situ* sources, which may or may not have originated in that country.

"Domesticated or cultivated species" means species in which the evolutionary process has been influenced by humans to meet their needs.

"Ecosystem" means a dynamic complex of plant, animal and micro-organism communities and their non-living environment interacting as a functional unit.

"Ex-situ conservation" means the conservation of components of biological diversity outside their natural habitats.

"Genetic material" means any material of plant, animal, microbial or other origin containing functional units of heredity.

"Genetic resources" means genetic material of actual or potential value.

"Habitat" means the place or type of site where an organism or population naturally occurs.

"In-situ conditions" means conditions where genetic resources exist within ecosystems and natural habitats, and, in the case of domesticated or cultivated species, in the surroundings where they have developed their distinctive properties.

"In-situ conservation" means the conservation of ecosystems and natural habitats and the maintenance and recovery of viable populations of species in their natural surroundings and, in the case of domesticated or cultivated species, in the surroundings where they have developed their distinctive properties.

"Protected area" means a geographically defined area which is designated or regulated and managed to achieve specific conservation objectives.

"Regional economic integration organization" means an organization constituted by sovereign States of a given region, to which its member States have transferred competence in respect of matters governed by this Convention and which has been duly authorized, in accordance with its internal procedures, to sign, ratify, accept, approve or accede to it.

"Sustainable use" means the use of components of biological diversity in a way and at a rate that does not lead to the long-term decline of biological diversity, thereby maintaining its potential to meet the needs and aspirations of present and future generations.

"Technology" includes biotechnology.

Article 3. Principle

States have, in accordance with the Charter of the United Nations and the principles of international law, the sovereign right to exploit their own resources pursuant to their own environmental policies, and the responsibility to ensure that activities within their jurisdiction or control do not cause damage to the environment of other States or of areas beyond the limits of national jurisdiction.

Article 4. Jurisdictional Scope

Subject to the rights of other States, and except as otherwise expressly provided in this Convention, the provisions of this Convention apply, in relation to each Contracting Party:

(a) In the case of components of biological diversity, in areas within the limits of its national jurisdiction; and

(b) In the case of processes and activities, regardless of where their effects occur, carried out under its jurisdiction or control, within the area of its national jurisdiction or beyond the limits of national jurisdiction.

Article 5. Cooperation

Each Contracting Party shall, as far as possible and as appropriate, cooperate with other Contracting Parties, directly or, where appropriate, through competent international organizations, in respect of areas beyond national jurisdiction and on other matters of mutual interest, for the conservation and sustainable use of biological diversity.

Article 6. General Measures for Conservation and Sustainable Use

Each Contracting Party shall, in accordance with its particular conditions and capabilities:

- (a) Develop national strategies, plans or programmes for the conservation and sustainable use of biological diversity or adapt for this purpose existing strategies, plans or programmes which shall reflect, *inter alia*, the measures set out in this Convention relevant to the Contracting Party concerned; and
- (b) Integrate, as far as possible and as appropriate, the conservation and sustainable use of biological diversity into relevant sectoral or cross-sectoral plans, programmes and policies.

Article 7. Identification and Monitoring

Each Contracting Party shall, as far as possible and as appropriate, in particular for the purposes of Articles 8 to 10:

- (a) Identify components of biological diversity important for its conservation and sustainable use having regard to the indicative list of categories set down in Annex I;
- (b) Monitor, through sampling and other techniques, the components of biological diversity identified pursuant to subparagraph (a) above, paying particular attention to those requiring urgent conservation measures and those which offer the greatest potential for sustainable use;
- (c) Identify processes and categories of activities which have or are likely to have significant adverse impacts on the conservation and sustainable use of biological diversity, and monitor their effects through sampling and other techniques; and
- (d) Maintain and organize, by any mechanism data, derived from identification and monitoring activities pursuant to subparagraphs (a), (b) and (c) above.

Article 8. In-situ Conservation

Each Contracting Party shall, as far as possible and as appropriate:

- (a) Establish a system of protected areas or areas where special measures need to be taken to conserve biological diversity;

- (b) Develop, where necessary, guidelines for the selection, establishment and management of protected areas or areas where special measures need to be taken to conserve biological diversity;
- (c) Regulate or manage biological resources important for the conservation of biological diversity whether within or outside protected areas, with a view to ensuring their conservation and sustainable use;
- (d) Promote the protection of ecosystems, natural habitats and the maintenance of viable populations of species in natural surroundings;
- (e) Promote environmentally sound and sustainable development in areas adjacent to protected areas with a view to furthering protection of these areas;
- (f) Rehabilitate and restore degraded ecosystems and promote the recovery of threatened species, *inter alia*, through the development and implementation of plans or other management strategies;
- (g) Establish or maintain means to regulate, manage or control the risks associated with the use and release of living modified organisms resulting from biotechnology which are likely to have adverse environmental impacts that could affect the conservation and sustainable use of biological diversity, taking also into account the risks to human health;
- (h) Prevent the introduction of, control or eradicate those alien species which threaten ecosystems, habitats or species;
- (i) Endeavour to provide the conditions needed for compatibility between present uses and the conservation of biological diversity and the sustainable use of its components;
- (j) Subject to its national legislation, respect, preserve and maintain knowledge, innovations and practices of indigenous and local communities embodying traditional lifestyles relevant for the conservation and sustainable use of biological diversity and promote their wider application with the approval and involvement of the holders of such knowledge, innovations and practices and encourage the equitable sharing of the benefits arising from the utilization of such knowledge, innovations and practices;
- (k) Develop or maintain necessary legislation and/or other regulatory provisions for the protection of threatened species and populations;
- (l) Where a significant adverse effect on biological diversity has been determined pursuant to Article 7, regulate or manage the relevant processes and categories of activities; and
- (m) Cooperate in providing financial and other support for *in-situ* conservation outlined in subparagraphs (a) to (l) above, particularly to developing countries.

Article 9. Ex-situ Conservation

Each Contracting Party shall, as far as possible and as appropriate, and predominantly for the purpose of complementing *in-situ* measures:

- (a) Adopt measures for the *ex-situ* conservation of components of biological diversity, preferably in the country of origin of such components;
- (b) Establish and maintain facilities for *ex-situ* conservation of and research on plants, animals and micro-organisms, preferably in the country of origin of genetic resources;
- (c) Adopt measures for the recovery and rehabilitation of threatened species and for their reintroduction into their natural habitats under appropriate conditions;
- (d) Regulate and manage collection of biological resources from natural habitats for *ex-situ* conservation purposes so as not to threaten ecosystems and *in-situ* populations of species, except where special temporary *ex-situ* measures are required under subparagraph (c) above; and
- (e) Cooperate in providing financial and other support for *ex-situ* conservation outlined in subparagraphs (a) to (d) above and in the establishment and maintenance of *ex-situ* conservation facilities in developing countries.

Article 10. Sustainable Use of Components of Biological Diversity

Each Contracting Party shall, as far as possible and as appropriate:

- (a) Integrate consideration of the conservation and sustainable use of biological resources into national decision-making;
- (b) Adopt measures relating to the use of biological resources to avoid or minimize adverse impacts on biological diversity;
- (c) Protect and encourage customary use of biological resources in accordance with traditional cultural practices that are compatible with conservation or sustainable use requirements;
- (d) Support local populations to develop and implement remedial action in degraded areas where biological diversity has been reduced; and
- (e) Encourage cooperation between its governmental authorities and its private sector in developing methods for sustainable use of biological resources.

Article 11. Incentive Measures

Each Contracting Party shall, as far as possible and as appropriate, adopt economically and socially sound measures that act as incentives for the conservation and sustainable use of components of biological diversity.

Article 12. Research and Training

The Contracting Parties, taking into account the special needs of developing countries, shall:

(a) Establish and maintain programmes for scientific and technical education and training in measures for the identification, conservation and sustainable use of biological diversity and its components and provide support for such education and training for the specific needs of developing countries;

(b) Promote and encourage research which contributes to the conservation and sustainable use of biological diversity, particularly in developing countries, *inter alia*, in accordance with decisions of the Conference of the Parties taken in consequence of recommendations of the Subsidiary Body on Scientific, Technical and Technological Advice; and

(c) In keeping with the provisions of Articles 16, 18 and 20, promote and cooperate in the use of scientific advances in biological diversity research in developing methods for conservation and sustainable use of biological resources.

Article 13. Public Education and Awareness

The Contracting Parties shall:

(a) Promote and encourage understanding of the importance of, and the measures required for, the conservation of biological diversity, as well as its propagation through media, and the inclusion of these topics in educational programmes; and

(b) Cooperate, as appropriate, with other States and international organizations in developing educational and public awareness programmes, with respect to conservation and sustainable use of biological diversity.

Article 14. Impact Assessment and Minimizing Adverse Impacts

1. Each Contracting Party, as far as possible and as appropriate, shall:

(a) Introduce appropriate procedures requiring environmental impact assessment of its proposed projects that are likely to have significant adverse effects on biological diversity with a view to avoiding or minimizing such effects and, where appropriate, allow for public participation in such procedures;

(b) Introduce appropriate arrangements to ensure that the environmental consequences of its programmes and policies that are likely to have significant adverse impacts on biological diversity are duly taken into account;

(c) Promote, on the basis of reciprocity, notification, exchange of information and consultation on activities under their jurisdiction or control which are likely to significantly affect adversely the biological diversity of other States or areas beyond the limits of na-

tional jurisdiction, by encouraging the conclusion of bilateral, regional or multilateral arrangements, as appropriate;

(d) In the case of imminent or grave danger or damage, originating under its jurisdiction or control, to biological diversity within the area under jurisdiction of other States or in areas beyond the limits of national jurisdiction, notify immediately the potentially affected States of such danger or damage, as well as initiate action to prevent or minimize such danger or damage; and

(e) Promote national arrangements for emergency responses to activities or events, whether caused naturally or otherwise, which present a grave and imminent danger to biological diversity and encourage international cooperation to supplement such national efforts and, where appropriate and agreed by the States or regional economic integration organizations concerned, to establish joint contingency plans.

2. The Conference of the Parties shall examine, on the basis of studies to be carried out, the issue of liability and redress, including restoration and compensation, for damage to biological diversity, except where such liability is a purely internal matter.

Article 15. Access to Genetic Resources

1. Recognizing the sovereign rights of States over their natural resources, the authority to determine access to genetic resources rests with the national governments and is subject to national legislation.

2. Each Contracting Party shall endeavour to create conditions to facilitate access to genetic resources for environmentally sound uses by other Contracting Parties and not to impose restrictions that run counter to the objectives of this Convention.

3. For the purpose of this Convention, the genetic resources being provided by a Contracting Party, as referred to in this Article and Articles 16 and 19, are only those that are provided by Contracting Parties that are countries of origin of such resources or by the Parties that have acquired the genetic resources in accordance with this Convention.

4. Access, where granted, shall be on mutually agreed terms and subject to the provisions of this Article.

5. Access to genetic resources shall be subject to prior informed consent of the Contracting Party providing such resources, unless otherwise determined by that Party.

6. Each Contracting Party shall endeavour to develop and carry out scientific research based on genetic resources provided by other Contracting Parties with the full participation of, and where possible in, such Contracting Parties.

7. Each Contracting Party shall take legislative, administrative or policy measures, as appropriate, and in accordance with Articles 16 and 19 and, where necessary, through the financial mechanism established by Articles 20 and 21 with the aim of sharing in a fair and equitable way the results of research and development and the benefits arising from the commercial and other utilization of genetic resources with the Contracting Party providing such resources. Such sharing shall be upon mutually agreed terms.

Article 16. Access to and Transfer of Technology

1. Each Contracting Party, recognizing that technology includes biotechnology, and that both access to and transfer of technology among Contracting Parties are essential elements for the attainment of the objectives of this Convention, undertakes subject to the provisions of this Article to provide and/or facilitate access for and transfer to other Contracting Parties of technologies that are relevant to the conservation and sustainable use of biological diversity or make use of genetic resources and do not cause significant damage to the environment.
2. Access to and transfer of technology referred to in paragraph 1 above to developing countries shall be provided and/or facilitated under fair and most favourable terms, including on concessional and preferential terms where mutually agreed, and, where necessary, in accordance with the financial mechanism established by Articles 20 and 21. In the case of technology subject to patents and other intellectual property rights, such access and transfer shall be provided on terms which recognize and are consistent with the adequate and effective protection of intellectual property rights. The application of this paragraph shall be consistent with paragraphs 3, 4 and 5 below.
3. Each Contracting Party shall take legislative, administrative or policy measures, as appropriate, with the aim that Contracting Parties, in particular those that are developing countries, which provide genetic resources are provided access to and transfer of technology which makes use of those resources, on mutually agreed terms, including technology protected by patents and other intellectual property rights, where necessary, through the provisions of Articles 20 and 21 and in accordance with international law and consistent with paragraphs 4 and 5 below.
4. Each Contracting Party shall take legislative, administrative or policy measures, as appropriate, with the aim that the private sector facilitates access to, joint development and transfer of technology referred to in paragraph 1 above for the benefit of both governmental institutions and the private sector of developing countries and in this regard shall abide by the obligations included in paragraphs 1, 2 and 3 above.
5. The Contracting Parties, recognizing that patents and other intellectual property rights may have an influence on the implementation of this Convention, shall cooperate in this regard subject to national legislation and international law in order to ensure that such rights are supportive of and do not run counter to its objectives.

Article 17. Exchange of Information

1. The Contracting Parties shall facilitate the exchange of information, from all publicly available sources, relevant to the conservation and sustainable use of biological diversity, taking into account the special needs of developing countries.
2. Such exchange of information shall include exchange of results of technical, scientific and socio-economic research, as well as information on training and surveying programmes, specialized knowledge, indigenous and traditional knowledge as such and in combination with the technologies referred to in Article 16, paragraph 1. It shall also, where feasible, include repatriation of information.

Article 18. Technical and Scientific Cooperation

1. The Contracting Parties shall promote international technical and scientific cooperation in the field of conservation and sustainable use of biological diversity, where necessary, through the appropriate international and national institutions.
2. Each Contracting Party shall promote technical and scientific cooperation with other Contracting Parties, in particular developing countries, in implementing this Convention, *inter alia*, through the development and implementation of national policies. In promoting such cooperation, special attention should be given to the development and strengthening of national capabilities, by means of human resources development and institution building.
3. The Conference of the Parties, at its first meeting, shall determine how to establish a clearing-house mechanism to promote and facilitate technical and scientific cooperation.
4. The Contracting Parties shall, in accordance with national legislation and policies, encourage and develop methods of cooperation for the development and use of technologies, including indigenous and traditional technologies, in pursuance of the objectives of this Convention. For this purpose, the Contracting Parties shall also promote cooperation in the training of personnel and exchange of experts.
5. The Contracting Parties shall, subject to mutual agreement, promote the establishment of joint research programmes and joint ventures for the development of technologies relevant to the objectives of this Convention.

Article 19. Handling of Biotechnology and Distribution of its Benefits

1. Each Contracting Party shall take legislative, administrative or policy measures, as appropriate, to provide for the effective participation in biotechnological research activities by those Contracting Parties, especially developing countries, which provide the genetic resources for such research, and where feasible in such Contracting Parties.
2. Each Contracting Party shall take all practicable measures to promote and advance priority access on a fair and equitable basis by Contracting Parties, especially developing countries, to the results and benefits arising from biotechnologies based upon genetic resources provided by those Contracting Parties. Such access shall be on mutually agreed terms.
3. The Parties shall consider the need for and modalities of a protocol setting out appropriate procedures, including, in particular, advance informed agreement, in the field of the safe transfer, handling and use of any living modified organism resulting from biotechnology that may have adverse effect on the conservation and sustainable use of biological diversity.
4. Each Contracting Party shall, directly or by requiring any natural or legal person under its jurisdiction providing the organisms referred to in paragraph 3 above, provide any available information about the use and safety regulations required by that Contracting Party in handling such organisms, as well as any available information on the potential

adverse impact of the specific organisms concerned to the Contracting Party into which those organisms are to be introduced.

Article 20. Financial Resources

1. Each Contracting Party undertakes to provide, in accordance with its capabilities, financial support and incentives in respect of those national activities which are intended to achieve the objectives of this Convention, in accordance with its national plans, priorities and programmes.
2. The developed country Parties shall provide new and additional financial resources to enable developing country Parties to meet the agreed full incremental costs to them of implementing measures which fulfil the obligations of this Convention and to benefit from its provisions and which costs are agreed between a developing country Party and the institutional structure referred to in Article 21, in accordance with policy, strategy, programme priorities and eligibility criteria and an indicative list of incremental costs established by the Conference of the Parties. Other Parties, including countries undergoing the process of transition to a market economy, may voluntarily assume the obligations of the developed country Parties. For the purpose of this Article, the Conference of the Parties, shall at its first meeting establish a list of developed country Parties and other Parties which voluntarily assume the obligations of the developed country Parties. The Conference of the Parties shall periodically review and if necessary amend the list. Contributions from other countries and sources on a voluntary basis would also be encouraged. The implementation of these commitments shall take into account the need for adequacy, predictability and timely flow of funds and the importance of burden-sharing among the contributing Parties included in the list.
3. The developed country Parties may also provide, and developing country Parties avail themselves of, financial resources related to the implementation of this Convention through bilateral, regional and other multilateral channels.
4. The extent to which developing country Parties will effectively implement their commitments under this Convention will depend on the effective implementation by developed country Parties of their commitments under this Convention related to financial resources and transfer of technology and will take fully into account the fact that economic and social development and eradication of poverty are the first and overriding priorities of the developing country Parties.
5. The Parties shall take full account of the specific needs and special situation of least developed countries in their actions with regard to funding and transfer of technology.
6. The Contracting Parties shall also take into consideration the special conditions resulting from the dependence on, distribution and location of, biological diversity within developing country Parties, in particular small island States.
7. Consideration shall also be given to the special situation of developing countries, including those that are most environmentally vulnerable, such as those with arid and semi-arid zones, coastal and mountainous areas.

Article 21. Financial Mechanism

1. There shall be a mechanism for the provision of financial resources to developing country Parties for purposes of this Convention on a grant or concessional basis the essential elements of which are described in this Article. The mechanism shall function under the authority and guidance of, and be accountable to, the Conference of the Parties for purposes of this Convention. The operations of the mechanism shall be carried out by such institutional structure as may be decided upon by the Conference of the Parties at its first meeting. For purposes of this Convention, the Conference of the Parties shall determine the policy, strategy, programme priorities and eligibility criteria relating to the access to and utilization of such resources. The contributions shall be such as to take into account the need for predictability, adequacy and timely flow of funds referred to in Article 20 in accordance with the amount of resources needed to be decided periodically by the Conference of the Parties and the importance of burden-sharing among the contributing Parties included in the list referred to in Article 20, paragraph 2. Voluntary contributions may also be made by the developed country Parties and by other countries and sources. The mechanism shall operate within a democratic and transparent system of governance.
2. Pursuant to the objectives of this Convention, the Conference of the Parties shall at its first meeting determine the policy, strategy and programme priorities, as well as detailed criteria and guidelines for eligibility for access to and utilization of the financial resources including monitoring and evaluation on a regular basis of such utilization. The Conference of the Parties shall decide on the arrangements to give effect to paragraph 1 above after consultation with the institutional structure entrusted with the operation of the financial mechanism.
3. The Conference of the Parties shall review the effectiveness of the mechanism established under this Article, including the criteria and guidelines referred to in paragraph 2 above, not less than two years after the entry into force of this Convention and thereafter on a regular basis. Based on such review, it shall take appropriate action to improve the effectiveness of the mechanism if necessary.
4. The Contracting Parties shall consider strengthening existing financial institutions to provide financial resources for the conservation and sustainable use of biological diversity.

Article 22. Relationship with Other International Conventions

1. The provisions of this Convention shall not affect the rights and obligations of any Contracting Party deriving from any existing international agreement, except where the exercise of those rights and obligations would cause a serious damage or threat to biological diversity.
2. Contracting Parties shall implement this Convention with respect to the marine environment consistently with the rights and obligations of States under the law of the sea.

Article 23. Conference of the Parties

1. A Conference of the Parties is hereby established. The first meeting of the Conference of the Parties shall be convened by the Executive Director of the United Nations Environment Programme not later than one year after the entry into force of this Convention. Thereafter, ordinary meetings of the Conference of the Parties shall be held at regular intervals to be determined by the Conference at its first meeting.
2. Extraordinary meetings of the Conference of the Parties shall be held at such other times as may be deemed necessary by the Conference, or at the written request of any Party, provided that, within six months of the request being communicated to them by the Secretariat, it is supported by at least one third of the Parties.
3. The Conference of the Parties shall by consensus agree upon and adopt rules of procedure for itself and for any subsidiary body it may establish, as well as financial rules governing the funding of the Secretariat. At each ordinary meeting, it shall adopt a budget for the financial period until the next ordinary meeting.
4. The Conference of the Parties shall keep under review the implementation of this Convention, and, for this purpose, shall:
 - (a) Establish the form and the intervals for transmitting the information to be submitted in accordance with Article 26 and consider such information as well as reports submitted by any subsidiary body;
 - (b) Review scientific, technical and technological advice on biological diversity provided in accordance with Article 25;
 - (c) Consider and adopt, as required, protocols in accordance with Article 28;
 - (d) Consider and adopt, as required, in accordance with Articles 29 and 30, amendments to this Convention and its annexes;
 - (e) Consider amendments to any protocol, as well as to any annexes thereto, and, if so decided, recommend their adoption to the parties to the protocol concerned;
 - (f) Consider and adopt, as required, in accordance with Article 30, additional annexes to this Convention;
 - (g) Establish such subsidiary bodies, particularly to provide scientific and technical advice, as are deemed necessary for the implementation of this Convention;
 - (h) Contact, through the Secretariat, the executive bodies of conventions dealing with matters covered by this Convention with a view to establishing appropriate forms of cooperation with them; and
 - (i) Consider and undertake any additional action that may be required for the achievement of the purposes of this Convention in the light of experience gained in its operation.
5. The United Nations, its specialized agencies and the International Atomic Energy Agency, as well as any State not Party to this Convention, may be represented as observers at meetings of the Conference of the Parties. Any other body or agency, whether govern-

mental or non-governmental, qualified in fields relating to conservation and sustainable use of biological diversity, which has informed the Secretariat of its wish to be represented as an observer at a meeting of the Conference of the Parties, may be admitted unless at least one third of the Parties present object. The admission and participation of observers shall be subject to the rules of procedure adopted by the Conference of the Parties.

Article 24. Secretariat

1. A secretariat is hereby established. Its functions shall be:

(a) To arrange for and service meetings of the Conference of the Parties provided for in Article 23;

(b) To perform the functions assigned to it by any protocol;

(c) To prepare reports on the execution of its functions under this Convention and present them to the Conference of the Parties;

(d) To coordinate with other relevant international bodies and, in particular to enter into such administrative and contractual arrangements as may be required for the effective discharge of its functions; and

(e) To perform such other functions as may be determined by the Conference of the Parties.

2. At its first ordinary meeting, the Conference of the Parties shall designate the secretariat from amongst those existing competent international organizations which have signified their willingness to carry out the secretariat functions under this Convention.

Article 25. Subsidiary Body on Scientific, Technical and Technological Advice

1. A subsidiary body for the provision of scientific, technical and technological advice is hereby established to provide the Conference of the Parties and, as appropriate, its other subsidiary bodies with timely advice relating to the implementation of this Convention. This body shall be open to participation by all Parties and shall be multidisciplinary. It shall comprise government representatives competent in the relevant field of expertise. It shall report regularly to the Conference of the Parties on all aspects of its work.

2. Under the authority of and in accordance with guidelines laid down by the Conference of the Parties, and upon its request, this body shall:

(a) Provide scientific and technical assessments of the status of biological diversity;

(b) Prepare scientific and technical assessments of the effects of types of measures taken in accordance with the provisions of this Convention;

(c) Identify innovative, efficient and state-of-the-art technologies and know-how relating to the conservation and sustainable use of biological diversity and advise on the ways and means of promoting development and/or transferring such technologies;

(d) Provide advice on scientific programmes and international cooperation in research and development related to conservation and sustainable use of biological diversity; and

(e) Respond to scientific, technical, technological and methodological questions that the Conference of the Parties and its subsidiary bodies may put to the body.

3. The functions, terms of reference, organization and operation of this body may be further elaborated by the Conference of the Parties.

Article 26. Reports

Each Contracting Party shall, at intervals to be determined by the Conference of the Parties, present to the Conference of the Parties, reports on measures which it has taken for the implementation of the provisions of this Convention and their effectiveness in meeting the objectives of this Convention.

Article 27. Settlement of Disputes

1. In the event of a dispute between Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Convention, the parties concerned shall seek solution by negotiation.

2. If the parties concerned cannot reach agreement by negotiation, they may jointly seek the good offices of, or request mediation by, a third party.

3. When ratifying, accepting, approving or acceding to this Convention, or at any time thereafter, a State or regional economic integration organization may declare in writing to the Depositary that for a dispute not resolved in accordance with paragraph 1 or paragraph 2 above, it accepts one or both of the following means of dispute settlement as compulsory:

(a) Arbitration in accordance with the procedure laid down in Part 1 of Annex II;

(b) Submission of the dispute to the International Court of Justice.

4. If the parties to the dispute have not, in accordance with paragraph 3 above, accepted the same or any procedure, the dispute shall be submitted to conciliation in accordance with Part 2 of Annex II unless the parties otherwise agree.

5. The provisions of this Article shall apply with respect to any protocol except as otherwise provided in the protocol concerned.

Article 28. Adoption of Protocols

1. The Contracting Parties shall cooperate in the formulation and adoption of protocols to this Convention.
2. Protocols shall be adopted at a meeting of the Conference of the Parties.
3. The text of any proposed protocol shall be communicated to the Contracting Parties by the Secretariat at least six months before such a meeting.

Article 29. Amendment of the Convention or Protocols

1. Amendments to this Convention may be proposed by any Contracting Party. Amendments to any protocol may be proposed by any Party to that protocol.
2. Amendments to this Convention shall be adopted at a meeting of the Conference of the Parties. Amendments to any protocol shall be adopted at a meeting of the Parties to the Protocol in question. The text of any proposed amendment to this Convention or to any protocol, except as may otherwise be provided in such protocol, shall be communicated to the Parties to the instrument in question by the secretariat at least six months before the meeting at which it is proposed for adoption. The secretariat shall also communicate proposed amendments to the signatories to this Convention for information.
3. The Parties shall make every effort to reach agreement on any proposed amendment to this Convention or to any protocol by consensus. If all efforts at consensus have been exhausted, and no agreement reached, the amendment shall as a last resort be adopted by a two-third majority vote of the Parties to the instrument in question present and voting at the meeting, and shall be submitted by the Depositary to all Parties for ratification, acceptance or approval.
4. Ratification, acceptance or approval of amendments shall be notified to the Depositary in writing. Amendments adopted in accordance with paragraph 3 above shall enter into force among Parties having accepted them on the ninetieth day after the deposit of instruments of ratification, acceptance or approval by at least two thirds of the Contracting Parties to this Convention or of the Parties to the protocol concerned, except as may otherwise be provided in such protocol. Thereafter the amendments shall enter into force for any other Party on the ninetieth day after that Party deposits its instrument of ratification, acceptance or approval of the amendments.
5. For the purposes of this Article, "Parties present and voting" means Parties present and casting an affirmative or negative vote.

Article 30. Adoption and Amendment of Annexes

1. The annexes to this Convention or to any protocol shall form an integral part of the Convention or of such protocol, as the case may be, and, unless expressly provided otherwise, a reference to this Convention or its protocols constitutes at the same time a reference to any annexes thereto. Such annexes shall be restricted to procedural, scientific, technical and administrative matters.

2. Except as may be otherwise provided in any protocol with respect to its annexes, the following procedure shall apply to the proposal, adoption and entry into force of additional annexes to this Convention or of annexes to any protocol:

(a) Annexes to this Convention or to any protocol shall be proposed and adopted according to the procedure laid down in Article 29;

(b) Any Party that is unable to approve an additional annex to this Convention or an annex to any protocol to which it is Party shall so notify the Depositary, in writing, within one year from the date of the communication of the adoption by the Depositary. The Depositary shall without delay notify all Parties of any such notification received. A Party may at any time withdraw a previous declaration of objection and the annexes shall thereupon enter into force for that Party subject to subparagraph (c) below;

(c) On the expiry of one year from the date of the communication of the adoption by the Depositary, the annex shall enter into force for all Parties to this Convention or to any protocol concerned which have not submitted a notification in accordance with the provisions of subparagraph (b) above.

3. The proposal, adoption and entry into force of amendments to annexes to this Convention or to any protocol shall be subject to the same procedure as for the proposal, adoption and entry into force of annexes to the Convention or annexes to any protocol.

4. If an additional annex or an amendment to an annex is related to an amendment to this Convention or to any protocol, the additional annex or amendment shall not enter into force until such time as the amendment to the Convention or to the protocol concerned enters into force.

Article 31. Right to Vote

1. Except as provided for in paragraph 2 below, each Contracting Party to this Convention or to any protocol shall have one vote.

2. Regional economic integration organizations, in matters within their competence, shall exercise their right to vote with a number of votes equal to the number of their member States which are Contracting Parties to this Convention or the relevant protocol. Such organizations shall not exercise their right to vote if their member States exercise theirs, and vice versa.

Article 32. Relationship between this Convention and Its Protocols

1. A State or a regional economic integration organization may not become a Party to a protocol unless it is, or becomes at the same time, a Contracting Party to this Convention.

2. Decisions under any protocol shall be taken only by the Parties to the protocol concerned. Any Contracting Party that has not ratified, accepted or approved a protocol may participate as an observer in any meeting of the parties to that protocol.

Article 33. Signature

This Convention shall be open for signature at Rio de Janeiro by all States and any regional economic integration organization from 5 June 1992 until 14 June 1992, and at the United Nations Headquarters in New York from 15 June 1992 to 4 June 1993.

Article 34. Ratification, Acceptance or Approval

1. This Convention and any protocol shall be subject to ratification, acceptance or approval by States and by regional economic integration organizations. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Depositary.
2. Any organization referred to in paragraph 1 above which becomes a Contracting Party to this Convention or any protocol without any of its member States being a Contracting Party shall be bound by all the obligations under the Convention or the protocol, as the case may be. In the case of such organizations, one or more of whose member States is a Contracting Party to this Convention or relevant protocol, the organization and its member States shall decide on their respective responsibilities for the performance of their obligations under the Convention or protocol, as the case may be. In such cases, the organization and the member States shall not be entitled to exercise rights under the Convention or relevant protocol concurrently.
3. In their instruments of ratification, acceptance or approval, the organizations referred to in paragraph 1 above shall declare the extent of their competence with respect to the matters governed by the Convention or the relevant protocol. These organizations shall also inform the Depositary of any relevant modification in the extent of their competence.

Article 35. Accession

1. This Convention and any protocol shall be open for accession by States and by regional economic integration organizations from the date on which the Convention or the protocol concerned is closed for signature. The instruments of accession shall be deposited with the Depositary.
2. In their instruments of accession, the organizations referred to in paragraph 1 above shall declare the extent of their competence with respect to the matters governed by the Convention or the relevant protocol. These organizations shall also inform the Depositary of any relevant modification in the extent of their competence.
3. The provisions of Article 34, paragraph 2, shall apply to regional economic integration organizations which accede to this Convention or any protocol.

Article 36. Entry Into Force

1. This Convention shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit of the thirtieth instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

2. Any protocol shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit of the number of instruments of ratification, acceptance, approval or accession, specified in that protocol, has been deposited.
3. For each Contracting Party which ratifies, accepts or approves this Convention or accedes thereto after the deposit of the thirtieth instrument of ratification, acceptance, approval or accession, it shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit by such Contracting Party of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.
4. Any protocol, except as otherwise provided in such protocol, shall enter into force for a Contracting Party that ratifies, accepts or approves that protocol or accedes thereto after its entry into force pursuant to paragraph 2 above, on the ninetieth day after the date on which that Contracting Party deposits its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, or on the date on which this Convention enters into force for that Contracting Party, whichever shall be the later.
5. For the purposes of paragraphs 1 and 2 above, any instrument deposited by a regional economic integration organization shall not be counted as additional to those deposited by member States of such organization.

Article 37. Reservations

No reservations may be made to this Convention.

Article 38. Withdrawals

1. At any time after two years from the date on which this Convention has entered into force for a Contracting Party, that Contracting Party may withdraw from the Convention by giving written notification to the Depositary.
2. Any such withdrawal shall take place upon expiry of one year after the date of its receipt by the Depositary, or on such later date as may be specified in the notification of the withdrawal.
3. Any Contracting Party which withdraws from this Convention shall be considered as also having withdrawn from any protocol to which it is party.

Article 39. Financial Interim Arrangements

Provided that it has been fully restructured in accordance with the requirements of Article 21, the Global Environment Facility of the United Nations Development Programme, the United Nations Environment Programme and the International Bank for Reconstruction and Development shall be the institutional structure referred to in Article 21 on an interim basis, for the period between the entry into force of this Convention and the first meeting of the Conference of the Parties or until the Conference of the Parties decides which institutional structure will be designated in accordance with Article 21.

Article 40. Secretariat Interim Arrangements

The secretariat to be provided by the Executive Director of the United Nations Environment Programme shall be the secretariat referred to in Article 24, paragraph 2, on an interim basis for the period between the entry into force of this Convention and the first meeting of the Conference of the Parties.

Article 41 Depositary

The Secretary-General of the United Nations shall assume the functions of Depositary of this Convention and any protocols.

Article 42. Authentic Texts

The original of this Convention, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorized to that effect, have signed this Convention.

Done at Rio de Janeiro on this fifth day of June, one thousand nine hundred and ninety-two.

Anhang II: AGREEMENT ON TRADE-RELATED ASPECTS OF INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS*

- PART I GENERAL PROVISIONS AND BASIC PRINCIPLES
- PART II STANDARDS CONCERNING THE AVAILABILITY, SCOPE AND USE OF INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS
- [1. Copyright and Related Rights
 2. Trademarks]
 3. Geographical Indications
 - [4. Industrial Designs]
 5. Patents
 - [6. Layout-Designs (Topographies) of Integrated Circuits
 7. Protection of Undisclosed Information
 8. Control of Anti-Competitive Practices in Contractual Licences]
- PART III ENFORCEMENT OF INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS
1. General Obligations
 2. Civil and Administrative Procedures and Remedies
 3. Provisional Measures
 4. Special Requirements Related to Border Measures
 5. Criminal Procedures
- [PART IV ACQUISITION AND MAINTENANCE OF INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS AND RELATED *INTER-PARTES* PROCEDURES]
- PART V DISPUTE PREVENTION AND SETTLEMENT
- PART VI TRANSITIONAL ARRANGEMENTS
- PART VII INSTITUTIONAL ARRANGEMENTS; FINAL PROVISIONS

* Von einem Abdruck der in den eckigen Klammern stehenden Abschnitte wurde abgesehen.

AGREEMENT ON TRADE-RELATED ASPECTS OF INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS

Members,

Desiring to reduce distortions and impediments to international trade, and taking into account the need to promote effective and adequate protection of intellectual property rights, and to ensure that measures and procedures to enforce intellectual property rights do not themselves become barriers to legitimate trade;

Recognizing, to this end, the need for new rules and disciplines concerning:

- (a) the applicability of the basic principles of GATT 1994 and of relevant international intellectual property agreements or conventions;
- (b) the provision of adequate standards and principles concerning the availability, scope and use of trade-related intellectual property rights;
- (c) the provision of effective and appropriate means for the enforcement of trade-related intellectual property rights, taking into account differences in national legal systems;
- (d) the provision of effective and expeditious procedures for the multilateral prevention and settlement of disputes between governments; and
- (e) transitional arrangements aiming at the fullest participation in the results of the negotiations;

Recognizing the need for a multilateral framework of principles, rules and disciplines dealing with international trade in counterfeit goods;

Recognizing that intellectual property rights are private rights;

Recognizing the underlying public policy objectives of national systems for the protection of intellectual property, including developmental and technological objectives;

Recognizing also the special needs of the least-developed country Members in respect of maximum flexibility in the domestic implementation of laws and regulations in order to enable them to create a sound and viable technological base;

Emphasizing the importance of reducing tensions by reaching strengthened commitments to resolve disputes on trade-related intellectual property issues through multilateral procedures;

Desiring to establish a mutually supportive relationship between the WTO and the World Intellectual Property Organization (referred to in this Agreement as "WIPO") as well as other relevant international organizations;

Hereby agree as follows:

**PART I GENERAL PROVISIONS AND BASIC
PRINCIPLES**

*Article 1 Nature and Scope of
Obligations*

1. Members shall give effect to the provisions of this Agreement. Members may, but shall not be obliged to, implement in their law more extensive protection than is required by this Agreement, provided that such protection does not contravene the provisions of this Agreement. Members shall be free to determine the appropriate method of implementing the provisions of this Agreement within their own legal system and practice.
2. For the purposes of this Agreement, the term "intellectual property" refers to all categories of intellectual property that are the subject of Sections 1 through 7 of Part II.
3. Members shall accord the treatment provided for in this Agreement to the nationals of other Members.¹ In respect of the relevant intellectual property right, the nationals of other Members shall be understood as those natural or legal persons that would meet the criteria for eligibility for protection provided for in the Paris Convention (1967), the Berne Convention (1971), the Rome Convention and the Treaty on Intellectual Property in Respect of Integrated Circuits, were all Members of the WTO members of those conventions.² Any Member availing itself of the possibilities provided in paragraph 3 of Article 5 or paragraph 2 of Article 6 of the Rome Convention shall make a notification as foreseen in those provisions to the Council for Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (the "Council for TRIPS").

*Article 2 Intellectual
Property Conventions*

1. In respect of Parts II, III and IV of this Agreement, Members shall comply with Articles 1 through 12, and Article 19, of the Paris Convention (1967).

¹ When "nationals" are referred to in this Agreement, they shall be deemed, in the case of a separate customs territory Member of the WTO, to mean persons, natural or legal, who are domiciled or who have a real and effective industrial or commercial establishment in that customs territory.

² In this Agreement, "Paris Convention" refers to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property; "Paris Convention (1967)" refers to the Stockholm Act of this Convention of 14 July 1967. "Berne Convention" refers to the Berne Convention for the Protection of Literary and Artistic Works; "Berne Convention (1971)" refers to the Paris Act of this Convention of 24 July 1971. "Rome Convention" refers to the International Convention for the Protection of Performers, Producers of Phonograms and Broadcasting Organizations, adopted at Rome on 26 October 1961. "Treaty on Intellectual Property in Respect of Integrated Circuits" (IPIC Treaty) refers to the Treaty on Intellectual Property in Respect of Integrated Circuits, adopted at Washington on 26 May 1989. "WTO Agreement" refers to the Agreement Establishing the WTO.

2. Nothing in Parts I to IV of this Agreement shall derogate from existing obligations that Members may have to each other under the Paris Convention, the Berne Convention, the Rome Convention and the Treaty on Intellectual Property in Respect of Integrated Circuits.

***Article 3 National
Treatment***

1. Each Member shall accord to the nationals of other Members treatment no less favourable than that it accords to its own nationals with regard to the protection³ of intellectual property, subject to the exceptions already provided in, respectively, the Paris Convention (1967), the Berne Convention (1971), the Rome Convention or the Treaty on Intellectual Property in Respect of Integrated Circuits. In respect of performers, producers of phonograms and broadcasting organizations, this obligation only applies in respect of the rights provided under this Agreement. Any Member availing itself of the possibilities provided in Article 6 of the Berne Convention (1971) or paragraph 1(b) of Article 16 of the Rome Convention shall make a notification as foreseen in those provisions to the Council for TRIPS.

2. Members may avail themselves of the exceptions permitted under paragraph 1 in relation to judicial and administrative procedures, including the designation of an address for service or the appointment of an agent within the jurisdiction of a Member, only where such exceptions are necessary to secure compliance with laws and regulations which are not inconsistent with the provisions of this Agreement and where such practices are not applied in a manner which would constitute a disguised restriction on trade.

***Article 4 Most-Favoured-Nation
Treatment***

With regard to the protection of intellectual property, any advantage, favour, privilege or immunity granted by a Member to the nationals of any other country shall be accorded immediately and unconditionally to the nationals of all other Members. Exempted from this obligation are any advantage, favour, privilege or immunity accorded by a Member:

- (a) deriving from international agreements on judicial assistance or law enforcement of a general nature and not particularly confined to the protection of intellectual property;
- (b) granted in accordance with the provisions of the Berne Convention (1971) or the Rome Convention authorizing that the treatment accorded be a function not of national treatment but of the treatment accorded in another country;

³ For the purposes of Articles 3 and 4, "protection" shall include matters affecting the availability, acquisition, scope, maintenance and enforcement of intellectual property rights as well as those matters affecting the use of intellectual property rights specifically addressed in this Agreement.

- (c) in respect of the rights of performers, producers of phonograms and broadcasting organizations not provided under this Agreement;
- (d) deriving from international agreements related to the protection of intellectual property which entered into force prior to the entry into force of the WTO Agreement, provided that such agreements are notified to the Council for TRIPS and do not constitute an arbitrary or unjustifiable discrimination against nationals of other Members.

Article 5

*Multilateral Agreements on Acquisition or
Maintenance of Protection*

The obligations under Articles 3 and 4 do not apply to procedures provided in multilateral agreements concluded under the auspices of WIPO relating to the acquisition or maintenance of intellectual property rights.

Article 6

Exhaustion

For the purposes of dispute settlement under this Agreement, subject to the provisions of Articles 3 and 4 nothing in this Agreement shall be used to address the issue of the exhaustion of intellectual property rights.

Article 7

Objectives

The protection and enforcement of intellectual property rights should contribute to the promotion of technological innovation and to the transfer and dissemination of technology, to the mutual advantage of producers and users of technological knowledge and in a manner conducive to social and economic welfare, and to a balance of rights and obligations.

Article 8

Principles

1. Members may, in formulating or amending their laws and regulations, adopt measures necessary to protect public health and nutrition, and to promote the public interest in sectors of

vital importance to their socio-economic and technological development, provided that such measures are consistent with the provisions of this Agreement.

2. Appropriate measures, provided that they are consistent with the provisions of this Agreement, may be needed to prevent the abuse of intellectual property rights by right holders or the resort to practices which unreasonably restrain trade or adversely affect the international transfer of technology.

PART II STANDARDS
CONCERNING THE AVAILABILITY, SCOPE
AND USE OF INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS

[...]

SECTION 3: GEOGRAPHICAL INDICATIONS

*Article 22 Protection of Geographical
Indications*

1. Geographical indications are, for the purposes of this Agreement, indications which identify a good as originating in the territory of a Member, or a region or locality in that territory, where a given quality, reputation or other characteristic of the good is essentially attributable to its geographical origin.
2. In respect of geographical indications, Members shall provide the legal means for interested parties to prevent:
 - (a) the use of any means in the designation or presentation of a good that indicates or suggests that the good in question originates in a geographical area other than the true place of origin in a manner which misleads the public as to the geographical origin of the good;
 - (b) any use which constitutes an act of unfair competition within the meaning of Article 106« of the Paris Convention (1967).
3. A Member shall, *ex officio* if its legislation so permits or at the request of an interested party, refuse or invalidate the registration of a trademark which contains or consists of a geographical indication with respect to goods not originating in the territory indicated, if use of the indication in the trademark for such goods in that Member is of such a nature as to mislead the public as to the true place of origin.
4. The protection under paragraphs 1, 2 and 3 shall be applicable against a geographical indication which, although literally true as to the territory, region or locality in which the goods originate, falsely represents to the public that the goods originate in another territory.

Article 23

***Additional Protection for Geographical
Indications for Wines and Spirits***

1. Each Member shall provide the legal means for interested parties to prevent use of a geographical indication identifying wines for wines not originating in the place indicated by the geographical indication in question or identifying spirits for spirits not originating in the place indicated by the geographical indication in question, even where the true origin of the goods is indicated or the geographical indication is used in translation or accompanied by expressions such as "kind", "type", "style", "imitation" or the like.⁴
2. The registration of a trademark for wines which contains or consists of a geographical indication identifying wines or for spirits which contains or consists of a geographical indication identifying spirits shall be refused or invalidated, *ex officio* if a Member's legislation so permits or at the request of an interested party, with respect to such wines or spirits not having this origin.
3. In the case of homonymous geographical indications for wines, protection shall be accorded to each indication, subject to the provisions of paragraph 4 of Article 22. Each Member shall determine the practical conditions under which the homonymous indications in question will be differentiated from each other, taking into account the need to ensure equitable treatment of the producers concerned and that consumers are not misled.
4. In order to facilitate the protection of geographical indications for wines, negotiations shall be undertaken in the Council for TRIPS concerning the establishment of a multilateral system of notification and registration of geographical indications for wines eligible for protection in those Members participating in the system.

Article 24 International Negotiations;

Exceptions

1. Members agree to enter into negotiations aimed at increasing the protection of individual geographical indications under Article 23. The provisions of paragraphs 4 through 8 below shall not be used by a Member to refuse to conduct negotiations or to conclude bilateral or multilateral agreements. In the context of such negotiations, Members shall be willing to consider the continued applicability of these provisions to individual geographical indications whose use was the subject of such negotiations.

2. The Council for TRIPS shall keep under review the application of the provisions of this Section; the first such review shall take place within two years of the entry into force of the

⁴ Notwithstanding the first sentence of Article 42, Members may, with respect to these obligations, instead provide for enforcement by administrative action.

WTO Agreement. Any matter affecting the compliance with the obligations under these provisions may be drawn to the attention of the Council, which, at the request of a Member, shall consult with any Member or Members in respect of such matter in respect of which it has not been possible to find a satisfactory solution through bilateral or plurilateral consultations between the Members concerned. The Council shall take such action as may be agreed to facilitate the operation and further the objectives of this Section.

3. In implementing this Section, a Member shall not diminish the protection of geographical indications that existed in that Member immediately prior to the date of entry into force of the WTO Agreement.

4. Nothing in this Section shall require a Member to prevent continued and similar use of a particular geographical indication of another Member identifying wines or spirits in connection with goods or services by any of its nationals or domiciliaries who have used that geographical indication in a continuous manner with regard to the same or related goods or services in the territory of that Member either (a) for at least 10 years preceding 15 April 1994 or (b) in good faith preceding that date.

5. Where a trademark has been applied for or registered in good faith, or where rights to a trademark have been acquired through use in good faith either:

(a) before the date of application of these provisions in that Member as defined in Part VI; or

(b) before the geographical indication is protected in its country of origin;

measures adopted to implement this Section shall not prejudice eligibility for or the validity of the registration of a trademark, or the right to use a trademark, on the basis that such a trademark is identical with, or similar to, a geographical indication.

6. Nothing in this Section shall require a Member to apply its provisions in respect of a geographical indication of any other Member with respect to goods or services for which the relevant indication is identical with the term customary in common language as the common name for such goods or services in the territory of that Member. Nothing in this Section shall require a Member to apply its provisions in respect of a geographical indication of any other Member with respect to products of the vine for which the relevant indication is identical with the customary name of a grape variety existing in the territory of that Member as of the date of entry into force of the WTO Agreement.

7. A Member may provide that any request made under this Section in connection with the use or registration of a trademark must be presented within five years after the adverse use of the protected indication has become generally known in that Member or after the date of registration of the trademark in that Member provided that the trademark has been published by that date, if such date is earlier than the date on which the adverse use became generally known in that Member, provided that the geographical indication is not used or registered in bad faith.

8. The provisions of this Section shall in no way prejudice the right of any person to use, in the course of trade, that person's name or the name of that person's predecessor in business, except where such name is used in such a manner as to mislead the public.

9. There shall be no obligation under this Agreement to protect geographical indications which are not or cease to be protected in their country of origin, or which have fallen into disuse in that country.

[...]

SECTION 5: PATENTS

Article 27 Patentable

Subject Matter

1. Subject to the provisions of paragraphs 2 and 3, patents shall be available for any inventions, whether products or processes, in all fields of technology, provided that they are new, involve an inventive step and are capable of industrial application.⁵ Subject to paragraph 4 of Article 65, paragraph 8 of Article 70 and paragraph 3 of this Article, patents shall be available and patent rights enjoyable without discrimination as to the place of invention, the field of technology and whether products are imported or locally produced.

2. Members may exclude from patentability inventions, the prevention within their territory of the commercial exploitation of which is necessary to protect *ordre public* or morality, including to protect human, animal or plant life or health or to avoid serious prejudice to the environment, provided that such exclusion is not made merely because the exploitation is prohibited by their law.

3. Members may also exclude from patentability:

- (a) diagnostic, therapeutic and surgical methods for the treatment of humans or animals;
- (b) plants and animals other than micro-organisms, and essentially biological processes for the production of plants or animals other than non-biological and microbiological processes. However, Members shall provide for the protection of plant varieties either by patents or by an effective *sui generis* system or by any combination, thereof. The provisions of this subparagraph shall be reviewed four years after the date of entry into force of the WTO Agreement

⁵ For the purposes of this Article, the terms "inventive step" and "capable of industrial application" may be deemed by a Member to be synonymous with the terms "non-obvious" and "useful" respectively.

Article 28 Rights

Conferred

1. A patent shall confer on its owner the following exclusive rights:
 - (a) where the subject matter of a patent is a product, to prevent third parties not having the owner's consent from the acts of: making, using, offering for sale, selling, or importing⁶ for these purposes that product;
 - (b) where the subject matter of a patent is a process, to prevent third parties not having the owner's consent from the act of using the process, and from the acts of: using, offering for sale, selling, or importing for these purposes at least the product obtained directly by that process.
2. Patent owners shall also have the right to assign, or transfer by succession, the patent and to conclude licensing contracts.

Article 29 Conditions on Patent

Applicants

1. Members shall require that an applicant for a patent shall disclose the invention in a manner sufficiently clear and complete for the invention to be carried out by a person skilled in the art and may require the applicant to indicate the best mode for carrying out the invention known to the inventor at the filing date or, where priority is claimed, at the priority date of the application.
2. Members may require an applicant for a patent to provide information concerning the applicant's corresponding foreign applications and grants.

Article 30

Exceptions to Rights Conferred

Members may provide limited exceptions to the exclusive rights conferred by a patent, provided that such exceptions do not unreasonably conflict with a normal exploitation of the patent and do not unreasonably prejudice the legitimate interests of the patent owner, taking account of the legitimate interests of third parties.

⁶ This right, like all other rights conferred under this Agreement in respect of the use, sale, importation or other distribution of goods, is subject to the provisions of Article 6.

***Article 31 Other Use Without Authorization of the
Right Holder***

Where the law of a Member allows for other use⁷ of the subject matter of a patent without the authorization of the right holder, including use by the government or third parties authorized by the government, the following provisions shall be respected:

- (a) authorization of such use shall be considered on its individual merits;
- (b) such use may only be permitted if, prior to such use, the proposed user has made efforts to obtain authorization from the right holder on reasonable commercial terms and conditions and that such efforts have not been successful within a reasonable period of time. This requirement may be waived by a Member in the case of a national emergency or other circumstances of extreme urgency or in cases of public non-commercial use. In situations of national emergency or other circumstances of extreme urgency, the right holder shall, nevertheless, be notified as soon as reasonably practicable. In the case of public non-commercial use, where the government or contractor, without making a patent search, knows or has demonstrable grounds to know that a valid patent is or will be used by or for the government, the right holder shall be informed promptly;
- (c) the scope and duration of such use shall be limited to the purpose for which it was authorized, and in the case of semi-conductor technology shall only be for public non-commercial use or to remedy a practice determined after judicial or administrative process to be anti-competitive;
- (d) such use shall be non-exclusive;
- (e) such use shall be non-assignable, except with that part of the enterprise or goodwill which enjoys such use;
- (f) any such use shall be authorized predominantly for the supply of the domestic market of the Member authorizing such use;
- (g) authorization for such use shall be liable, subject to adequate protection of the legitimate interests of the persons so authorized, to be terminated if and when the circumstances which led to it cease to exist and are unlikely to recur. The competent authority shall have the authority to review, upon motivated request, the continued existence of these circumstances;
- (h) the right holder shall be paid adequate remuneration in the circumstances of each case, taking into account the economic value of the authorization;
- (i) the legal validity of any decision relating to the authorization of such use shall be subject to judicial review or other independent review by a distinct higher authority in that Member,

⁷ "Other use" refers to use other than that allowed under Article 30.

- (j) any decision relating to the remuneration provided in respect of such use shall be subject to judicial review or other independent review by a distinct higher authority in that Member;
- (k) Members are not obliged to apply the conditions set forth in subparagraphs (b) and (f) where such use is permitted to remedy a practice determined after judicial or administrative process to be anti-competitive. The need to correct anti-competitive practices may be taken into account in determining the amount of remuneration in such cases. Competent authorities shall have the authority to refuse termination of authorization if and when the conditions which led to such authorization are likely to recur;
- (l) where such use is authorized to permit the exploitation of a patent ("the second patent") which cannot be exploited without infringing another patent ("the first patent"), the following additional conditions shall apply:
 - (i) the invention claimed in the second patent shall involve an important technical advance of considerable economic significance in relation to the invention claimed in the first patent;
 - (ii) the owner of the first patent shall be entitled to a cross-licence on reasonable terms to use the invention claimed in the second patent; and
 - (iii) the use authorized in respect of the first patent shall be non-assignable except with the assignment of the second patent.

Article 32

Revocation/Forfeiture

An opportunity for judicial review of any decision to revoke or forfeit a patent shall be available.

Article 33 Term of

Protection

The term of protection available shall not end before the expiration of a period of twenty years counted from the filing date.⁸

⁸ It is understood that those Members which do not have a system of original grant may provide that the term of protection shall be computed from the filing date in the system of original grant

Article 34 Process Patents:

Burden of Proof

1. For the purposes of civil proceedings in respect of the infringement of the rights of the owner referred to in paragraph 1(b) of Article 28, if the subject matter of a patent is a process for obtaining a product, the judicial authorities shall have the authority to order the defendant to prove that the process to obtain an identical product is different from the patented process. Therefore, Members shall provide, in at least one of the following circumstances, that any identical product when produced without the consent of the patent owner shall, in the absence of proof to the contrary, be deemed to have been obtained by the patented process:

- (a) if the product obtained by the patented process is new;
- (b) if there is a substantial likelihood that the identical product was made by the process and the owner of the patent has been unable through reasonable efforts to determine the process actually used.

2. Any Member shall be free to provide that the burden of proof indicated in paragraph 1 shall be on the alleged infringer only if the condition referred to in subparagraph (a) is fulfilled or only if the condition referred to in subparagraph (b) is fulfilled.

3. In the adduction of proof to the contrary, the legitimate interests of defendants in protecting their manufacturing and business secrets shall be taken into account.

[...]

**PART III ENFORCEMENT OF
INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS**

SECTION 1: GENERAL OBLIGATIONS

Article 41

1. Members shall ensure that enforcement procedures as specified in this Part are available under their law so as to permit effective action against any act of infringement of intellectual property rights covered by this Agreement, including expeditious remedies to prevent infringements and remedies which constitute a deterrent to further infringements. These procedures shall be applied in such a manner as to avoid the creation of barriers to legitimate trade and to provide for safeguards against their abuse.

2. Procedures concerning the enforcement of intellectual property rights shall be fair and equitable. They shall not be unnecessarily complicated or costly, or entail unreasonable time-limits or unwarranted delays.

3. Decisions on the merits of a case shall preferably be in writing and reasoned. They shall be made available at least to the parties to the proceeding without undue delay. Decisions on the merits of a case shall be based only on evidence in respect of which parties were offered the opportunity to be heard.
4. Parties to a proceeding shall have an opportunity for review by a judicial authority of final administrative decisions and, subject to jurisdictional provisions in a Member's law concerning the importance of a case, of at least the legal aspects of initial judicial decisions on the merits of a case. However, there shall be no obligation to provide an opportunity for review of acquittals in criminal cases.
5. It is understood that this Part does not create any obligation to put in place a judicial system for the enforcement of intellectual property rights distinct from that for the enforcement of law in general, nor does it affect the capacity of Members to enforce their law in general. Nothing in this Part creates any obligation with respect to the distribution of resources as between enforcement of intellectual property rights and the enforcement of law in general.

SECTION 2: CIVIL AND ADMINISTRATIVE PROCEDURES AND REMEDIES

Article 42 Fair and

Equitable Procedures

Members shall make available to right holders¹¹ civil judicial procedures concerning the enforcement of any intellectual property right covered by this Agreement. Defendants shall have the right to written notice which is timely and contains sufficient detail, including the basis of the claims. Parties shall be allowed to be represented by independent legal counsel, and procedures shall not impose overly burdensome requirements concerning mandatory personal appearances. All parties to such procedures shall be duly entitled to substantiate their claims and to present all relevant evidence. The procedure shall provide a means to identify and protect confidential information, unless this would be contrary to existing constitutional requirements.

¹¹ For the purpose of this Part, the term "right holder" includes federations and associations having legal standing to assert such rights.

Article

43

Evidence

1. The judicial authorities shall have the authority, where a party has presented reasonably available evidence sufficient to support its claims and has specified evidence relevant to substantiation of its claims which lies in the control of the opposing party, to order that this evidence be produced by the opposing party, subject in appropriate cases to conditions which ensure the protection of confidential information.
2. In cases in which a party to a proceeding voluntarily and without good reason refuses access to, or otherwise does not provide necessary information within a reasonable period, or significantly impedes a procedure relating to an enforcement action, a Member may accord judicial authorities the authority to make preliminary and final determinations, affirmative or negative, on the basis of the information presented to them, including the complaint or the allegation presented by the party adversely affected by the denial of access to information, subject to providing the parties an opportunity to be heard on the allegations or evidence.

Article 44

Injunctions

1. The judicial authorities shall have the authority to order a party to desist from an infringement, *inter alia* to prevent the entry into the channels of commerce in their jurisdiction of imported goods that involve the infringement of an intellectual property right, immediately after customs clearance of such goods. Members are not obliged to accord such authority in respect of protected subject matter acquired or ordered by a person prior to knowing or having reasonable grounds to know that dealing in such subject matter would entail the infringement of an intellectual property right.
2. Notwithstanding the other provisions of this Part and provided that the provisions of Part II specifically addressing use by governments, or by third parties authorized by a government, without the authorization of the right holder are complied with, Members may limit the remedies available against such use to payment of remuneration in accordance with subparagraph (h) of Article 31. In other cases, the remedies under this Part shall apply or, where these remedies are inconsistent with a Member's law, declaratory judgments and adequate compensation shall be available.

Article

45

Damages

1. The judicial authorities shall have the authority to order the infringer to pay the right holder damages adequate to compensate for the injury the right holder has suffered because of an infringement of that person's intellectual property right by an infringer who knowingly, or with reasonable grounds to know, engaged in infringing activity.
2. The judicial authorities shall also have the authority to order the infringer to pay the right holder expenses, which may include appropriate attorney's fees. In appropriate cases, Members may authorize the judicial authorities to order recovery of profits and/or payment of pre-established damages even where the infringer did not knowingly, or with reasonable grounds to know, engage in infringing activity.

Article 46

Other

Remedies

In order to create an effective deterrent to infringement, the judicial authorities shall have the authority to order that goods that they have found to be infringing be, without compensation of any sort, disposed of outside the channels of commerce in such a manner as to avoid any harm caused to the right holder, or, unless this would be contrary to existing constitutional requirements, destroyed. The judicial authorities shall also have the authority to order that materials and implements the predominant use of which has been in the creation of the infringing goods be, without compensation of any sort, disposed of outside the channels of commerce in such a manner as to minimize the risks of further infringements. In considering such requests, the need for proportionality between the seriousness of the infringement and the remedies ordered as well as the interests of third parties shall be taken into account. In regard to counterfeit trademark goods, the simple removal of the trademark unlawfully affixed shall not be sufficient, other than in exceptional cases, to permit release of the goods into the channels of commerce.

Article 47 Right of

Information

Members may provide that the judicial authorities shall have the authority, unless this would be out of proportion to the seriousness of the infringement, to order the infringer to inform the right holder of the identity of third persons involved in the production and distribution of the infringing goods or services and of their channels of distribution.

**Article 48 Indemnification of the
Defendant**

1. The judicial authorities shall have the authority to order a party at whose request measures were taken and who has abused enforcement procedures to provide to a party wrongfully enjoined or restrained adequate compensation for the injury suffered because of such abuse. The judicial authorities shall also have the authority to order the applicant to pay the defendant expenses, which may include appropriate attorney's fees.
2. In respect of the administration of any law pertaining to the protection or enforcement of intellectual property rights, Members shall only exempt both public authorities and officials from liability to appropriate remedial measures where actions are taken or intended in good faith in the course of the administration of that law.

**Article 49 Administrative
Procedures**

To the extent that any civil remedy can be ordered as a result of administrative procedures on the merits of a case, such procedures shall conform to principles equivalent in substance to those set forth in this Section.

SECTION 3: PROVISIONAL MEASURES

Article 50

1. The judicial authorities shall have the authority to order prompt and effective provisional measures:
 - (a) to prevent an infringement of any intellectual property right from occurring, and in particular to prevent the entry into the channels of commerce in their jurisdiction of goods, including imported goods immediately after customs clearance;
 - (b) to preserve relevant evidence in regard to the alleged infringement.
2. The judicial authorities shall have the authority to adopt provisional measures *inaudita altera parte* where appropriate, in particular where any delay is likely to cause irreparable harm to the right holder, or where there is a demonstrable risk of evidence being destroyed.
3. The judicial authorities shall have the authority to require the applicant to provide any

reasonably available evidence in order to satisfy themselves with a sufficient degree of certainty that the applicant is the right holder and that the applicant's right is being infringed or

that such infringement is imminent, and to order the applicant to provide a security or equivalent assurance sufficient to protect the defendant and to prevent abuse.

4. Where provisional measures have been adopted *inaudita altera parte*, the parties affected shall be given notice, without delay after the execution of the measures at the latest. A review, including a right to be heard, shall take place upon request of the defendant with a view to deciding, within a reasonable period after the notification of the measures, whether these measures shall be modified, revoked or confirmed.

5. The applicant may be required to supply other information necessary for the identification of the goods concerned by the authority that will execute the provisional measures.

6. Without prejudice to paragraph 4, provisional measures taken on the basis of paragraphs 1 and 2 shall, upon request by the defendant, be revoked or otherwise cease to have effect, if proceedings leading to a decision on the merits of the case are not initiated within a reasonable period, to be determined by the judicial authority ordering the measures where a Member's law so permits or, in the absence of such a determination, not to exceed 20 working days or 31 calendar days, whichever is the longer.

7. Where the provisional measures are revoked or where they lapse due to any act or omission by the applicant, or where it is subsequently found that there has been no infringement or threat of infringement of an intellectual property right, the judicial authorities shall have the authority to order the applicant, upon request of the defendant, to provide the defendant appropriate compensation for any injury caused by these measures.

8. To the extent that any provisional measure can be ordered as a result of administrative procedures, such procedures shall conform to principles equivalent in substance to those set forth in this Section.

SECTION 4: SPECIAL REQUIREMENTS RELATED TO BORDER MEASURES¹²

Article 51 Suspension of Release by Customs

Authorities

Members shall, in conformity with the provisions set out below, adopt procedures¹³ to enable a right holder, who has valid grounds for suspecting that the importation of counterfeit trademark or pirated copyright goods¹⁴ may take place, to lodge an application in writing with competent authorities, administrative or judicial, for the suspension by the customs authorities of the release into free circulation of such goods. Members may enable such an application to be made in respect of goods which involve other infringements of intellectual property rights, provided that the requirements of this Section are met. Members may also provide for corresponding procedures concerning the suspension by the customs authorities of the release of infringing goods destined for exportation from their territories.

Article 52

Application

Any right holder initiating the procedures under Article 51 shall be required to provide adequate evidence to satisfy the competent authorities that, under the laws of the country of importation, there is *prima facie* an infringement of the right holder's intellectual property right and to supply a sufficiently detailed description of the goods to make them readily recognizable by the customs authorities. The competent authorities shall inform the applicant within a reasonable period whether they have accepted the application and, where determined by the competent authorities, the period for which the customs authorities will take action.

¹² Where a Member has dismantled substantially all controls over movement of goods across its border with another Member with which it forms part of a customs union, it shall not be required to apply the provisions of this Section at that border.

¹³ It is understood that there shall be no obligation to apply such procedures to imports of goods put on the market in another country by or with the consent of the right holder, or to goods in transit.

¹⁴ For the purposes of this Agreement:

(a) "counterfeit trademark goods" shall mean any goods, including packaging, bearing without authorization a trademark which is identical to the trademark validly registered in respect of such goods, or which cannot be distinguished in its essential aspects from such a trademark, and which thereby infringes the rights of the owner of the trademark in question under the law of the country of importation;

(b) "pirated copyright goods" shall mean any goods which are copies made without the consent of the right holder or person duly authorized by the right holder in the country of production and which are made directly or indirectly from an article where the making of that copy would have constituted an infringement of a copyright or a related right under the law of the country of importation.

Article 53 Security or Equivalent

Assurance

1. The competent authorities shall have the authority to require an applicant to provide a security or equivalent assurance sufficient to protect the defendant and the competent authorities and to prevent abuse. Such security or equivalent assurance shall not unreasonably deter recourse to these procedures.
2. Where pursuant to an application under this Section the release of goods involving industrial designs, patents, layout-designs or undisclosed information into free circulation has been suspended by customs authorities on the basis of a decision other than by a judicial or other independent authority, and the period provided for in Article 55 has expired without the granting of provisional relief by the duly empowered authority, and provided that all other conditions for importation have been complied with, the owner, importer, or consignee of such goods shall be entitled to their release on the posting of a security in an amount sufficient to protect the right holder for any infringement. Payment of such security shall not prejudice any other remedy available to the right holder, it being understood that the security shall be released if the right holder fails to pursue the right of action within a reasonable period of time.

Article 54 Notice of

Suspension

The importer and the applicant shall be promptly notified of the suspension of the release of goods according to Article 51.

Article 55 Duration of

Suspension

If, within a period not exceeding 10 working days after the applicant has been served notice of the suspension, the customs authorities have not been informed that proceedings leading to a decision on the merits of the case have been initiated by a party other than the defendant, or that the duly empowered authority has taken provisional measures prolonging the suspension of the release of the goods, the goods shall be released, provided that all other conditions for importation or exportation have been complied with; in appropriate cases, this time-limit may be extended by another 10 working days. If proceedings leading to a decision on the merits of the case have been initiated, a review, including a right to be heard, shall take place upon request of the defendant with a view to deciding, within a reasonable period, whether these measures shall be modified, revoked or confirmed. Notwithstanding the above, where the suspension of the release of goods is carried out or continued in accordance with a provisional judicial measure, the provisions of paragraph 6 of Article 50 shall apply.

Article 56

***Indemnification of the Importer
and of the Owner of the Goods***

Relevant authorities shall have the authority to order the applicant to pay the importer, the consignee and the owner of the goods appropriate compensation for any injury caused to them through the wrongful detention of goods or through the detention of goods released pursuant to Article 55.

**Article 57 *Right of Inspection and
Information***

Without prejudice to the protection of confidential information, Members shall provide the competent authorities the authority to give the right holder sufficient opportunity to have any goods detained by the customs authorities inspected in order to substantiate the right holder's claims. The competent authorities shall also have authority to give the importer an equivalent opportunity to have any such goods inspected. Where a positive determination has been made on the merits of a case, Members may provide the competent authorities the authority to inform the right holder of the names and addresses of the consignor, the importer and the consignee and of the quantity of the goods in question.

Article 58 *Ex*

Officio Action

Where Members require competent authorities to act upon their own initiative and to suspend the release of goods in respect of which they have acquired *prima facie* evidence that an intellectual property right is being infringed:

- (a) the competent authorities may at any time seek from the right holder any information that may assist them to exercise these powers;
- (b) the importer and the right holder shall be promptly notified of the suspension.
Where the importer has lodged an appeal against the suspension with the competent authorities, the suspension shall be subject to the conditions, *mutatis mutandis*, set out at Article 55;
- (c) Members shall only exempt both public authorities and officials from liability to appropriate remedial measures where actions are taken or intended in good faith.

Article 59

Remedies

Without prejudice to other rights of action open to the right holder and subject to the right of the defendant to seek review by a judicial authority, competent authorities shall have the authority to order the destruction or disposal of infringing goods in accordance with the principles set out in Article 46. In regard to counterfeit trademark goods, the authorities shall not allow the re-exportation of the infringing goods in an unaltered state or subject them to a different customs procedure, other than in exceptional circumstances.

Article 60 De

Minimis Imports

Members may exclude from the application of the above provisions small quantities of goods of a non-commercial nature contained in travellers' personal luggage or sent in small consignments.

SECTION 5: CRIMINAL PROCEDURES

Article 61

Members shall provide for criminal procedures and penalties to be applied at least in cases of wilful trademark counterfeiting or copyright piracy on a commercial scale. Remedies available shall include imprisonment and/or monetary fines sufficient to provide a deterrent, consistently with the level of penalties applied for crimes of a corresponding gravity. In appropriate cases, remedies available shall also include the seizure, forfeiture and destruction of the infringing goods and of any materials and implements the predominant use of which has been in the commission of the offence. Members may provide for criminal procedures and penalties to be applied in other cases of infringement of intellectual property rights, in particular where they are committed wilfully and on a commercial scale.

[...]

**PART V DISPUTE PREVENTION AND
SETTLEMENT**

Article 63

Transparenc

y

1. Laws and regulations, and final judicial decisions and administrative rulings of general application, made effective by a Member pertaining to the subject matter of this Agreement (the availability, scope, acquisition, enforcement and prevention of the abuse of intellectual property rights) shall be published, or where such publication is not practicable made publicly available, in a national language, in such a manner as to enable governments and right holders to become acquainted with them. Agreements concerning the subject matter of this Agreement which are in force between the government or a governmental agency of a Member and the government or a governmental agency of another Member shall also be published.

2. Members shall notify the laws and regulations referred to in paragraph 1 to the Council for TRIPS in order to assist that Council in its review of the operation of this Agreement. The Council shall attempt to minimize the burden on Members in carrying out this obligation and may decide to waive the obligation to notify such laws and regulations directly to the Council if consultations with WIPO on the establishment of a common register containing these laws and regulations are successful. The Council shall also consider in this connection any action required regarding notifications pursuant to the obligations under this Agreement stemming from the provisions of Article *6ter* of the Paris Convention (1967).

3. Each Member shall be prepared to supply, in response to a written request from another Member, information of the sort referred to in paragraph 1. A Member, having reason to believe that a specific judicial decision or administrative ruling or bilateral agreement in the area of intellectual property rights affects its rights under this Agreement, may also request in writing to be given access to or be informed in sufficient detail of such specific judicial decisions or administrative rulings or bilateral agreements.

4. Nothing in paragraphs 1, 2 and 3 shall require Members to disclose confidential information which would impede law enforcement or otherwise be contrary to the public interest or would prejudice the legitimate commercial interests of particular enterprises, public or private.

Article 64 Dispute

Settlement

1. The provisions of Articles XXII and XXIII of GATT 1994 as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding shall apply to consultations and the settlement of disputes under this Agreement except as otherwise specifically provided herein.

2. Subparagraphs l(b) and l(c) of Article XXIII of GATT 1994 shall not apply to the settlement of disputes under this Agreement for a period of five years from the date of entry into force of the WTO Agreement.
3. During the time period referred to in paragraph 2, the Council for TRIPS shall examine the scope and modalities for complaints of the type provided for under subparagraphs l(b) and l(c) of Article XXIII of GATT 1994 made pursuant to this Agreement, and submit its recommendations to the Ministerial Conference for approval. Any decision of the Ministerial Conference to approve such recommendations or to extend the period in paragraph 2 shall be made only by consensus, and approved recommendations shall be effective for all Members without further formal acceptance process.

PART VI TRANSITIONAL ARRANGEMENTS

Article 65 Transitional Arrangements

1. Subject to the provisions of paragraphs 2, 3 and 4, no Member shall be obliged to apply the provisions of this Agreement before the expiry of a general period of one year following the date of entry into force of the WTO Agreement.
2. A developing country Member is entitled to delay for a further period of four years the date of application, as defined in paragraph 1, of the provisions of this Agreement other than Articles 3, 4 and 5.
3. Any other Member which is in the process of transformation from a centrally-planned into a market, free-enterprise economy and which is undertaking structural reform of its intellectual property system and facing special problems in the preparation and implementation of intellectual property laws and regulations, may also benefit from a period of delay as foreseen in paragraph 2.
4. To the extent that a developing country Member is obliged by this Agreement to extend product patent protection to areas of technology not so protectable in its territory on the general date of application of this Agreement for that Member, as defined in paragraph 2, it may delay the application of the provisions on product patents of Section 5 of Part II to such areas of technology for an additional period of five years.
5. A Member availing itself of a transitional period under paragraphs 1, 2, 3 or 4 shall ensure that any changes in its laws, regulations and practice made during that period do not result in a lesser degree of consistency with the provisions of this Agreement.

Article 66 Least-Developed

Country Members

1. In view of the special needs and requirements of least-developed country Members, their economic, financial and administrative constraints, and their need for flexibility to create a viable technological base, such Members shall not be required to apply the provisions of this Agreement, other than Articles 3, 4 and 5, for a period of 10 years from the date of application as defined under paragraph 1 of Article 65. The Council for TRIPS shall, upon duly motivated request by a least-developed country Member, accord extensions of this period.
2. Developed country Members shall provide incentives to enterprises and institutions in their territories for the purpose of promoting and encouraging technology transfer to least-developed country Members in order to enable them to create a sound and viable technological base.

Article 67 Technical

Cooperation

In order to facilitate the implementation of this Agreement, developed country Members shall provide, on request and on mutually agreed terms and conditions, technical and financial cooperation in favour of developing and least-developed country Members. Such cooperation shall include assistance in the preparation of laws and regulations on the protection and enforcement of intellectual property rights as well as on the prevention of their abuse, and shall include support regarding the establishment or reinforcement of domestic offices and agencies relevant to these matters, including the training of personnel.

**PART VII INSTITUTIONAL
ARRANGEMENTS; FINAL PROVISIONS**

Article 68

*Council for Trade-Related Aspects of
Intellectual Property Rights*

The Council for TRIPS shall monitor the operation of this Agreement and, in particular, Members' compliance with their obligations hereunder, and shall afford Members the opportunity of consulting on matters relating to the trade-related aspects of intellectual property rights. It shall carry out such other responsibilities as assigned to it by the Members, and it shall, in particular, provide any assistance requested by them in the context of dispute settlement procedures. In carrying out its functions, the Council for TRIPS may consult with and seek information from any source it deems appropriate. In consultation with WIPO, the Council shall seek to establish, within one year of its first meeting, appropriate arrangements for cooperation with bodies of that Organization.

Article 69 International

Cooperation

Members agree to cooperate with each other with a view to eliminating international trade in goods infringing intellectual property rights. For this purpose, they shall establish and notify contact points in their administrations and be ready to exchange information on trade in infringing goods. They shall, in particular, promote the exchange of information and cooperation between customs authorities with regard to trade in counterfeit trademark goods and pirated copyright goods.

Article 70 Protection of Existing

Subject Matter

1. This Agreement does not give rise to obligations in respect of acts which occurred before the date of application of the Agreement for the Member in question.
2. Except as otherwise provided for in this Agreement, this Agreement gives rise to obligations in respect of all subject matter existing at the date of application of this Agreement for the Member in question, and which is protected in that Member on the said date, or which meets or comes subsequently to meet the criteria for protection under the terms of this Agreement. In respect of this paragraph and paragraphs 3 and 4, copyright obligations with respect to existing works shall be solely determined under Article 18 of the Berne Convention

(1971), and obligations with respect to the rights of producers of phonograms and performers in existing phonograms shall be determined solely under Article 18 of the Berne Convention (1971) as made applicable under paragraph 6 of Article 14 of this Agreement.

3. There shall be no obligation to restore protection to subject matter which on the date of application of this Agreement for the Member in question has fallen into the public domain.

4. In respect of any acts in respect of specific objects embodying protected subject matter which become infringing under the terms of legislation in conformity with this Agreement, and which were commenced, or in respect of which a significant investment was made, before the date of acceptance of the WTO Agreement by that Member, any Member may provide for a limitation of the remedies available to the right holder as to the continued performance of such acts after the date of application of this Agreement for that Member. In such cases the Member shall, however, at least provide for the payment of equitable remuneration.

5. A Member is not obliged to apply the provisions of Article 11 and of paragraph 4 of Article 14 with respect to originals or copies purchased prior to the date of application of this Agreement for that Member.

6. Members shall not be required to apply Article 31, or the requirement in paragraph 1 of Article 27 that patent rights shall be enjoyable without discrimination as to the field of technology, to use without the authorization of the right holder where authorization for such use was granted by the government before the date this Agreement became known.

7. In the case of intellectual property rights for which protection is conditional upon registration, applications for protection which are pending on the date of application of this Agreement for the Member in question shall be permitted to be amended to claim any enhanced protection provided under the provisions of this Agreement. Such amendments shall not include new matter.

8. Where a Member does not make available as of the date of entry into force of the WTO Agreement patent protection for pharmaceutical and agricultural chemical products commensurate with its obligations under Article 27, that Member shall:

- (a) notwithstanding the provisions of Part VI, provide as from the date of entry into force of the WTO Agreement a means by which applications for patents for such inventions can be filed;
- (b) apply to these applications, as of the date of application of this Agreement, the criteria for patentability as laid down in this Agreement as if those criteria were being applied on the date of filing in that Member or, where priority is available and claimed, the priority date of the application; and
- (c) provide patent protection in accordance with this Agreement as from the grant of the patent and for the remainder of the patent term, counted from the filing date in accordance with Article 33 of this Agreement, for those of these applications that meet the criteria for protection referred to in subparagraph (b).

9. Where a product is the subject of a patent application in a Member in accordance with paragraph 8(a), exclusive marketing rights shall be granted, notwithstanding the provisions of Part VI, for a period of five years after obtaining marketing approval in that Member or until a product patent is granted or rejected in that Member, whichever period is shorter, provided that,

subsequent to the entry into force of the WTO Agreement, a patent application has been filed and a patent granted for that product in another Member and marketing approval obtained in such other Member.

***Article 71 Review and
Amendment***

1. The Council for TRIPS shall review the implementation of this Agreement after the expiration of the transitional period referred to in paragraph 2 of Article 65. The Council shall, having regard to the experience gained in its implementation, review it two years after that date, and at identical intervals thereafter. The Council may also undertake reviews in the light of any relevant new developments which might warrant modification or amendment of this Agreement.
2. Amendments merely serving the purpose of adjusting to higher levels of protection of intellectual property rights achieved, and in force, in other multilateral agreements and accepted under those agreements by all Members of the WTO may be referred to the Ministerial Conference for action in accordance with paragraph 6 of Article X of the WTO Agreement on the basis of a consensus proposal from the Council for TRIPS.

***Article 72
Reservations***

Reservations may not be entered in respect of any of the provisions of this Agreement without the consent of the other Members.

***Article 73 Security
Exceptions***

Nothing in this Agreement shall be construed:

- (a) to require a Member to furnish any information the disclosure of which it considers contrary to its essential security interests; or
- (b) to prevent a Member from taking any action which it considers necessary for the protection of its essential security interests;
 - (i) relating to fissionable materials or the materials from which they are derived;
 - (ii) relating to the traffic in arms, ammunition and implements of war and to such traffic in other goods and materials as is carried on directly or indirectly for the purpose of supplying a military establishment;

- (iii) taken in time of war or other emergency in international relations; or
- (c) to prevent a Member from taking any action in pursuance of its obligations under the United Nations Charter for the maintenance of international peace and security.